INTERIM

auswärts
3 DM

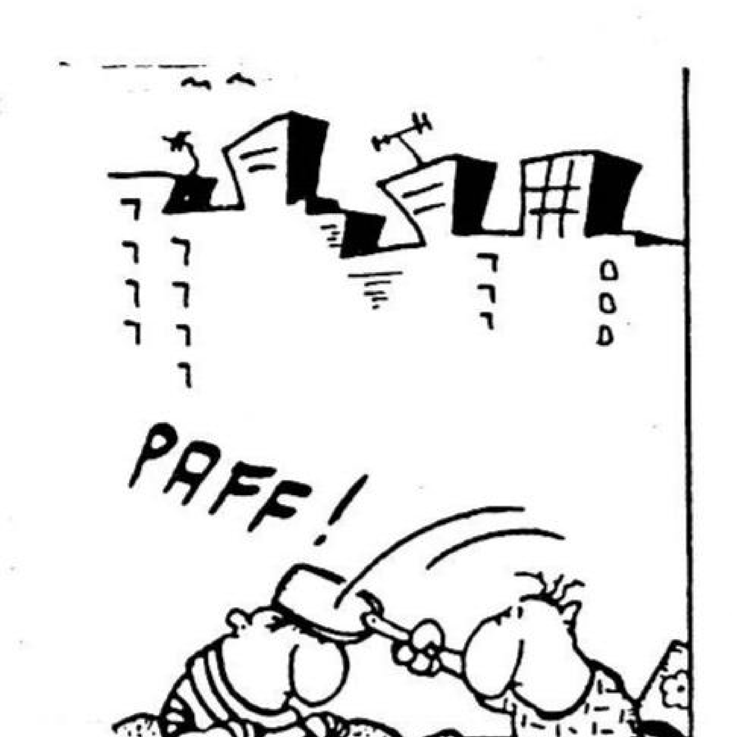
Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



Hallo Leute,
was die TAZ in ihrer Montagsausgabe zur Demo in Friedrichshain ganz trocken so beschreibt: "die Polizei verschaffte sich Zutritt zu den Häusern, um Steinewerfer festzunehmen." spielte sich in der Realität folgendermaßen ab: Die Bullen brachen bei ihrer Verfolgungsjagd die Tür des Cafes in der Kreuziger auf, schlugen die Leute darin wahllos brutal zusammen und demolierten die Einrichtung nach (Männer-)Lust und Laune.In Privatwohnungen soll es ähnlich abgegangen sein.
Schwer, danach eine Überleitung zu finden, aber trotzdem nochmals zurück zum autonomen Kongress im April:
Ist ja wohl nicht möglich! Ein halbes Jahr zieht vorbei, und ihr sitzt immer noch heftigst diskutierend in euren vernetzten Gruppen und wägt die verschiedenen neuen Strategien gegeneinander ab. Wir wollen den konzentrierten Diskussionsprozess hier nicht abrupt unterbrechen und euch zur Abgabe unfertiger Zwischenergebnisse nötigen, aber----- falls mal zwischendrin Zeit ist: allgemeine Einschätzungen über Form, Inhalt, Sinn etc. werden hier weiterhin mit Spannung erwartet, denn "Im Angesicht der drohenden Apokalypse bleibt uns der Anspruch die Zeit noch intensiver zu verplempern"--oder so !

Aus Solidarität mit den Inhaftierten/Verfolgten in Griechenland gab es in Berlin am Montag eine Kundgebung vor dem griechischen Konsulat am Wittenbergplatz.Der Wittenbergplatz konnte dabei zwar nicht vollständig gefüllt werden, aber die GenossInnen in Griechenland werden es schon mitkriegen.Auch von uns aus Grüße an euch! Wir sind an weiteren Berichten zur Lage in Griechenland (und anderswo!) interessiert.Unser Internationalismus gegen die Globalisierung des Kapitals!!!



INHALT:

ORDNER:
Weitere Flugis zur Aktion in Wuppertal (S. 23)
Denunziant in Bad Pyrmont

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Rote Flora-Pressemitteilung:

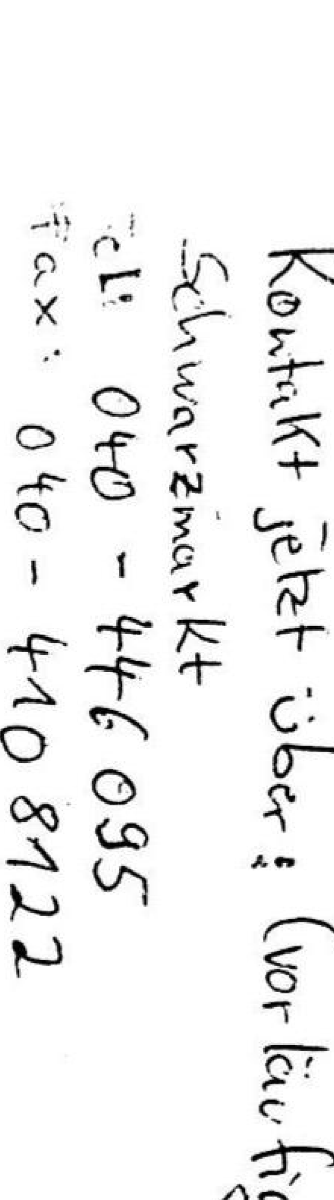
Feuer in der Roten Flora

In den frühen Morgenstunden des 28.11.95 gegen 2.30 Uhr ist im Stadtteilkulturzentrum Rote Flora im Hamburger Schanzenviertel ein Feuer ausgebrochen.
Wir kennen die Brandursache noch nicht
Der gesamte erste Stock und das Dach sind durch das Feuer total zerstört worden. Am schlimmsten ist das "Archiv der sozialen Bewegungen" betroffen, dessen gesamter Bestand an archivierten Dokumenten und Druckerzeugnissen "der Neuen Linken" aus den letzten 20 Jahren komplett verbrannte. Damit sind unersetzliche immaterielle Werte vernichtet.Darüber hinaus entstand durch das Löschwasser erheblicher Sachschaden im gesamten Haus (Erdgeschoß und Keller).
Damit hat die Arbeit in dem besetzten und selbstverwalteten Stadtteilkulturzentrum, die vom Engagement und der ehrenamtlichen Mitarbeit vieler Gruppen , Initiativen und Einzelpersonen aus dem Schanzenviertel lebt, einen schweren Rückschlag erlitten. Für uns aber bedeutet das nicht das Ende unserer Arbeit in der Roten Flora. Obwohl wir traurig und bestürzt sind, werden wir die Arbeit der letzten 6 Jahre fortsetzen und die Flora wieder aufbauen.
Auf keinen Fall werden wir hinnehmen, daß das Feuer als Vorwand von den politisch Verantwortlichen in Hamburg benutzt wird, das Projekt Rote Flora zum Abriß freizugeben. Stattdessen fordern wir, uns Mittel für eine Wiederherstellung des alten Zustandes (neues Dach, Aufbau des 1. Stocks) zur Verfügung zu stellen, damit der reguläre Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Darüber hinaus bitten wir alle UnterstützerInnen um Mithilfe und Spenden für den Wiederaufbau der Roten Flora!

Spendenkonto: Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20
Kontonr. 29492-202

28.11.95 Rote Flora Initiative





■ Bekennerschreiben zum Brandanschlag auf Reinickendorfer Seat-Autohaus: Protest gegen die geplante Abschiebung eines angeblichen ETA-Mitglieds

Feuer gegen Abschiebung

Der Konflikt um das Schicksal des angeblichen ETA-Mitglieds Benjamin Ramos Vega spitzt sich zu. Wie erst jetzt bekannt wurde, haben unbekannte Täter in der Nacht von Donnerstag auf Freitag vergangener Woche einen Brandanschlag auf ein Seat-Autohaus in Reinickendorf verübt. Der Anschlag richtete Sachschaden an, verletzt wurde niemand. Eine Gruppe „Freiheit für Benjamin" aus dem „antiimperialistischen Zusammenhang" hat sich in einem Schreiben zu dem Anschlag bekannt. Mit einem zeitverzögerten Brandsatz sei ein „Seat Toledo" zerstört worden, hieß es.

Nach Auskunft der Geschäftsführung des Seat-Autohauses entstand bei dem Anschlag ein Sachschaden von etwa 70.000 Mark. Das Auto, unter dem der Brandsatz lag, sei vollständig zerstört worden, drei weitere Wagen wurden beschädigt. Die Kriminalpolizei habe den Brandsatz sichergestellt und gehe davon aus, daß es sich bei den Tätern um Profis handele. Eine Warnung oder ein Bekennerschreiben am Tatort habe es nicht gegeben.

Die Polizei bestätigte, daß die Abteilung Staatsschutz der Kripo die Ermittlungen übernommen habe, weitere Angaben wollte sie aber nicht machen. Bisher seien in Berlin allerdings keine Anschläge mit ETA-Hintergrund bekanntgeworden, hieß es. In einem dreiseitigen Bekennerschreiben, das bei der taz einging, begründet die Gruppe den Anschlag mit der Situation von Benjamin Ramos Vega. Das angebliche ETA-Mitglied sitzt zur Zeit in Berlin in Auslieferungshaft. „Das deutsch-spanische Kooperationsprojekt Seat (seit 1986 Bestandteil der Volkswagen-Gruppe) dient uns als legitimes Angriffsziel, um das gegen Ramos Vega anhängige Auslieferungsverfahren in militanter Form publik zu machen", heißt es. „Das Auslieferungsbegehren gründet sich auf erpreßte und durch Folter erzwungene ‚Geständnisse' eines ehemaligen führenden Mitglieds der baskischen Partei, Herri Batasuna (HB). Die Aussagen wurden von diesem vor dem Haftrichter widerrufen."

Vergangene Woche hatte die 63. Kleine Strafkammer des Landgerichts den 33jährigen Vega vom Vorwurf der Urkundenfälschung freigesprochen. Er muß aber wegen einer möglichen Auslieferung nach Spanien in Haft bleiben. Die spanische Justiz verlangt Vegas Auslieferung, doch die deutschen Behörden wollen zuvor die Zusicherung, daß er nicht in Isolationshaft genommen und in einem Prozeß gegen Vega kein Beweismaterial verwendet wird, das durch Folterungen erlangt wurde. Der Fall Vega und diese Forderung der deutschen Behörden hatte zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Deutschland und Spanien geführt.



E.I.N.I.G.E. G.E.D.A.N.K.E.N. Z.U.M. K.O.M.I.T.E.E.K.O.N.Z.E.P.T U.N.D. Z.U.R. S.I.T.U.A.T.I.O.N. L.I.N.K.S.R.A.D.I.K.A.L.E.R., M.I.L.I.T.A.N.T.E.R. G.R.U.P.P.E.N.

Wie ihr wohl spätestens nach dem durchblättern voranstehender Erklärung mitgekriegt habt, hat sich das K.O.M.I.T.E.E. aufgelöst. Bei dem Versuch eine Stellungnahme zu diesem "Projekt" zu schreiben, sind uns eine Menge Fragen und Probleme hochgekommen, die wir für wichtig halten, egal ob die Kollegen mit den vielen Punkten im Namen (versucht den Namen mal zu tippen, das dauert ne halbe Stunde) nun weitermachen oder nicht.

Militante linksradikale Politik ist in der Krise, wie die Linke insgesamt. Das alte Konzept vom Zusammenwirken von legaler Bewegung und militanten Aktionen geht nicht mehr auf. Den verbliebenen Rest von aktiven Gruppen, in welchen Teilbereichen auch immer, die militantes Vorgehen tatsächlich mitzutragen bereit sind, kann mann/frau kaum als soziale Bewegung bezeichnen. Vielleicht sieht es punktuell in einigen Winkeln der BRD anders aus, z.B. aktuell im Wendland, wo sich einiges bezüglich der Castorproteste regt. Verallgemeinernd läßt sich trotzdem feststellen, daß die Zeiten, wo noch zurecht an die politische Wirksamkeit auch von eingeschlagenen Bankscheiben geglaubt werden konnte, einfach weil es massenhaft geschah, erstmal vorbei sind. Viele zweifeln am Sinn ihres Tuns oder tun nichts mehr. Auch die Organisationsdebatte scheint sich im Sande verlaufen zu haben und anstelle von Organisierung der linksradikalen Kräfte, wurde die

Landschaft um weitere fraktionierende Gruppierungen bereichert. Das K.O.M.I.T.E.E. hat daraus für sich die Konsequenz gezogen, sich einen Namen zu geben und das Aktionsniveau hochzuschrauben, offenbar um somit als einzelne Gruppe an Einfluß zu gewinnen. Welche Bedeutung Gruppen, wie das K.O.M.I.T.E.E. anscheinend eine hätte werden wollen, in der Krise militanten Widerstands zukommen könnte, ob solche Praxis ein Weg wäre, den andere mittrügen, diese Fragen wollen wir stellen.

Warum denn? Hat sich doch schon erledigt mit dem K.O.M.I.T.E.E werdet ihr euch vielleicht denken? An solchen Fragen sollte unseres Erachtens viel mehr hängen, als die Einzelentscheidung oder das Einzelschicksaal **einer** militanten Gruppe. Und darum geht's in diesem Text.

Wir SchreiberInnen begreifen uns in dieser Problematik nicht als Außenstehende. Wenn wir an einigen Punkten eher zugespitzt formulieren, Situationen überzeichnen, so nicht, weil das ganze Thema weit weg von uns wäre, sondern weil wir hoffen, auf diese Art das Dilemma besser vor Augen führen zu können.

Situation in Berlin nach dem fehlgeschlagenen Anschlag:

Letztendlich ist Berlin, was oben beschriebene Entwicklung vom Verschwinden militanter Positionen und Aktionen betrifft, eine Stadt, in der aufgrund von guten Ausgangsbedingungen (große Scene, dadurch Anonymität vor dem Bullenapparat,...) viel mehr an militanten Aktionen und Massenmilitanz möglich war, als in anderen Regionen. Von daher ist das Verschwinden hier noch nicht abgeschlossen! Aber seit Jahren führen die VerfechterInnen der linksradikalen Militanz einen immer aussichtsloseren Kampf gegen das Wegbrechen ihres Bodens.

Wir hatten das Gefühl, die Repression, die nach dem Scheitern des Anschlags in Berlin folgte, hat die Szene völlig auf dem falschen Fuß erwischt. Terroristenfahndung durch die Bundesanwaltschaft in den eigenen Reihen, darauf war offenbar keineR (mehr) gefaßt gewesen. Nur sehr wenige, verhielten sich spontan solidarisch, indem sie Geld sammelten, ne Demo organisierten etc. Die ganze Geschichte fand ja zu Beginn des bundesweiten, autonomen Kongresses in Berlin statt und von daher waren die Voraussetzungen für Diskussionen, Stellungnahmen und praktische Solidarität, mehr als günstig.

Eine Gruppe, drückte ihre Solidarität zur geplanten Aktion, durch den Namen K:O:L:L:E:K:T:I:V aus und propagierte durch Aktion und Aufruf, die am Knastumbau verdienenden Großfirmen zu schädigen. Dieser Intiative folgten zwei weitere Gruppen mit Anschlägen auf die gleichen Firmen (siehe Erklärungen im Anschluß des Textes). Das ist natürlich nicht gar nichts, sondern in heutigen Zeiten ein recht gutes Ergebnis, was praktische Solidarität und Aufgreifen der Initiative des K.O.M.I.T.E.E's angeht. Wir finden solche Reaktionen super! Doch trotzdem wollen wir es auch hier nicht bei dem "Hurra!" stehen lassen, sondern uns auch die Funktion dieser Nachfolgeaktionen genauer anschauen und zur Diskussion stellen.

Denn für viele Männer und Frauen, die sich durchaus als linksradikal verstehen, hatte das ganze überhaupt nichts mehr mit ihnen selber zu tun! Es ließ sich der Eindruck gewinnen, sie fühlten sich eher durch das doch irgendwie exotische Hobby anderer Leute, terroristische Vereinigungen zu gründen, in Mitleidenschaft gezogen. (Damit meinen wir nicht diejenigen, die durch Ungenauigkeiten und Fehler des K.O.M.I.T.E.E's in den Mittelpunkt der Fahndung gerutscht sind, sondern eine Haltung, die bei ganz vielen, die jetzt nicht unmittelbar von Verhaftung und bedrohlicheren Ermittlungen betroffen sind, zu spüren war.)

Es wurde zum Teil als lästig empfunden, sich mit dem gänzlich Unzeitgemäßen, mit militanter Politik auseinandersetzen zu müssen, wo es doch schon günstig ausgesehen hatte, das Problem solange aussitzen zu können, bis es von allein verschwände.

Erst als die Bundesanwaltschaft am 13.6. bundesweit drei recht verschiedene Aktivitäten in einen Sack steckte: Radikal, AIZ, K.O.M.I.T.E.E, entstanden Soliplena. Dort geht es viel um die radikal, wenig um das K.O.M.I.T.E.E. und zwangsweise um eine Positionsbestimmung zur Politik der AIZ. Die radikal steht schlimmstenfalls als langweilig da, ansonsten fällt es bei dem Projekt am leichtesten sich zu solidarisieren, was mit Sicherheit auch daran liegt, daß sie ja in dem Sinne keine militante Gruppe ist, sondern eine Zeitung. Das Schweigen zum K.O.M.I.T.E.E. erklärt sich vielleicht am ehesten darüber, daß es in dem Zusammenhang keine Gefangenen (mehr) gibt. Das Thema AIZ kam erst dadurch überall auf den Tisch, daß durch die Repression zumindest den Frauen und Männern, die von Ermittlungen bezüglich der Gruppe betroffen sind, eine Positionsfindung aufgezwungen wurde. Mit letzterem wollen wir behaupten, daß die Politik der AIZ ohne den 13.6. niemals so breit diskutiert worden wäre.

Wollte mann/frau die ehemals erarbeiteten Kriterien autonomer Militanz, z.B. daß die Aktionen und Aktionsformen dem jeweiligen Entwicklungsstand der Bewegung entsprechen müssen, nicht nur wegen der Vermittelbarkeit, sondern auch, weil die Bewegung auch in Motivation und Bewußtsein der nachfolgenden Repression standhalten muß, auf die Aktion in Grünau anwenden, so hätte sie eigentlich nicht stattfinden dürfen. Gelten die Kriterien noch?

Ausgangslage für militante Gruppen

Die Ausgangslage für die, die immer noch linksradikalen, militanten Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse leisten wollen, ist eine Zwickmühle. Das Unrecht ist gewachsen, brutaler, drückender, häßlicher geworden. Der Drang, dem etwas effektives entgegensetzen zu wollen, wächst mit.

Gleichzeitig wächst aber auch der Frust, die aus den 80ern stammenden Formen der Bewegungsmilitanz immer wieder am Leben erhalten zu wollen. Nichts klappt, keineR kommt mehr. Auf Demos gibt's Prügel für alles, was den Bullen nicht paßt, und Zurückschlagen ist ne Seltenheit. Koordinationsversuche zwischen militanten Gruppen scheitern oft vor einem ersten praktischen Versuch. In vielen Gruppen ist auch schon länger nicht mehr klar, welches Projekt angegangen werden soll, was gerade Sinn macht. Mann/frau verzweifelt an sich selbst und den anderen, will nicht aufgeben, wird aber doch auch auf Dauer das Gefühl nicht los, daß da irgenwas am eigenen Tun, den Umständen nicht angemessen ist, nicht mehr hinhaut.

So ungefähr stellen wir uns das lebendig vor, was das K.O.M.I.T.E.E. am Anfang von "Zu unserem Projekt das K.O.M.I.T.E.E." geschrieben hat. Dieses Problem teilen die meisten, die noch übriggeblieben sind. Vor diesem Hintergrund auf die Idee zu kommen eben dickere Dinger drehen zu wollen, mit kontinuierlichem Namen, um "auf die Entwicklung der linken Szene einen positiven Einfluß zu haben und Orientierungspunkte setzen zu wollen", finden wir sehr nachvollziehbar. Aber das K.O.M.I.T.E.E. schreibt, sie kamen zu dem Schluß, daß ihr Schritt "nötig" sei. Das hört sich nach mehr an, als einem individuellen Ausweg. Ist es das tatsächlich?

Es gibt im Moment sicherlich ganz verschiedene Wege, die Frauen und Männer einschlagen, die Orientierungspunkte in der Linken setzen und das weitere Abbröckeln aufhalten wollen. Wir gehen davon aus, daß die wenigsten davon sich zu einem ähnlichen Schritt wie das K.O.M.I.T.E.E. entschließen. Das hat bestimmt auch handfeste Gründe.

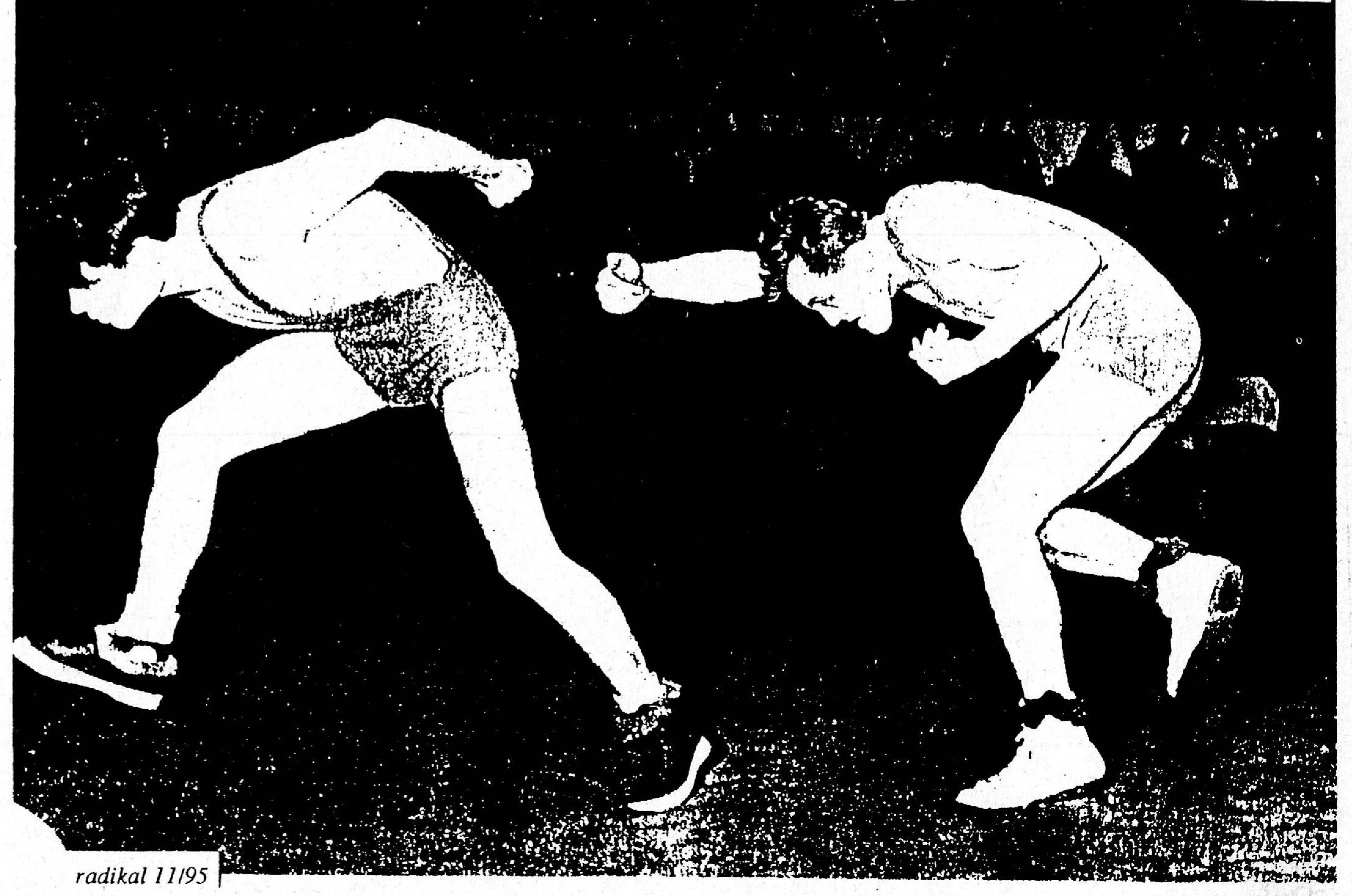
Viele, die in Regionen mit größeren Scenen lebten, hatten vor Zeiten auf eine gewisse Arbeitsteilung vertraut. Solange genügend Männer und Frauen in öffentlichen Gruppen und auf Plenas radikale und auch militante Standpunkte vertraten oder mitbedachten, konnten sie sich anonymer und zeitintensiver ihren verdeckten Aktionsplanungen widmen. Trotzdem war es in großen Scenen, wie in Berlin auch möglich, solche Standpunkte zu vertreten, ohne danach die Bullen drauf zu haben. Diese Zeiten sind lange vorbei. Offen sympathisierende Diskussionen über militante Aktionen sind mehr oder weniger unvorstellbar geworden. Wer sich mit seinem Protest im Rahmen des gesetzlich Vorgegebenen bewegt,

kann überall reden, wie es ihr/ihm beliebt. Am kürzeren Hebel sitzen die Positionen, für die sich keineR offen hinstellen kann. Wenn es doch eineR vorsichtig wagt, ist die Gefahr groß, daß unsolidarisch damit umgegangen und letztendlich mit dem Finger auf entsprechende Personen gezeigt wird.
Viele Standpunkte drohen gänzlich aus dem öffentlichen Bereich zu verschwinden. Aber sie werden nicht nur nicht mehr ausgesprochen, sondern sie existieren zum großen Teil einfach nicht mehr in den Köpfen, können dementsprechend auch nicht mehr weitertransportiert werden. Damit auf dieser Ebene nicht alles wegbricht, was mal da war, sind einige, die früher offene Plenas eher gemieden haben, in die entstandenen Lücken in den öffentlichen Bereichen gesprungen und mühen sich dort unter den oben beschriebenen Schwierigkeiten ab, die Option auf gewisse Ideen und Handlungsformen nicht aufzugeben. Diesen Frauen und Männern fehlt abgesehen von ihrer höheren Gefährdung oft einfach die Zeit und die Kraft für längerfristige militante Projekte. Sie haben sich für den entgegengesetzten Weg entschieden, wie das K.O.M.I.T.E.E.. Da eine Doppelfunktion oft nicht mehr vorstellbar ist, drückt sich das durch einen weiteren Aktionsschwund aus.
Die Entscheidung für den öffentlichen Bereich fällt sicherlich oft auch weniger überlegt. Auf irgendeine eine Art findet im Moment ein Generationswechsel in der Scene statt, der diese Entscheidung begünstigt. Verbindungen von alter und junger Scene gibt es wenig. Die Zeit der Alten ist abgelaufen, viele haben im Laufe der letzten Jahre verschiedenste Gruppen in ihren engeren Zusammenhängen durchlaufen, irgendwann ist das bekannte Feld abgegrast. Wenn die jetzige Gruppe zerfällt, wird keine neue mehr gesucht. Die dadurch entstehende Handlungsunfähigkeit der Einzelnen erleichtert dann letztlich auch ihre Entscheidung für den öffentlichen Bereich, wenn sich die Frauen und Männer nicht sogar ganz zurückziehen.

Viele sind mit Sicherheit auch ernsthaft gefrustet von den vielbeschworenen herrschaftsfreien Strukturen der Autonomen und AntiimperialistInnen, die sich letztendlich natürlich immer doch auch als Räume entpuppten, wo Macht mißbraucht und zugewiesen wurde, wo Chefinnen und Chefs sich etablierten, wo es teilweise so dogmatisch zuging, daß Frauen und Männer mit abweichenden Vorstellungen fix und fertig gemacht wurden. Viele sind verletzt liegengeblieben und zwar nicht von nem Knüppel, den sie auf den Kopf gekriegt haben. Andere erinnern sich mit Grausen an ihr eigenes engstirniges Auftreten, ihr opportunistisches Verhalten in der kleinen Scene, in der alle nach gleicher Moralvorstellung und gleichem Code funktionieren mußten. Aus Angst vor ihrer Schwäche gegenüber solchen Mechanismen wollen sie lieber garnichts mehr mit politischen Gruppen mit persönlichem Anspruch zu tun haben.

Ein sicher ernst gemeinter Versuch die Fehler und Mißstände der autonomen Bewegung zu überwinden und das Verhältnis von Militanz, Bewegung und Öffentlichkeit neu zu strukturieren, war die Organisationsdebatte. Wir sind von dem realen Ergebnis aber nicht begeistert. Vielleicht überdauern die AA/BO-Gruppen ja tatsächlich die Reste der Bewegung und wir finden uns eines Tages doch in ihnen wieder, aber wir können darin im Augenblick keinen vielversprechenden Neuanfang sehen.

Die Konzeption autonomer Militanz und das Konzept, das die RZ's + Zoras zuletzt vertreten haben, waren auf eine Vermassung des Widerstandes hin ausgerichtet. Sie waren zum Teil in bewußter Kritik an der RAF erarbeitet worden, der dabei vorgeworfen wurde, isoliert zu handeln, ohne sich auf die Restlinke in der BRD, auf soziale Bewegungen und die vorhandenen Widersprüche in den Metropolen ausreichend zu beziehen. Darin steckte der Vorwurf, sich diese Isolation freiwillig ausgesucht zu haben. Mittlerweile sieht dies anscheinend ein Teil der RAF und der Gefangenen selbst so. Währendessen nähert sich die Entwicklung der Linken, einschließlich großer Teile der ehemaligen Autonomen trotz gelegentlicher Lippenbekenntnisse dem Punkt, wo festgestellt werden muß: Die Entscheidung für militanten Widerstand, der über das Niveau, sich nicht von Nazis verprügeln zu lassen, hinausgeht, führt praktisch in die Isolation, egal, worauf



mann/frau versucht sich zu beziehen. Die Wahl zwischen einem innerhalb der Bewegung und einem isolierten außerhalb gibt es so nicht mehr. Mittlerweile ist jede militante Kleingruppe eine isolierte Kleingruppe! Traditionell verstand sich die gesammte autonome/linksradikale Bewegung eher als militant. Ihre verschiedenen Ausdrucks- und Aktionsformen sollten eine gemeinsame gesellschaftliche Wirkung entfalten, Druck auf linksliberale Kreise und deren Öffentlichkeitsarbeit ausüben. Inzwischen kann weder von den per se militanten Linksradikalen noch von einer linksliberalen Öffentlichkeit die Rede sein. Es hat eine Verschiebung stattgefunden. Wenige linksradikale Militante versuchen mit ihren versprengten Aktionen die restliche Scene zu agitieren. Diese wiederum übernimmt immer häufiger Aufgaben, die früher von den Linksliberalen besetzt waren. Das Verhältnis von Militanten zur Scene ist schon lange kein wir mehr. Trotzdem erwartet die Scene nach wie vor, daß sie in Diskussionen um Sinn und Zweck von Militanz, um moralischen Anspruch an Aktionen und vieles andere mehr der Maßstab der Dinge ist.

Kleingruppe mit Markenzeichen

Leider ist das Experiment des K.O.M.I.T.E.E's ja schon sehr frühzeitig abgebrochen worden, so daß es keinen Sinn macht, aus ihren Anfängen Prognosen über eventuellen Erfolg bzw. Nichterfolg zu schlußfolgern.

Auf der anderen Seite gab es in den letzten Jahren immmer wieder ähnliche Projekte, über die einiges gesagt werden kann.

Wer diese Projekte mit Sympathie verfolgt hat, mußte feststellen, daß die allermeisten Gruppen nach zwei Aktionen und einem längeren Grundsatzpapier zu ihrer beabsichtigten Politik, im Nichts verschwunden sind. Das hat über die Jahre hinweg doch zu einer gewissen Skepsis geführt, was den Erfolg dieses Weges angeht. Faktisch haben nur Gruppenzusammenschlüsse wie z.B. die RZ und die Rote Zora und Projekte mit größeren Strukturen, wie die RAF, die alle schon in den 70er Jahren entstanden sind, geschafft, über Jahre hinweg mehr oder weniger (die Zoras in den letzten Jahren vor 94 auch gar nicht) öffentlich präsent zu sein.

Daraus könnte der Schluß gezogen werden, daß einzelne Kleingruppen mit solchen Projekten offensichtlich überfordert sind. Leider haben die vielen, die irgendwann mal aufgetaucht und dann wieder verschwunden sind, dazu nie was gesagt. Es bleibt also bei Vermutungen, was ihr Scheitern angeht.

Weiter wäre in diesem Zusammenhang festzustellen, daß allen solchen Gruppen gemeinsam war, daß sie sich ein höheres Aktionsniveau für ihre Praxis auferlegt hatten, als der Durchschnitt der militanten



Gruppen (Ausnahme wäre da z.B. KGK (Klasse gegen Klasse), die es ja auch nach wie vor gibt).

Haben sich die meisten dieser Gruppen mit ihrem angestrebten Aktionsniveau überfordert und sind deshalb so schnell wieder ins anonymere Fahrwasser der Autonomen eingetaucht?

Warum die "Namensgebung" bei so vielen mit einem bestimmten Aktionsniveau verkettet ist, scheint uns im Nachhinein eher ein komischer Psycho, als eine wirkliche Notwendigkeit.

Dahinter steckt bestimmt auch eine Hierarchisierung von Aktionen und Mitteln, die es zwar offiziell nicht geben darf, aber trotzdem nicht aus den Köpfen zu kriegen ist (Bomben sind was höheres als Mollies und Bundeswehrkasernen was höheres als Bagger etc). Der Schritt von der anonymen Gruppe, die Brandanschläge verübt, zu Gruppe mit Markenname, die Sprengstoff benutzt, hat in der autonomen Leistungsgesellschaft irgendwie auch was von Hocharbeiten.

Trotzdem scheint uns gerade in der jetzigen Situation eine gewisse (auch gefährliche) Logik darin zu liegen immer größere, aufwendigere und spektakulärere Aktionen machen zu wollen. Wenn kleinere Aktionen zunehmend unbeachtet verpuffen, weil sie nicht mehr zahlreich stattfinden und durch eine größere Bewegung ihre eigentliche Brisanz erhalten, wenn verschiedenste Vernetzungsversuche mit anderen gescheitert sind, liegt es für militante Gruppen nahe, sich die öffentliche politische Wirkung durch Steigerung der Mittel, die sie selbst in der Hand haben, zu verschaffen.

Eine Gefahr und teilweise auch Tatsache, die entsprechende Gruppen selbst schon formuliert haben, ist ihr Abrutschen in StellvertreterInnenpositionen, was ihrem beabsichtigten Wunsch viele Männer und/oder Frauen zum Mitmachen zu agitieren, entgegen läuft. Dieses Problem existierte auch schon zu Zeiten, in denen zahlenmäßig viel mehr Männer und Frauen dem militanten Widerstand zuzurechnen waren. Solange es da welche gibt, die gute, wirkungsvolle Aktionen machen, kann frau/man sich ja zurücklehnen. Radikalität verkommt zur Sympatieempfindung für "unsere Zoras" oder "unsere xxx". Das ist die andere Seite der Hierarchien. Die Gruppen gewinnen nicht nur ein stückweit an Beachtung und Bedeutung, sondern entfernen sich dadurch gewollt oder ungewollt von anderen, die nicht in ähnlichen Positionen agieren.

Gruppen, die sich wie das K.O.M.I.T.E.E. größere militante Projekte vornehmen, langfristige Planungen und Suche nach der Möglichkeit einer effektiven Beschädigung oder Behinderung in Kauf nehmen, technische Weiterentwicklung und Forschung betreiben, um ihren Anforderungen nachkommen zu können, sind kräftemäßig als einzelne Gruppe höchstens zu 1-2 Aktion im Jahr in der Lage (die AIZ erscheint hier als erfolgreiche Ausnahme, aber wir denken, daß sie es sich mit ihren Aktionen auch zu leicht macht). Das ergibt bei einer Anzahl von 3-5 Gruppen in der BRD, nicht besonders viel Wirbel. Es besteht die Gefahr, daß entsprechende Gruppen dies gar nicht so wahrnehmen, sondern vorrangig ihr subjektives Erfolgserlebnis sehen und dieses mit der tatsächlichen Bedeutung für die Linke verwechseln.

Ein anderes Problem ist der Knast. Die autonome Nonamevariante ist u.a. auch als Schutz vor der Repression entwickelt worden. Über Jahre haben die gleichen Männer und Frauen teilweise auch in ähnlichen Konstellationen viele Aktionen gemacht, ohne daß sie im Zweifelsfall für eine zuviel verknackt hätten werden können. Dieses Konzept hat bislang gut funktioniert. Es gab auf seiten der Autonomen nur wenige langjährige Verurteilungen. Mit sinkender Anzahl von agierenden Gruppen und größerer Möglichkeit der Repression, die Kreise der Männer und Frauen einzugrenzen, die überhaupt in Frage kommen, relativiert sich der Schutz den dieses Konzept bietet. Trotzdem gibt's wesentlich höhere Knastzeiten, wenn man/frau zu einer Aktion und außerdem zu Mitgliedschaft in einer Vereinigung verurteilt wird.

Und wie sieht es überhaupt aus mit Einfahren in Zeiten wie diesen? Vielen fehlt schon länger das Gefühl, Teil einer Bewegung zu sein, für deren Ziele, Ideen und Aktionsformen es sich lohnt, das persönliche Risiko Knast einzugehen. Es ist nicht mehr selbstverständlich, daß draußen weitergeht was man/frau politisch angefangen und mit anderen geteilt hat. Natürlich fällt die Entscheidung militant zu agieren und dadurch Knast zu riskieren wesentlich leichter, wenn viele Männer und Frauen dazu bereit sind. Nicht zuletzt genossen Linke, die längere Haftstrafen hinter sich gebracht hatten, ein gewisses Ansehen. Mittlerweile käme ein solches einem Verbandsligatitel im Querfeldeinschwimmen gleich.

Eine für uns recht unerklärliche Schwierigkeit der real existierenden Gruppen mit Markennamen besteht in ihrer Kommunikationsunfähigkeit. Es wirkt so, als wollten sie alle unbedingt nur in ihrer eigenen Suppe schwimmen. Es ist eine totale Unkultur sich als eine solche Gruppe aus allem rauszuhalten, was dikutiert wird und auch auf Stellungnahmen, die zu eigenen Artikeln (heutztage ja fast nur noch in Form von Erklärungen) geschrieben werden, prinzipiell nicht zu antworten. Solche Kritik geht nicht nur berechtigterweise an die RAF (in diesem Zusammenhang ist es total lohnenswert die Prozeßerklärung von Birgit Hogefeld, veröffentlicht im Info 6, Bezugsmöglichkeiten siehe Ende des Textes, zu lesen), die das am allerhärtesten durchgezogen hat, sondern mittlerweile genauso an die RZ und Zoras. Das wiederum trägt auch zu der Distanz bei, die es zwischen diesen Gruppen und anderen gibt und verunmöglicht, daß die wenigen Aktivitäten, die es auf dieser Ebene noch gibt, mehr zusammenrutschen und gemeinsame Kraft entwickeln. Uns persönlich frustriert es zum Teil nur noch die Erklärungen der jeweiligen Gruppen zu lesen. Wir fänden es den absoluten Wahnsinn, wenn die RZ z.B. sich in die Diskussion um die Politik der AIZ einklinken würde oder das K.O.M.I.T.E.E. mit den Flammenden Herzen über Militarismus und Männerrollen diskutierte und zwar nicht nur durch einen Schrieb, sondern so, daß wirklich was hin und hergeht und alle, die Interesse haben, sich beteiligen könnten. Dabei wäre das im Grunde doch das normalste der Welt, daß Linke, die bestimmte Politik machen wollen, sich in irgendeiner Form darüber austauschen. Daß dies überhaupt nicht normal ist, sondern kaum eineR zu denken wagt, ist doch ein absolutes Armutszeugnis. Wenn alle isoliert vor sich hinwurschteln und dann einmal im Jahr ne recht gute Aktion mit einer in der Regel ziemlich zusammengeschraubten, merkwürdigigen linken Analyse verbunden wird, die im luftleeren Raum schwebt, ist es nicht verwunderlich, wenn das keineN hinter dem Ofen hervorlockt.

Trotzdem, um nicht falsch verstanden zu werden: In der Lage dazu zu sein, ganz reellen Schaden anzurichten, nicht nur zu fordern, daß etwas weg muß, sondern es tatsächlich zu beseitigen, ist und bleibt notwendig, um Gegenmacht spürbar und erfahrbar zu machen, auch wenn dadurch die bestehenden Verhältnisse nicht ins Wanken geraten. Auch wenn die Aussichten auf weitere Verbreiterung erstmal illusorisch sind, muß diese Funktion militanter Gruppen in der derzeitigen Situation unbedingt erhalten und weiterentwickelt werden.



Nachwuchs

"Wir wollten mit unserem Namen und unserer Praxis Propaganda machen für die Möglichkeiten des direkten Eingreifens und Angreifens, die allen offensteht, die sich mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung nicht abfinden wollen," erklärt das K.O.M.I.T.E.E.

Das hört sich für uns doch eine Spur zu einfach und problemlos an.

Tatsächlich begeben sich Gruppen, die solche Praxis durchführen auf ein Niveau von Aktion, daß nicht einfach so von jederfrau und jedermann nachgemacht werden kann. Es wäre falsch vorzugaukeln, daß da nicht vorher eine Menge Erfahrungen gesammelt und Auseinandersetzungen geführt sein sollten! Doch mit dem Schwinden der Massenmilitanz schwindet auch die Möglichkeit gerade solche Lernprozesse zu machen. Gerade die vielen kleinen Aktionen und auch die unverbindlichen Zusammenschlüsse der Autonomen, die zwar einerseits immer wieder als Spielwiese kritisiert wurden, boten doch auf der anderen Seite die Möglichkeit auszuprobieren, inwieweit einzelne sich was zutrauen, welche Aktionsformen für welche Gruppenkonstellationen machbar sind, wo Grenzen erreicht wurden,...und auch zuletzt die Möglichkeit auszusteigen, wenn es für einzelne so überhaupt nicht mehr weiterging.

Gruppen mit größeren Strukturen, wie die RZ's und die Zoras haben in Sachen "Nachwuchs" sicherlich auch auf Männer und Frauen zurückgegriffen, die ihre Politisierung und praktischen Erfahrungen unabhängig von den konkreten Zusammenhängen der RZ gemacht hatten. Wie das bei der RAF mit dem subjektiven Sprung funktioniert hat, ist uns eher unklar, aber zu bestimmten Zeiten gab es auch von den AntiimperialistInnen einiges an Aktionen, so daß es möglich gewesen wäre, in solchen Kreisen eine gewisse Entwicklung zu durchlaufen, um dann irgendwann zu springen. Das mit der RAF ist auch aus anderen Gründen nochmal gesondert zu betrachten, da sie als einzige Gruppe die Entscheidung getroffen hat, die Tötung von Funktionären zur Aktionsebene zu machen. Dies setzt unseres Erachtens nochmal ganz andere Klarheiten voraus, als die Entscheidung irgendwelche Gebäude zu sprengen. Wie sich im Nachhinein zeigt, ist in den persönlichen Entscheidungen diesbezüglich auch jede Menge schief gelaufen, sonst würden jetzt nicht so viele ehemaligen RAFlerInnen ihre GenossInnen von damals denunzieren und auf weitere Lebenslänglich hinter Gitter bringen.

Damit die Vorraussetzungen für eine Verbreiterung von militanter Politik nicht völlig aufgegeben oder auf Jahre verschüttet wird, wäre es weiterhin notwendig, daß Gruppen auf ganz verschiedenen Aktionsniveaus agieren, und die Entwicklung nicht dahin läuft, daß außer einigen wenigen Vorzeigevereinen, militante Praxis bis auf weiteres eingestellt wird. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die verbliebenen Militanten neue Konzepte erarbeiten, um "Nachwuchs" zu bekommen. Dazu scheint wieder eine wie auch immer geartete Vernetzung dieser Gruppen notwendig. Wenn das Netz der Scene wegbricht, müßte an diese Stelle ein verbindlicheres zwischen den verschiedenen Gruppen aufgebaut werden. Das gilt nicht nur in Bezug auf "Nachwuchs", sondern auch, um überhaupt wieder in die Lage zu kommen, politische Wirksamkeit zu entfalten. Obwohl bisherige Versuche hierbei nicht sonderlich erfolgreich waren, denken wir, daß die Frage, ob und mit welchem Erfolg eine solche Vernetzung nochmal von den verschiedensten Gruppen angegangen wird, eine zentrale Bedeutung für die Weiterführung linksradikaler militanter Politik hat.

Fazit

Wir bedauern, daß die Sprengung des Abschiebeknastes nicht geklappt und das K.O.M.I.T.E.E. sich infolge der Umstände jetzt aufgelöst hat. Wir denken schon, daß das Gelingen der letzten und möglicherweise noch weiterer Aktionen guten Einfluß auf Motivation und Verfassung der linksradikalen Szene gehabt hätte. Das strukturelle Problem scheint uns aber durch das Konzept einer Kleingruppe mit Markennamen keineswegs lösbar. Dazu braucht es mehr als eine Gruppe. Wir nehmen an, so haben sie es sich auch nicht gedacht. Eine solche Initiative scheint uns eher eine Möglichkeit, das eigene Gewicht so komplett wie möglich in die Waagschale zu werfen, was aber eine Menge Risiken und Widersprüche in sich birgt, solange sich bei oben beschriebenen Problemen keine neuen Konturen abzeichnen.

Wir würden uns freuen, von möglichst vielen Gruppen (K:O:L:L:E:K:T:I:V:, Autonome Gruppe Celal Akan, Gruppe Oleg Ruksha, ... und natürlich auch allen, die mit Markennamen operieren), was dazu zu hören. Genauso von einzelnen und ihren Erfahrungen, wenn sie keine Gruppen mehr haben. Wenn wir mit unserer Einschätzung völlig daneben liegen, holt uns bitte wieder auf den Teppich.



Unser Papier erschöpft sich an diesem Punkt, denn das, was in der von uns problematisierten Entwicklung etwas voranbringen würde, können wir selbst nicht liefern. Dies wäre in aller erster Linie eine praktische Initiative, die so angelegt wäre, daß sie einige hiergenannte Probleme durch konkrete Versuche angeht. Sei es das Vernetzen, als auch das wirkliche Einklinken in Diskussionen.

noname

Zwei Etappen lagen halbwegs hinter mir...

ein Brief von Werner, JVA Berlin Moabit

...Ich hatte mich weitgehend in der Realität eingefunden, erwiderte mitunter sogar ihr schonungsloses Grinsen, und ich hatte mich einigermaßen mit dem Knastalltag arrangiert, zumindest bis zur großen Show. Einen Augenblick dachte ich, das Gröbste wäre für den Anfang geschafft. Pustekuchen. Schon klopfte die nächste Bewährungsprobe an die Vordertür, beziehungsweise ich hörte jetzt erst das gesteigerte Pochen. Es waren die ersten Auswirkungen der Haftbedingungen in Form von Konzentrationsstörungen, Gedankenkarussellen, Hirnblockern. Mein erstes Problem bestand darin, daß ich sie nicht richtig fassen konnte. Klar müssen sich Isolation von Menschen und die verordnete Bewegungslosigkeit irgendwie auswirken, denn das ist ja kein natürlicher Zustand. Aber wo und wie genau? Da half mir mein altes Wissen nicht viel weiter, unkonzentriert sind ja alle mal.

FreundInnen schrieben: beobachte dich, mach dir nen Plan, sei diszipliniert, laß dich nicht hängen. Sie vermittelten mir Erfahrungen anderer Gefangener mit der Iso und ermunterten mich, auch dieses Laken am Zipfel zu packen und wegzuziehen. Ich fing an, meine Reaktionen zuzuordnen.

Eine Freundin schrieb:

„Es setzt ein fieberhafter Aktionsdrang ein, dem vom Körper durch völlige Apathie gegengesteuert wird. ... Es beginnt die Phase der Anpassung. Der Gefangene mobilisiert seine Phantasie, um den völligen Kontaktverlust mit den Menschen auszugleichen. Er lernt, gleichzeitig stumpft er innerhalb von Wochen gegenüber seiner Umwelt ab, weil seine Sinnesorgane eintrocken.

Schon bei den ersten Besuchen wirkt er überkonzentriert, aber gleichzeitig fahrig und vergeßlich. In den ersten Monaten halten sich gezielt gesteuerte Phantasie und verlangsamte Anpassungsreaktion die Waage. Im Laufe der Zeit überwiegen Nervosität, rasche Stimmungswechsel und Konzentrationsverlust."

Hört sich ein bißchen an wie Lehrbuch, aber solche Sätze haun den Nagel erbarmungslos auf den Kopf und öffnen mir die Augen.

Schön, daß es diesen Erfahrungsschatz gibt. Er hilft mir beim übersetzen meiner Beobachtungen und beim zusammenfügen der Mosaikstücke.

(Erfahrungen vermitteln ist auch für mich ein Grund, warum ich über hier drinnen schreibe; eine der wenigen „sozialen" Aufgaben die ich mir stellen kann: Ich sage mir, je mehr das Phänomen Knast entschleiert, desto faßbarer und kalkulierbarer die dunkle Drohung für jede Einzelne. Undefinierte Angst wirkt lähmend, erkannt und erklärt aber verliert sie ihren Schrecken oder ermöglicht zumindest einen rationalen Umgang.)

Einige Auswirkungen der Iso sind relativ offensichtlich. Zum Beispiel starre ich während dieses Briefes oft wie ein Depp aufs Papier und merke nichtmal, daß meine Gedanken wo ganz anders oder nirgendwo sind. Kennt ihr, werdet ihr sagen. Kenn ich auch, aber es nimmt Ausmaße an.

Oder der Hirnblocker mitten im Anwaltsgespräch, tückischerweise genau dann, wenn ich einem gedanklichen Höhepunkt entgegen fliege und mich auf den

Ausblick freue.
Was eben noch gefüllt, ist gähnende Leere.
Als ob die Leitung gekappt, das Hirn verknotet wäre.

Manchmal nutzt Konzentration, und ich finde den Faden in einer Ecke, manchmal kann ich's für Stunden, Tage oder ganz vergessen. Jetzt verstehe ich die Brüche und Abschweifungen in Texten von langjährig isloierten Gefangenen besser. Sie fielen mir oft auf früher. Du hast einen Gedanken, noch einen und den nächsten; sie überrennen dich und es bleibt nix zurück. Oder du verlierst ihre Verbindung untereinander, als ob Flüsse durch Schleusen unterbrochen werden, die nur Bruchstücke durchlassen, ob sie passen oder nicht. Wer weiß, wie ich mich in paar Monaten ausdrücke. Für diesen Brief brauche ich schon Wochen, und er ist meine Hauptbeschäftigung in dieser Zeit.

Hinsichtlich der Prozessvorbereitung bin ich etwas in Sorge wegen Blocker, Aussetzer und Konsorten, denn ich möchte beim Showdown auch geistig anwesend sein. Sie verläuft leider schleppend, und ich muß in Sackgassen wenden bis endlich ein Knackpunkt aufleuchtet. Der erweist sich oft als gar nicht so komplizierte, so I wonder, was zum Teufel meine Gedanken in so abwegige Gefilde vorschlagen hat.

Die Frage ist schnell beantwortet, natürlich fehlt mal wieder Kommunikation. So sitze ich meinem Anwalt gegenübert und er bringt mit wenigen Sätzen einen in Tagen gewachsenen Gedanken-Aufbau zum Einsturz. Ich hatte den Beton falsch gemischt und deshalb das ganze Fundament vergeigt. Vorher ahnte ich zwar was, denn ich war unzufrieden, aber ich wußte nicht warum. Oder ich bekomme einen Brief, da öffnen drei Sätze eineTür, aus der etliche Erklärungen heraussprudeln, nach denen ich lange gesucht hatte.

Der Unterschied zwischen Selbstgespräch und Austausch ist beachtlich. Am meisten fehlen mir die freien Reaktionen, die Antworten oder auch nur Gesichtsausdrücke auf meine Worte, daß sich mein Kopf in sich selbst drehen muß. Die Gedanken stehen im Raum, sie reiben sich nirgendwo so richtig, werden weder kritisiert noch finden sie in der Meinung anderer einen Hinweis auf neue Richtungen. Im Prinzip könnte ich mir den letzten Schwachsinn ausdenken, völlig weltfremd, und mit vollster Überzeugung etwas vertreten, weil es sich durch tausendfaches daran denken eingefressen hat und zur Maxime wurde. O.k.., ist etwas übertrieben. Bevor es soweit kommt pfeift einmal kräftig.

Ich fange an zu verstehen, was Reizentzug bedeutet. Draußen ist es alltäglich und stinknormal, daß du dich bewegen kannst, eine Freundin besuchen, in der Gegen rumschaun, mal nah, mal fern. Die Umwelt reagiert auf dich, Eindrücke wie Straße, Gespräch, Kinder, Wetter wechseln. Das alles sind Reize die dich wachsen lassen und am Leben halten. Verschwinden sie oder werden eintönig genormt, verkümmern die Organe und Fähigkeiten. So ist es mit allen Körperfunktionen, vom Hirn bis zum kleinen Zehmuskel: was nicht durch Beanspruchung trainiert wird, baut sich ab, denn es wird nicht gebraucht. Wer drei Monate im Krankenbett liegt, hat danach Schwierigkeiten beim Gehen und muß Laufen erst wieder lernen. Wer nicht kommuniziert, wird Ich-bezogen, wer nicht nachdenkt zum Eintöner und dumpf in Kopf und Reaktionen. Und so weiter...
Ein solcher Prozeß läuft also ab. Die beste Gegenwehr besteht darin, die Sinne und Fähigkeiten weiter zu fordern. Vieles kann ich natürlich vergessen, denn die Umarmung einer Tasse ersetzt nicht menschliche Zärtlichkeit.

Hier drin wird analytische Arbeit zum Muß für einen lebendigen und flexiblen Verstand.. Leider war der Theoriebereich noch nie meine Sonnenseite. Der Gedanke: Werner, jetzt setz dich mal konzentriert hin und erarbeite dir eine Position - das kann mehr abschrecken als eine Stunde Frühsport morgens um sechs.



Aber ich will innerlich nicht verfaulen, und so zwinge ich mich in schwierige Bücher und lange Artikel rein, und weil ich den Beschiß kenne, daß das Auge zwar liest aber das Hirn nix davon aufnimmt, mach ich anschließend eine Zusammenfassung des Gelesenen. So läuft die Auseinandersetzung an. Nach dem Aufnehmen kommt das Verstehen, dann das Verarbeiten - also Argumente nebeneinander und in Verbindung stellen - Schlüsse ziehen, Positionen entwickeln... Stöhn!
Auf die Art „lese" ich seit bald zwei Monaten stückweise an einem Buch. obwohl es streckenweise spannend ist, wird die Anlaufzeit immer länger, und ohne 3,4 Stunden am Stück einzuplanen, brauch ich gar nicht erst anfangen. Ich wußte nicht; daß Denken so schwer sein kann, hab mir aber auch selten solche Erfolgserlebnisse abgeholt, wenn es denn klappt.

Als zweite Maßnahme gegen den Stumpfsinn schreibe ich Briefe und lese Zeitung so regelmäßig wie nie, wenn sie kommt.

Beim Schreiben versuche ich einerseits das wenige, was an Kommunikation möglich ist, trotz Einschränkung und Voyeuren auszunutzen.



Andererseits trainiere ich mich auszudrücken. Bevor ich euch etwas mitteilen kann, muß ich meine Gedanken und Erlebnisse verarbeiten, wodurch das Schreiben zur erstklassigen Selbstforschung und Bewußtseinsarbeit wird.
Leider taugen Briefe nur begrenzt für Auseinandersetzungen, obwohl sie einem Gespräch am nächsten kommen. Hier sind sie weder thematisch frei noch intim, und so bleibt eine Diskussion flach. Außerdem müssen große Zeiträume eingerechnet werden, wie es den Herrschaften gefällt. Trotzdem sind die Briefe mein wichtigstes Fenster zur Welt draußen. Sie enthalten persönliche Gedanken, auf die ich antworten kann, sind nicht schlechter oder besser als Sprechen, sondern anders: konzentrierter, überlegter, nicht so spontan. Ich lerne einige Leute neu oder von einer neuen Seite kennen, und das ist machmal huch wie aufregend!

Als drittes boxe, hüpfe, dehne und schwitze ich täglich und ernähre mich hauptsächlich von Obst und Gemüse aus dem Einkauf. Ich ahnte schon draußen, daß zwischen Körper und Psyche unsichtbare Fäden verlaufen, hier drin besteht kein Zweifel mehr. Wenn ich Scheiße fresse - beispielsweise Süßkram bis Oberkante Unterlippe wie am Anfang - häng ich in den Seilen, weil die Verwertung dieser Art von Nahrung mehr Energie kostet als der Körper daraus zieht. Ergo bin ich schlecht gelaunt, geistig und körperlich platt und die Pickel sprießen wie Pilze nach Dauerregen. Und wenn ich paar Tage auf der faulen Haut liege, verkalken nicht nur die Gelenke, sondern die Ströme fließen nicht mehr, die Wechselwirkung zwischen Organen, Hirn und Gefühlen verliert sich in einem fettigen, schleimigen, wabbernden Brei, dem Tummelplatz für Depris aller Arten. Von Durchblutungsstörungen und Kopfschmerzen ganz zu schweigen.

So, das waren die drei Punkte meines Anti-Iso-Programms. Leider funktioniert die Sache nur mit einem relativ straighten Tagesplan, also nichts mit Bockprinzip.

Es wird ohnehin immer schwerer die Sachen durchzuziehen, ab und zu leiste ich mir eine Hängerin. Spätestens wenn ich sie in die Länge ziehe, merk` ich sofort, daß Schluß mit lustig ist, daß ich mir sowas keinesfalls länger erlauben darf.
Der Schlaffe steckt in den Knochen, Apathie im Hirn und wachsendes Desinteresse im Herzen, weswegen die kleinste Gegenmaßnahme zum Kampf gegen den Schweinehund wird. Wenn ich alles zusammen zähle, ist der Widerstand gegen die Auswirkungen der Isolation der allererste Kampf um Selbstbehauptung.

Zu den beiden Welten, draußen & drinnen, will ich noch was sagen.
Die Isolation vergrößert nur die eh schon vorhandene Abschottung der Knäste von der Gesellschaft, wie es auch beabsichtigt. ist. Zuerst tat ich alles, um mit der Welt draußen verklebt zu bleiben. Je mehr sie verschwand, desto energischer fightete ich um die Reste.
Da war zum Beispiel ein unstillbares Informationsbedürfnis, mit dem ich die Iso auszugleichen versuchte. Es war unerträglich, nicht zu wissen, was außerhalb der Mauern vor sich geht. Sowohl bezogen auf die große Welt wie auf das Drumherum der Verhaftungen und Durchsuchungen. Erstmals erfuhr ich in Heimsheim durch eine am Gemeischaftshof ausgehängte Zeitung, daß hier angeblich der „Schlag gegen die linke Terrorszene" geführt wurde, gegen AIZ, KOMITEE, RAF etc., alles mal aufgelistet für 50 Einritte. Dann war wieder Sendepause (denn meine Anwesenheit am Gemeinschaftshof ein einmaliges Versehen), aber mein Wissensdurst erstrecht entfacht.
Oder beim Besuch, da flippte ich fast aus vor Aufregung. Einerseits der Streß mit drei Schnüfflern im Nacken und der Scheibe vorm Maul - eigentlich pervers, sowas Besuch zu nennen - andererseits der beknackte Versuch, alles mögliche erfahren und zwei Wochen getrenntes Leben in einer Stunde rüberbringen zu

Irgendwann wies mir der Frust die Richtung, ich hatte ein Einsehen und hörte auf mit der Quälerei. Ganz übern Berg bin ich noch nicht, aber ich versuche mich abzufinden damit, daß die alte Welt vergangen ist. Sie verschwindet ziemlich schnell und vollständig hinter einem Nebel. Viele Erinnerungen und Phantasien, die mir den Übergang in den Knastalltag erleichterten, haben sich in Träume verkrochen - noch nie träumte ich so ausgiebig wie im hiesigen dream hotel.
Ich bin nicht sicher, ob die Abkapselung von draußen der unvermeidliche Preis (cash hingeblättert) für die Orientierung drin ist, oder ob ich es mehr als Wirkung der Isolation deuten soll („der Gefangene stumpft innerhalb von Wochen gegenüber seiner Umwelt ab, weil seine Sinnesorgane eintrocknen"). Wahrscheinlich spielt es keine Rolle. Tatsache ist, daß ich kein Doppelmensch in einem sein kann, der gleichzeitig auf zwei Hochzeiten tanzt. Und daß sich ein Batzen unnötiger Streß mit zunehmender Distanz auflöst. Bei Briefen und Besuchen geht mir nicht mehr so dermaßen die Pumpe, daß ich kurz vor einem Herzkasper stehe. Stattdessen versuche ich die erlesenen Momente gebührend zu genießen und zu akzeptieren, daß es mehr von der alten Welt nunmal nicht gibt,und fertig.
Mein Mitgefangener Ralf Milbrandt sc:hreibt, „daß es nach der Zeit in den JVAs, keinen Anschluß an alte Beziehungen geben wird, sondern daß in allen Bereichen ein Neuanfang nötig sein wird."
Das dämmert auch mir. Die Kraft eines Teils meiner Beziehungen wird halten, und doch entfernen wir uns voneinander von Monat zu Monat, denn das Leben draußen ist ein anderes, steht nicht so still.
An dem Punkt geben sich die Entfernungen der Welten und die Isolation die Hand. Hier drin lerne ich nienand neu kennen, und so bin ich ganz auf mich zurückgeworfen. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als in die Tiefe zu gehen. Zu den unangenehmen Seiten dieser erzwungenen Selbstbeschäftigung gehört, daß eine menge Müll und Schlacke hochspült, daß Schattenseiten beleuchtet werden, auf die ich gar nicht so spitz bin, jedenfalls nicht im Moment. Aber sie sind verschmolzen mit positiven Seiten, die ich nicht besser beschreiben kann als Ingrid Strobl es 1989 getan hat:
„Die Kehrseite zu den Versuchen, dich einzuschränken und zu zerstören ist, daß du dich selber kennenlernst wie nie zuvor. Daß du deine eigene Zähigkeit entdeckst und Kraftreserven, von denen du gar nicht wußtest, daß du sie hast. ... Die Kehrseite des ganzen ist, daß deine Wut und deine Entschlossenheit jeden Tag wachsen. Daß dein Bestehen auf Würde das Selbstmitleid und die Beschränkungen täglich besiegt. Daß sie die Solidarität nicht verhindern können. ... Wirklich unverzichtbar ist, daß du dir selber in die Augen schauen kannst. Daß du dich und deine persönliche Geschichte nicht verrätst. Daß du auch im Knast nicht aufhörst, politisch zu arbeiten und dich weiterzuentwickeln. Daran ist nichts Heroisches. Ganz im Gegenteil, das ist einfach ein elementares Bedürfnis. Man kann ja auch nicht aufhören zu atmen."

Was mich bei allem ermutigt ist die Solidarität. Es wird versucht sie von hier fernzuhalten, und wir haben momentan nicht die Stärke, sie mit Kompressoren (oder so) durch Mauern zu pusten. Aber ich spüre die Solidarität als Wärmewelle. In Sätzen, einem Knaller, in Soli-Veranstaltungen und -Besäufnissen, klitzekleinen Gesten mit riesengroßer Ausdruckskraft, in den vielen Briefen von Leuten die ich zum Teil nicht kenne. Aufzählung unvollständig. Auch wenn ich nur von mir spreche(n kann) hoffe ich, in meinen Zeilen kommt was von dieser Wärme zurück.

Die Faust zum Gruße!
no justice, no peace!

Zweieinhalb Jahre Knast für Martin Mersch

Erste Verurteilung im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der KurdInnen im Sommer in Berlin

Zu zwei Jahren und sechs Monaten ohne Bewährung verurteilte am 7.11.95 die 2.Strafkammer des Landgerichts Berlin-Tiergarten den 25-jährigen Martin Mersch wegen dem Verstoß gegen das Vereinsgesetz und schwerem Landfriedensbruch . Das Urteil entsprach damit weitgehend dem Antrag der Staatsanwaltschaft, die dreieinhalb Jahre Haft gefordert hatte. Martin hatte sich vom 20.7.-14.8. 95 an einem Hungerstreik von etwa 120 KurdInnen im kurdischen Kulturzentrum in der Zossenerstraße 41 in Berlin-Kreuzberg beteiligt, nachdem diese Tage zuvor vom Breitscheidplatz durch Polizeigewalt vertrieben worden. Auf dem Weg ins Kulturzentrum starb die Kurdin Gülnaz Baghistani. Am 11.8. entfernte die Polizei entgegen den Willen eines Teils der Hungerstreikenden das Gittertor des kurdischen Zentrums,. woraufhin Steine und Mollis gegen die Bullen flogen. Laut Polizeizeugen habe Martin bei dieser Verteidigung die KurdInnen durch entsprechende Gestik und Handzeichen angeleitet. Zudem habe er vorher versucht, ein Plakat am Gebäude anzubringen, auf dem ein Symbol der verbotenen kurdischen ERNK zu sehen war und die Verantwortung für den Tod Baghistanis der „deutsch-türkischen Republik" zugesprochen wurde. Grund genug für die Richterin, allein wegen des Zeigens verbotener Symbole und grober Verunglimpfung des Staaates fünf Monate Knast zu verhängen. Am ersten Verhandlungstag nach 2 einhalb Monaten U-Haft waren am 2.11. gerade mal drei UnterstützerInnen im Zuhöreln-Saal erschienen, während sich dort 15 Zivilbeamte breit machten. An beiden Prozeßtagen sind leider keinerlei KurdInnen erschienen.. Wir dokumentieren im folgenden die Prozeßerklärung von Martin Mersch, die er am 7.11.95 in Berlin-Moabit: hielt:

„Das Interesse der BRD am Nato-Partner Türkei ist ein wirtschaftspolitisches.

Die zerfallene UdSSR, der Mittlere Osten und schließlich die Türkei selbst bieten deutschem Kapital neue Markterschließungsmöglichkeiten. Die Türkei soll dabei als Vorposten dienen. Dafür ist eine innenpolitisch stabile Situation erforderlich , d.h., das sog. Kurdenproblem in der Türkei soll durch die Vernichtung der PKK als Vertreterin des kurdische n Volkes scheinbar gelöst werden. Denn eine autonome oder teilautonome kurdische Region läßt die Monopolstellung deutscher Firmen nicht zu.

Deutschland ist Kriegspartner der Türkei

Dardurch, daß die Bundesregierung den Nato-Partner seit Jahren stetig steigend mit Kriegsgerät versorgt, welches ausschließlich für innenpolitische Angelegenheiten verwendet wird, also hauptsächlich gegen die in Nordwest Kurdistan lebende Zivilbevölkerung.

Dadurch, daß seit dem sog. PKK/ERNK-Verbot Kurdinnen und Kurden sowie deren UnterstützerInnen systematisch verfolgt, durch 129a Verfahren kriminalisiert und abgeschoben werden.

Durch das Verbot soll nicht nur die Stimme eines von Vernichtung bedrohten Volkes verstummen, auch Deutsche, die sich z.B. kritisch für die PKK oder zur Asypolitik äußern werden in ihren Grundrechten der Meinung-, Rede- und Versammlungsfreiheit beschnitten.

Erst das Verbot ermöglichte die Legalisierung des Mordes an Halim Dener, der in Hanover beim Verkleben eines ERNK-Plakates von einem SEKler erschossen wurde.

Erst das Verbot ermöglicht die Parallelen deutscher und türkischer Vernichtungspolitik gegen Kurdinnen und Kurden.

In der Türkei werden prokurdische Zeitungen verboten, deren Redaktionsräume gesprengt, ihre MitarbeiterInnen ins Gefängis geworfen, gefoltert, entführt und ermordet- in der BRD werden kurdische Vereine geschlossen, Kulturfeiern und Demonstrationen verboten und Medien, die u.a. über die Verfolgung des kurd. Volkes in der Türkei und BRD berichten, durch 129a Verfahren kriminalisiert. So geschehen z.B. mit dem KURDISTAN-REPORT und der antiimperialistischen Zeitung radikal.

In der Türkei werden kurdische Menschen mit deutschen Waffen ermordet und vertrieben - in der BRD werden Demonstrationen und Kulturfeiern von der Polizei eingekesselt und unter Einsatz von Wasserwerfern und Reizgas sogar Kinder und Greise krankenhausreif geprügelt.

In türkischen Knästen hungern sich politischen Gefangene zu Tode und verbrennen sich selbst als letzten Akt des Widerstand, als letzten Hilferuf für ihr Volk.

In der BRD geschieht das auf Autobahnen. Die Bundesregierung nennt das zynisch „eine neue Form des Terros", die deutsche Öffentlichkeit plärrt nach „freier Fahrt für freie Bürger."

Wenn der Selbstverbrennungstod zweier Frauen und mehr als 200 000 DemonstrantInnen für eine politische Lösung in Kurdistan in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr erreicht als Ignoranz und Schweigen

-was kostet denn ihre Aufmerksamkeit?!

Der weltweite HS war eine Solidaritätsbekundung mit den 10 000 Kriegsgefangenen in den türk. und kurd. Knästen sowie ihre Forderung nach einer politischen Lösung in Kurdistan, Stopp der deutschen Kriegshilfe für das türkische Regime, Beendigung der Folter



an politischen Gefangenen un die Entsendung internationale BeobachterIndelegationen in Kriegsgebiet.

Ohne ersichtlichen Grun wurden die Hungerstreikende vor der Kartharinenkirche i Frankfurt a.M. von der Polize mit äußerster Brutalität zusammengeschlagen. Tags darau wurden die Hungerstreikenden vom Berliner Breitscheidplatz unter Knüppelschlägen in einem Gewaltmarsch zum 8 km entfernten Deutsch-Kurdischen Freundschaftverein in der Zossener Str.41(Kreuzberg) getrieben. Die durch den HS geschwächte Gülnaz Baghistani starb an den Folgen des Gewaltmarsches. Die Verantwortung für ihren Tod trägt die Bundesregierung, hier vertreten durch Innensenator Heckelmann (CDU).

Nachdem der Hungerstreik über 10 Tage fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit in der Zossenerstr. 41 weitergeführt wurde und auch die von staatlicher Seite erhofften und provozierten Ausschreitungen im Rahmen des Trauerzuges - an dem sich mehr als 20 000 Menschen beteiligten - ausblieben, suchten die Organe aus Regierung und Justiz nach neuen Möglichkeiten, den HS zu beenden.

So geschehen durch die Lüge, wir die Hungerstreikenden, hielten das Eingangstor zum Gebäudekomplex Zossenerstraße 41 verschlossen, wodurch AnwohnerInnen der Ein- und Ausgang verwehrt bliebe. Tatsächlich gibt es heute keine konkreten ZeugInnenaussagen, die die Lüge der Polizei bestätigen . Somit war der gewaltsame Abriß des Tores nichts, als ein weiterer Versuch uns Hungerstreikende zum Widerstand gegen den Staatsterror zu provozieren... Nur durch diesen entschlossenen Widerstand und der mutigen Hilfe einiger hinzugeeilter AntifaschistInnen konnten wir vor weiteren Übergriffen der Berliner Polizei geschützt werden.

Erst nach , bzw. seit dem sog. PKK/ERNK Verbot kommt es mit zunehmender Härte zu Auseinandersetzungen zwischen deutscher Polizei und Kurdinnen und Kurden, die ihre politischen Forderungen äußern. Die Konsequenz daraus muß sein: Die Aufhebung des Verbotes, Freilassung aller politischen gefangenen KurdInnen sowie deren UnterstützereInnen, Anerkennung der PKK als Kriegspartei und die Einstellung deutscher Rüstungslieferungen an den Folterstaat Türkei.

Hoch die Faust
wir werden siegen!!

JVA Moabit, Berlin, den 6.Nov. 1995

Martin soll am 27.11. nach Münster verlegt werden.Seine Addresse:

Martin Mersch,
JVA, Gartenstraße 26,
48 143 Münster

Bewegung und Repression in Griechenland

Zum 2. mal seit dem Ende der Diktatur und zum 1. Mal was das athener Polytechnikum (technische Hochschule) angeht, wurde am Samstag den 18. November das griechis che Hochschulasyl vom Staat durchbrochen. Nach einem ganznächtlichen chemischen Krieg wurden 515 Menschen Festgenohmen. Das waren die die von den ca. 2.500 des Abends im Polytechneio gebliben sind. Die ca. 3.000 Bullen und die Anzahl der Festnahmen sorgten für den mit Abstand größten Polizeieinsatz in der griechischen "Demokratie". Die Leute wurden bei der Festnahme, dem Transport und der U-Haft übelst geschlagen, schikaniert und mißhandelt (z.B. Ausziehen von Frauen in Anwesentheit von Bullen). Die Festgenohmenen wurden 2 Tage lang im Bullen-Hauptquartier gehalten. Da wurden sie bis zu 25 Personen in 3x3m "große" Zellen gesperrt, viele haben nichts zu essen gekriegt, Telefon und ärztliche Behandlung wurden in der Regel verweigert. 340 BesetzerInnen, darunter 80 "minderjährige", wurden am 19.11. entlassen. Der Rest wird von Gericht zu Termin geschleppt da der Polizei- u. Justizapparat mit dem Ausmaß der Prozesse nicht zurecht kommt. Am meisten bedroht sind 25 Leute die am 17.11. während der Strassenkämpfe festgenohmen wurden. Da am angesetzten Verhandlungstag die Ankläger (Bullen) nicht erschienen sind, wird ihnen am 1.12. der Prozess gemacht. Bis dann sind sie überaschenderweise freigelassen worden. Das gleiche gilt auch für die 137 BesetzerInnen deren Prozess auf den 5.12. verlegt wurde und die seit dem 23.11. in Gruppen frei gelassen werden.

Am 16.11. wurden während einer Demo/Auseinandersetzung in Saloniki (AnarchistInnen hatten das Theologie-Institut der Uni besetzt) 4 Leute verhaftet. Vier Tage später sind zwei zu 3,5 und einer zu 2,5 Jahren, wegen "Widerstand" und "Aufruf zur Revolte" (ein uralt-Paragraph der seit Jahrzenten nicht mehr angewendet worden ist) verurteilt worden und sitzen im Knast. Die 4. Person, eine 17 jährige Schülerin, war zu der Zeit des Prozesses noch im Krankenhaus. Auch die anderen haben von der "Sonderbehandlung" der Bullen berichtet.

8 Faschisten die in Athen am 16.11. die AnarchistInnen angegriffen hatten und dabei ausnahmsweise mal von den Bullen gestoppt wurden, wurden am nächsten Tag frei gesprochen.

Am 20.11. sind in Athen an die 50 Wohnungen und anarchistische Räume durchsucht wurden. Die Bullen haben dabei alles mitgenommen, was besonders für das Anarchiv "Anarchiki Archiothiki" katastrophal ist. Ob die Repression weiter gehen wird und ob sie das Ziel hat jegliche anarchistische/revolutionäre Aktivität im Land zu verhindern, kann noch nicht gesagt werden. Bei den zahlreichen Demos und Versammlungen gab es bis jetzt (25.11.) jedoch keine weiteren Repressionen. Die Pogrom-Stimmung nach der 10-stündigen live-Übertragung der Bestzung und der Krawalle am 17. ist im Moment etwas umgekippt. Die vielen Festnahmen und die extrem üble Live-Verprügelung eines 16-jährigen von 10 Bullen waren wohl doch ein bisschen zu viel.

Am 17. November 1973 revoltierten in Athen zehntausende gegen die Unterdrückung durch die Militärjunta. Das Polytechnikum wurde der Mittelpunkt der Kämpfe die sich gegen staatliche Einrichtungen richteten und Symbol des Aufstandes, da es vom Militär gestürmt wurde und dabei 52 Menschen ermorden wurden. Seit dem wird der Jahrestag institutionalisiert gefeiert. Da es sich aber nicht um ein Fest handelt sondern um einen Aufstand auf den es bis heute Bezüge gibt, wird die Hochschule jedes Jahr von AnarchistInnen/Antiautoritären und anderen Außerparlamentarischen besetzt. Während der Demo/Besetzung kommt es jedes Jahr auch zu Auseinandersetzungen mit dem Staat und den Faschos (aber auch mit der KP, die ein Monopol auf revolutionäre Geschichte beansprucht). Dieses Jahr wurde das Polytechnikum besetzt um die Freilassung der politischen (anarchistischen) Gefangenen zu fordern und um sich mit den Gefangenen zu solidarisieren die z.Zt. revoltierten (Massenaufstand im "Korydallos"-Knast/Athen).

Als die Kameras nicht "100 Vermummte" sondern eine Bewegung vor sich fanden, waren alle erst mal erstaunt. Die SoziologInnen liefern schon die ersten Erklärungen.
Von uns hingegen ist Solidarität gefragt.

Solifaxe/Infos: -ALFA 0030/1/2933396 (Athen) und 0030/31/207093 (Saloniki)
-ABC, Aristidou 8, 10559 Athen tel/fax:0030/1/3224770
infos auch über -FAU, Charlottenstr. 6, 52070 Aachen

schreibt an den Justizminister und die Botschaft:
Ministry of Justice, Katehaki Street, Athens,GR fax: 0030/1/7796055
Griech.Botschaft, Marienkapelle 10, 53179 Bonn tel:0228/8301-0 fax:0228/221705

Aus Solidarität mit den Inhaftierten/Verfolgten in Griechenland gab es in Berlin am Montag eine Kundgebung vor dem griechischen Konsulat am Wittenbergplatz.Der Wittenbergplatz konnte dabei zwar nicht vollständig gefüllt werden, aber die GenossInnen in Griechenland werden es schon mitkriegen.Auch von uns aus Grüße an euch! Wir sind an weiteren Berichten zur Lage in Griechenland (und anderswo!) interessiert.Unser Internationalismus gegen die Globalisierung des Kapitals!!!

Politische Gefangene in Griechenland:

G.Balafas Ganz Griechenland weiß daß es sich um den "Terroristen nr. 1" um eine Bullenkonstruktion mit der hilfe der US-Terrorismusberatungsstelle State Department handelt. Die RichterInnen meinten: *10 Jahre Knast.*

O. Kambouris soll den Wächter des KP-Gebäudes überfallen haben und seine Knarre geholt haben. KeineR auser die Ehefrau eines an der "Aufklärung" beteiligten Bullens hat ihn erkannt, *5 Jahre Knast.*

Ch.Marinos Schon mehrmals wegen unterschiedlichen Beschuldigungen in Knast und Medien gewesen, soll er diesmal ein Krankenhaus überfallen haben. *4. Woche Hungerstreik.*

G. Kritikopoulos hat *12 Jahre Knast* (kein tippfehler !) wegen eines Molli gekriegt den er nicht mal geschafft hatte zu werfen.

N. Karatzas wurde während einer SchülerInnendemo verhaftet und wegen eines Rucksacks mit Mollis die bei ihm in der Nähe waren sitzt er schon *fast seit einem Jahr in U-Haft.*

N. Karanikas ist kein Anarchist, dafür aber KDVler. *4 Jahre Knast.* Der Staat der in den letzten Jahren Verweigerungen geduldet hatte (zwar illegal wurde aber nicht verfolgt) will anscheinend mit der antimilitaristischen Bewegung schluß machen.

S. Dapergolas, M. Chrisostomou Der erste ist Visp der anarchistischen Wochenzeitung "Alfa". Die beiden wurden bei einem Banküberfall verhaftet und ihnen werden willkürlich auch andere Überfälle vorgeworfen.

K. Kalaremas wurde im Zuge der Festnahme von Dapergolas und Chrisostomou verhaftet und auch angeschuldigt. Angeschuldigt wird er von einer Person die dadurch ihren eigenen Arsch retten wird. Der Genosse ist seit dem ersten Tag seiner Verhaftung (11.10.) in den Hungerstreik getretten und *sein Leben ist mittlerweile in Gefahr*, er wurde ins Krankenhaus gebracht, verweigerte jedoch die Behandlung.

Es war schon immer eine Taktik der griechischen Polizei Verhaftete zu erpressen um ihre "Komplizen" zu nennen. Besonders betroffen davon sind MigrantInnen. Seit 1990 gibt es einen großen Migrationsweg von AlbanerInnen nach Griechenland. Seit dem hat sich einerseits die Kriminalität minimal gesteigert dafür ist aber der Prozentsatz der "ungeklärten Fälle" drastisch gesunken. Die Polizei macht im Zweifelsfall AlbanerInnen für alles verantwortlich. Es ist aber das erste mal daß diese Taktik auch gegenüber der anarchistischen Szene angewendet wird. Der Grund dafür ist sicherlich nicht nur die Aufklärungsquote.

CHRISTEL FRÖHLICH IN ROM VERHAFTET

Am 28.10.1995 wurde Christel Fröhlich-Padula in Rom verhaftet. Christel war mit spezieller Genehmigung des italienischen Innenministeriums nach Rom gereist, um dort ihren inhaftierten Ehemann Sandro Padula zu besuchen.

Sie wurde um 13.30 Uhr an einer U-Bahnstation von mehreren Männern in Zivil festgenommen, die ihr später eröffneten, daß gegen sie ein internationaler Haftbefehl der französischen Behörden vorläge. Den Zeitpunkt der Festnahme datierten sie auf 14.30 Uhr; der Haftbefehl lag erst gegen 14.53 Uhr bei den italienischen Behörden vor. Begründung des Haftbefehls ist ein Sprengstoffanschlag aus dem Jahr 1982 in Paris, Rue Marboeuf, der gegen eine arabische Wochenzeitung gerichtet war (zu diesem Anschlag hat nie eine Organisation die Verantwortung übernommen).

Der erste Verhörversuch dazu fand bereits 1982 durch einen französischen Richter statt. Zu diesem Zeitpunkt war Christel wegen Sprengstoffbesitzes in Italien inhaftiert. Nach ihrer Haftentlassung 1988 kehrte Christel nach Hannover zurück. Die Ermittlungen wurden - mal offen, mal verdeckt - weitergeführt. Die Beweislage war und ist so dünn, daß es hier in der BRD nie zu einer Anklage gereicht hat.

Die Presse hat über all die Jahre ihren Teil dazu beigetragen, das Bild von Christel als „Top-Terroristin" aufzubauen. Besonders hervorgetan hat sich dabei der Lokalreporter der HAZ Michael Sasse. Er, der offensichtlich gute Verbindungen zu Staatsschutz- und Geheimdienstbehörden hat, arbeitet dabei mit gezielten Lügen.. Seit Jahren wiederholt er z.B. wissentlich die gleiche Lüge, daß Christel bei ihrer Verhaftung 1982 einen falschen Paß auf den Namen Städelheim dabei hatte. Auf diesen Namen war der Wagen gemietet worden, mit dem der Anschlag in Paris ausgeführt wurde. Weiterhin behauptet Sasse trotz besseren Wissens, daß Christel hier in Hannover seit 1989 unter anderem Namen gelebt hätte. Aber Lügen werden auch nicht dadurch wahr, daß sie ständig wiederholt werden.

Mit der jetzigen Verhaftung von Christel wird das fortgesetzt, woran unterschiedliche Behörden sich seit 13 Jahren zu schaffen machen: ihrer habhaft zu werden.

Dies wurde nur möglich durch die Zusammenarbeit der deutschen, italienischen und französischen Behörden. Da Christel, als Deutsche, von der BRD nicht ausgeliefert werden kann, ist es völlig offensichtlich, daß die Genehmigung der Einreise nur dem Zwecke ihrer Verhaftung diente.

Machen wir uns nichts vor, das Verfolgungsinteresse der Ermittlungsbehörden war schon immer grenzenlos. Trotzdem bleibt es dabei: Solidarität ist unsere Stärke!

Wir fordern:
- die Aufhebung der Isolation
- keine Auslieferung nach Frankreich
- Christels sofortige Freilassung

13.11.95

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o annabee Buchladen
Gerberstr.6
30169 Hannover

Motzen grüßt Tepoztlan!

Vor den Toren der mexikanischen Hauptstadt wehrt sich ein Dorf gegen den Bau eines Golfplatzes und erklärt sich zur autonomen Gemeinde.

Der „Golfkrieg" von Tepoztlán

Vom Dachsims des Rathauses baumeln die „Verräter", säuberlich in Jeans und Anzug und Kostüm gekleidet, alle paar Meter an einer dicken Kordel aufgeknüpft. Die gespenstischen Judas-Puppen, die in Mexiko sonst nur um Ostern zu sehen sind, hängen nun schon seit ein paar Monaten an dem kalkweißen Gebäude. Unmißverständlich bringen sie die Meinung der Tepoztecos, der BewohnerInnen Tepoztláns, über ihre ehemalige Gemeinderegierung zum Ausdruck. Deren Vergehen: Ohne die Bevölkerung zu konsultieren, hatten sie klammheimlich die Erlaubnis zum Bau einer luxuriösen Golfanlage im Valle Sagrado gegeben, im „heiligen Tal" von Tepoztlán.

Die Strohgehenkten sind die ersten Opfer im sogenannten „Golfkrieg", der hier, eine Autostunde südlich von Mexiko-Stadt, seit dem Sommer tobt. Das Dorf am Fuße der vulkanischen Bergkette lebt von einem blühenden Fremden- und Ausflugsverkehr, doch der heimische Stolz ist ungebrochen.

Wo zu Zeiten der mexikanischen Revolution Emiliano Zapata sein Quartier aufgeschlagen hatte, finden heute Metropolenmüde und Wochenendaussteiger eine idyllische Zuflucht. Die kleine Pyramide auf einem der umliegenden Berge, den täglich Touristen erklimmen, gilt Kennern als einer der „energiegeladensten Punkte" auf der ganzen Welt. Und tatsächlich scheinen die kosmischen Energien, zusammen mit dem schwülen Klima und dem zapatistischen Vermächtnis, in der 10.000-Seelen-Gemeinde für eine besonders explosive Stimmung zu sorgen.

Widerstand gegen „Invasoren" hat hier Tradition

Der Widerstand gegen die „Invasoren" ist nicht neu. Seit Anfang der sechziger Jahre gab es nicht weniger als fünf Versuche, das Umland touristisch zu erschließen. Nicht nur Golfplätze, sondern auch Feriensiedlungen, Panoramastraßen und Elektrobahnen sollten dem Dorf den nicht sonderlich ersehnten „Fortschritt" bringen. Die Projekte scheiterten an der allseits bekannten Sturheit der Tepoztecos. Heute beansprucht eine inländische Investorengruppe, darunter auch ein Schwager des exilierten Ex-Präsidenten Carlos Salinas de Gortari, 187 Hektar für ihr großangelegtes Projekt. Dort sollen ein Golfplatz mit 18 Löchern entstehen, ein Fünfsternehotel mit Tennisplatz und Privatflughafen, außerdem 800 Luxusresidenzen und ein paar künstliche Seen. Im Jahr 2000 soll der Club, der als eine Art Pilotprojekt in Sachen High-Tech-Tourismus rund um die Metropole gedacht ist, fertig sein – so zumindest die ehrgeizigen Pläne.

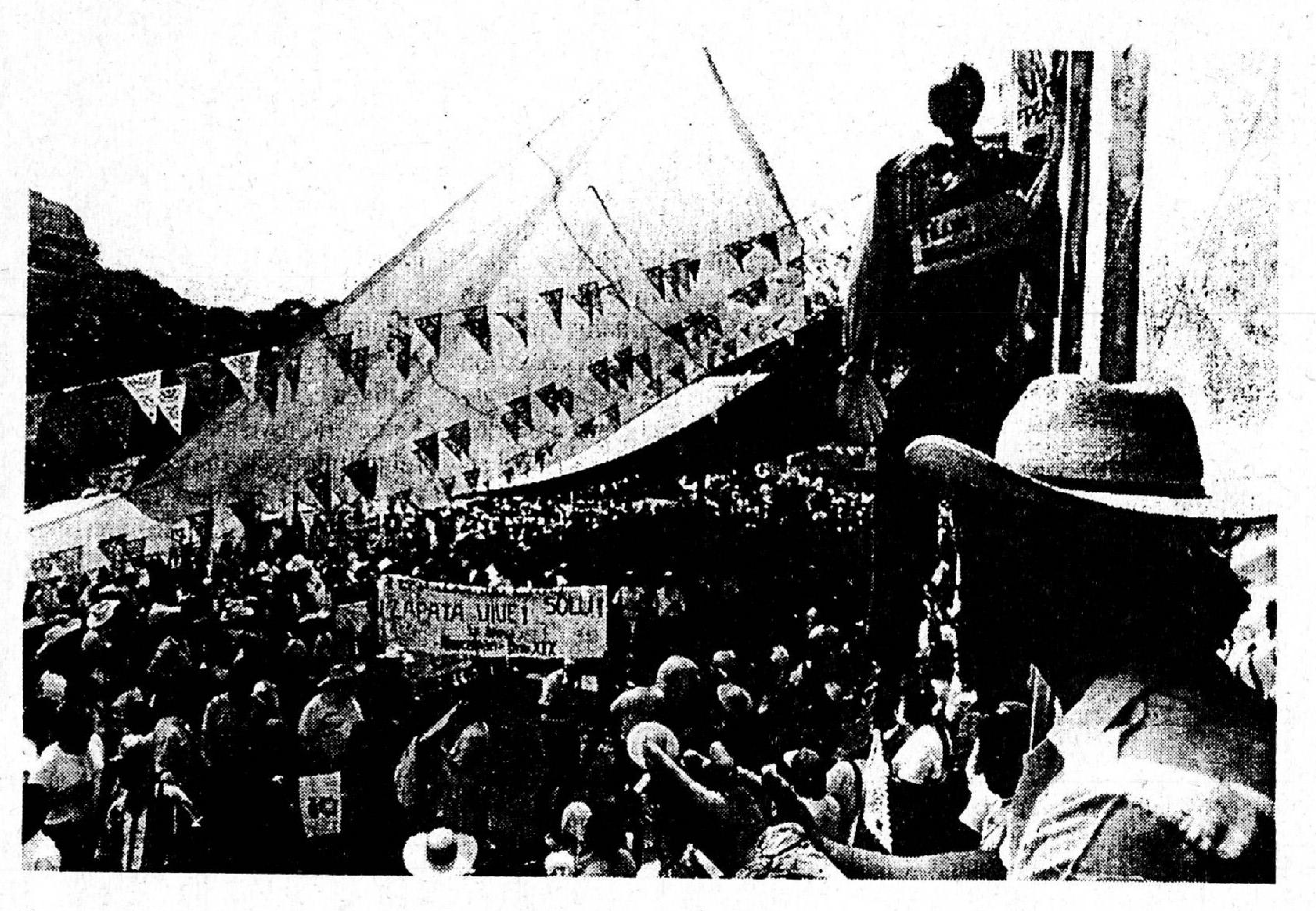
Dabei geht es freilich weniger um das Ferienglück der gutbetuchten MexikanerInnen als vielmehr darum, ausländischen Firmen das Investieren in der monströsen Hauptstadt etwas schmackhafter zu machen. Denn hinter dem umstrittenen Golfclub stand bis vor kurzem noch der US-Multi GTE, der gleich nebenan einen gigantischen Technologie-Komplex errichten wollte. Mittlerweile, so heißt es im Dorf mit einiger Genugtuung, schauen sich die *gringos* schon mal nach anderen Standorten im Umland um. Allein heimische Investoren bleiben hartnäckig. Und das, obwohl das besagte Terrain im gemeindeeigenen Nationalpark liegt, der seit Ende der achtziger Jahre zudem zum „Bio-Korridor" erklärt wurde.

Die Tepoztecos fürchten nicht nur um ihre Ruhe und ihre Traditionen, sondern auch um die ohnehin schon prekäre Wasserversorgung. Der veranschlagte Verbrauch für das saftige Rasengrün beläuft sich auf das Fünffache dessen, was die gesamte Ortschaft am Tag verbraucht, auch die Versorgung der umliegenden Dörfer ist in Gefahr. Eine „wirtschaftliche Apartheid", nennt die Tageszeitung *La Jornada* den zu erwartenden Verteilungskampf.

Schon am Ortseingang empfängt die Besucher ein kleiner Steinwall mit einer unübersehbaren Mitteilung. „Willkommen bei einem Volk, das seine Traditionen und Gewohnheiten verteidigt!" und daneben, in knallroten Lettern: „Nein zum Golfclub!"

Ja, bekräftigt der Taxifahrer lachend, während er mit seinem Käfer über das Kopfsteinpflaster klappert, hier seien „wirklich alle" dagegen. Inzwischen gebe es nur noch diese eine Straßensperre, zwischenzeitlich habe es mehr als ein Dutzend von ihnen gegeben, die „alle, die nach Regierung aussahen", fernhielten. Seit fast drei Monaten herrscht ein faktischer Ausnahmezustand in Tepoztlán. Gelegentlich werden bewaffnete Eindringlinge mit Knüppeln vertrieben, selbst ein paar Hundertschaften Bundespolizei hatten angesichts der tepoztekischen Wut das Weite gesucht. Kein einziger Polizist hat seitdem einen Fuß in das Dorf gesetzt.

Aber es geht auch ohne. Die Müllabfuhr klappt besser als je zuvor, junge Männer dirigieren den



Demonstration vor dem besetzten Rathaus in Tepoztlán

Verkehr und bewachen die Ortseingänge. Bezahlt wird niemand. Alle 24 Stunden ist Schichtwechsel, jeden Tag wacht ein anderer Stadtteil über die tepoztekische Sicherheit. Weil die Landesregierung dem unabhängigen *municipio,* wie die Kommunen in Mexiko heißen, bislang keinen Pfennig bezahlt hat, hält es sich mittlerweile mit dem Geld der BewohnerInnen über Wasser. Und da man wegen des drohenden Vorwurfs der Unterschlagung keine Gebühren erheben darf, werden die Zahlungen für die kommunalen Dienste geschickt als „Spenden" deklariert.

Seit dem 24. August wird mit Knallern und Kirchenglocken zu Dorfversammlungen gerufen. Und die finden seither fast täglich statt. Denn als seinerzeit die Zustimmung des seit März amtierenden Bürgermeisters Morales zum verhaßten Golfclubprojekt bekannt wurde, marschierten Tausende von erzürnten Anwohnern, von Glockengeläut begleitet, zum Rathaus, besetzten es und wählten Morales schon am nächsten Tag einstimmig ab. Die Dialogversuche mit der Landesregierung blieben ohne Ergebnis. Um ihrer Forderung nach dem Verbot des Bauvorhabens Nachdruck zu verleihen, wurden drei Funktionäre ein paar Stunden lang „entführt".

Auch der Bischof aus der Landeshauptstadt, der den Golfplatz unvorsichtigerweise als „Segen Gottes" bezeichnet hatte, durfte erst unter Bitten und Betteln wieder seiner Wege gehen. Einen Monat später organisierte das „Komitee der Einheit von Tepoztlán" die Neuwahlen in Eigenregie. Aus den parteiunabhängigen Kandidaten wurde ein achtköpfiger Gemeinderat gewählt, für jeden Stadtteil ein Vertreter. Der Anwärter mit den meisten Stimmen wurde zum neuen Dorfvorsteher ernannt.

Fast die Hälfte der Wahlberechtigten machte ihr Kreuz bei Lázaro Rodríguez. Der 40jährige Grundschullehrer, Bauer und Kunsthandwerker hatte sich in den vergangenen Jahren vor allem als Retter der tepoztekischen Wälder bei seinen Landsleuten einen Namen gemacht. Anfang Oktober wurde dem frischgebackenen Bürgermeister in einer feierlichen Zeremonie der „Befehlsstab" übergeben. Auch an ihn ging eine deutliche Warnung: Wenn er sich vom Willen des Volkes entferne, dann „wird es das Volk sein, das dein Herz fordert, um die Wut unserer Götter zu besänftigen".

Noch aber wird er von einer ungewöhnlich breiten Allianz unterstützt. Nicht nur von Ökogruppen und Frauenorganisationen, auch von den Ortsverbänden aller Parteien sowie den 800 Gemeindebauern. Selbst die Ladenbesitzer, bei derlei Konflikten aus naheliegenden Gründen fast immer auf der Seite des „Fortschritts", haben inzwischen mit solidarischen Steuerstreiks gedroht.

Ein erster Etappensieg ist erzielt: der vorläufige Baustopp, der im September für einige Bauabschnitte wegen mangelnder Erfüllung der Umweltauflagen verfügt worden war, ist mittlerweile endgültig. Selbst der Einspruch der Unternehmergruppen wurde Ende Oktober abgelehnt. Ihr Golfprojekt, für das ihnen noch im März der Landesvater Jorge Carrillo Olea seine „volle Unterstützung" zugesichert hatte, wollen sie deswegen nicht aufgeben.

Im Rathauses herrscht reges Treiben. Über den improvisierten Schreibtischen hängen Zapata-Bilder, die Jungfrau von Guadalupe und andere bunte Gottheiten. Alte Männer in Sandalen und weißen Strohhüten warten auf die Audienz mit „ihrem" *presidente municipal.* Andere schieben draußen Wache. Ob es zu Zusammenstößen kommen kann? Don Pedro zuckt die Schultern. Er deutet auf die baumelnden Strohpuppen und sagt dann in der bedächtigen Diktion alter Menschen: „Uns verkauft keiner mehr." Und: „Wenn's knallt, dann knallt's eben. Die Leuten sind zu allem entschlossen."

Auch Ortsvorsteher Lázaro Rodríguez macht einen entschlossenen Eindruck. „Zapatistisches Blut fließt in unseren Adern", meint er stolz. Der Mann mit dem buschigen Schnurrbart und dem kecken roten Halstuch sieht selbst hinter seinem wuchtigen Schreibtisch noch wie ein leibhaftiger Nachfahre des legendären Revolutionsgenerals aus. Eines sei schon mal sicher: „Hier kriegen sie uns nicht raus."

Wie alle Angestellten der neuen Gemeindeverwaltung bekommt auch er bis jetzt keinen Lohn. Denn offiziell ist die unabhängige Gemeinde nicht anerkannt, wenn auch mittlerweile das Standesamt seine Arbeit aufgenommen hat. Eine „De-facto-Anerkennung", meint Rodríguez zuversichtlich. „Wir halten noch ein paar Monate durch." Waffen? Er grinst entwaffnend. „Wir kämpfen lieber damit", sagt er und tippt sich an die Stirn. Zur Not eben auch mit Steinen und Knüppeln, „etwas rudimentär, aber wirksam".

Sein Büro ziert ein riesiges Ölbild von Subcomandante Marcos. Nein, mit der Zapatistenguerilla habe man keinerlei direkte Verbindung. Blöde Frage. Selbst wenn, dann würde man es nicht gerade der ausländischen Presse kundtun.

Besonders clever sei die Landesregierung in der Angelegenheit nicht vorgegangen. „Weil sie sich um ein Problem, den Golfclub, nicht rechtzeitig gekümmert haben", ergänzt der Leibwächter Jorge, „haben sie jetzt ein viel größeres Problem am Hals." Das „freie Municipio" ist schließlich die erste Erfahrung dieser Art im postrevolutionären Mexiko. „Ein Beispiel fürs ganze Land", hofft Lázaro. Dann muß er sich wieder seinen Amtsgeschäften zuwenden. Am Ortseingang seien Polizisten gesichtet worden.

Abends um halb acht ist Wachablösung. Und gleichzeitig Dorfversammlung. Sorgsam wird den Nachfolgern jede Kopierquittung abgerechnet und Bericht erstattet über die Begebenheiten des Tages. Dann wird man die Obhut der „presidencia" an die nächste Brigade übergeben. Bewacher Don Pedro sieht müde aus. Aber er will noch nicht nach Hause. „Hier gibt es noch einiges zu tun." Nach seiner Meinung zu den *compañeros* im fernen Chiapas befragt, legt sich ein undurchdringlicher Ausdruck über das zerfurchte Gesicht. Nach einer Weile sagt er langsam: „Sie grüßen uns, und wir grüßen sie."



Advent, Advent, der Castor pennt ... Wir nicht ! Wir stellen uns: Quer ! Beneixkonzert am 1.12.95, 20 h

Scrap Heap Underground Rock

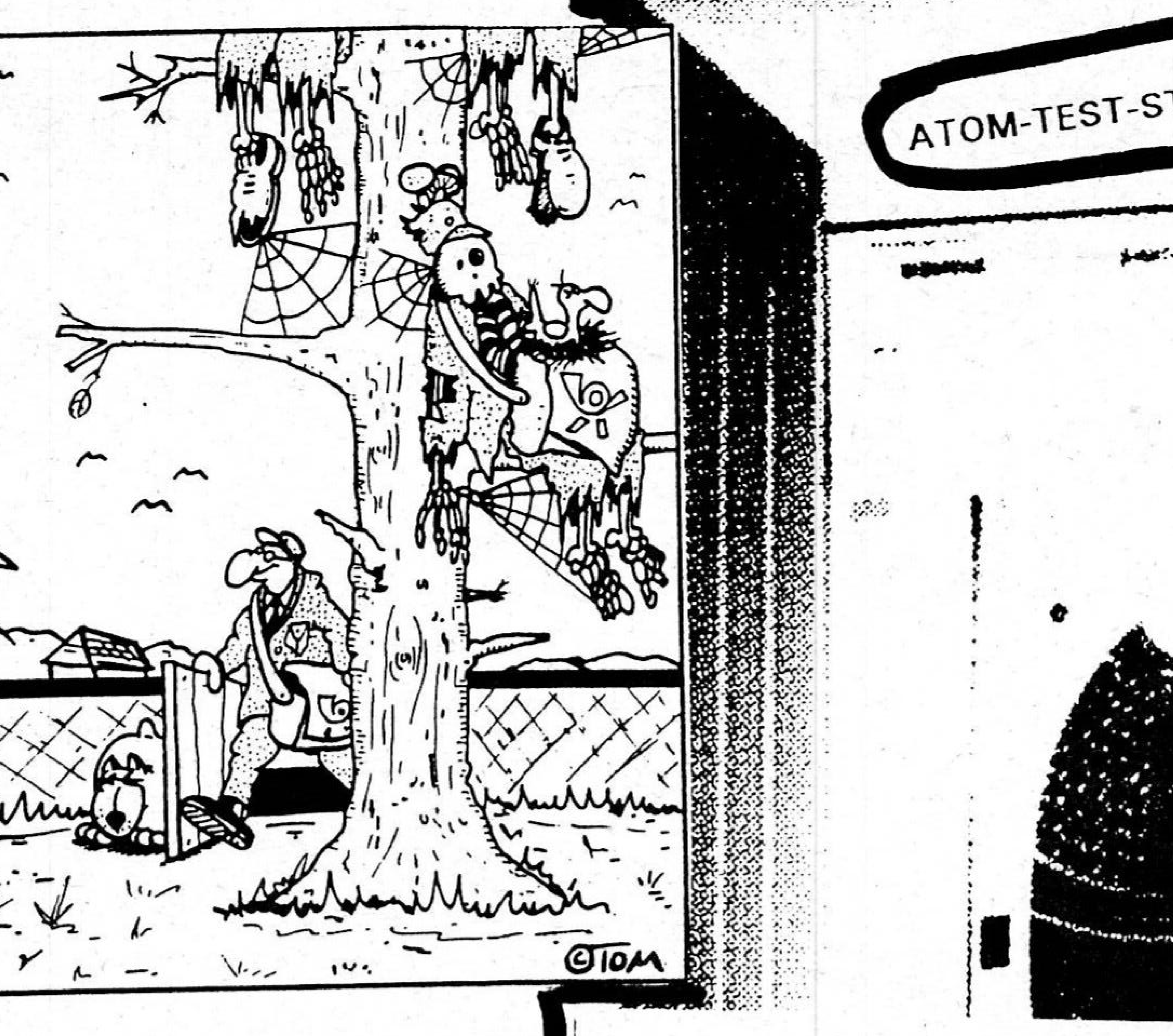
the dilettantes beat rock

The Hoochie Coochies jazz funk soul

im SpielWerk vom **Kultur- und Ausbildungswerk** Königstr. 28 / Ecke Anhaltiner Str. Berlin-Zehlendorf

Eintritt 5,- DM. "Mit euren Gaben werden wir dem Atomstaat schaden!"

118 148 N 48 (H) BUSSEALLEE, POTSDAMER STR., CLAYALLEE, BERLINER S., NEUE STRAßE, TELTOWER DAMM, KÖNIGSTRAßE, SpielWerk, ANHALTINERSTR, (S) Zehlendorf



Liebe potentielle Beneix-Konzert-Besucher !

Der erste **CASTOR** mit hochradioaktivem Atommüll ist drinn, im Zwischenlager Gorleben. Mit einem enormen Kostenaufwand (55 Millionen) wurde er mittels eines Riesenaufgebotes Polizisten durchgeprügelt. 419 weitere Behälter sollen folgen ... Die Devise heißt, es dem Staat so teuer wie möglich zu machen. Daß diese Methode zieht, wird auch durch die Überlegung der Deutschen Bahn-AG, dem Haupttransporteur von Atommüll, deutlich, die das Durchführen weiterer CASTOR-Transporte eventuell verweigern will. Der DB werden diese aufgrund der Sabotageaktionen an Schienen und Oberleitungen und den damit verbundenen Reparaturkosten zu teuer. Fest steht, daß dieses Jahr kein CASTOR mehr nach Gorleben rollt. Ein Erfolg des Widerstandes. Weiter so!
Aber: Ständig rollen CASTOR-Transporte zu den Wiederaufbereitungsanlagen LaHague in Frankreich und Sellafield in England, neuerdings auch von dem Berliner Hahn-Meitner-Institut in Wannsee nach Dounrey in Schottland. In Morsleben wird schwach- und mittelaktiver Atommüll endgelagert. In Greifswald und Rossendorf bei Dresden entstehen riesige Atommüll-Lagerstätten, die ohne Genehmigungsverfahren den Betrieb aufnehmen sollen. Im Salzstock Gorleben dürfen, nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, weitere Probebohrungen für das geplante Endlager durchgeführt werden ...
Der CASTOR ist mittlerweile ein Symbol geworden, ein Symbol für eine menschenverachtende und überholte Großtechnologie, die mit allen Mitteln gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt wird. Der CASTOR ist allerdings auch ein Symbol für den Widerstand geworden. So geht es nicht nur um die Verhinderung weiterer Atommülltransporte, sondern um den endgültigen Ausstieg!
In diesem Sinne, auf zum Widerstand !
Lernt euch kennen, die Stillegung des Atomstaates sollte niemand verpennen !

ATOM-TEST-STAAT-DEUTSCHLAND



Letzte Woche fand zum X. Mal ein Atomwaffentest der französischen Regierung in ihren südpazifischen Kolonien statt. Es war der vierte in diesem Jahr und noch zwei weitere in dieser neuen Periode von Tests sollen folgen.

Protest und Widerstand auf der Straße gab es zum aktuellen Test kaum noch und auch die allermeisten Staatsregierungen haben ihr politisches Engagement gegen die Tests eingestellt. Die Menschen haben sich mittlerweile mit den scheinbar unangreifbaren Tatsachen frustriert oder desinteressiert abgefunden oder vertrauen darauf, daß bei den "letzten" beiden Tests nichts schlimmeres passiert. Auch die Heuchler der westeuropäischen Regierungen sehen sich nicht mehr genötigt weiterhin eine Protesthaltung gegenüber den Tests vorzugaukeln.

Gerade Deutschland fährt in Sachen Atompolitik, trotz der heldenhaften "Protestfahrt" der "roten Heidi" nach Mururoa und aller sonstigen politischen Scheinmanöver, einen eindeutigen Kurs. Die BRD-Regierungen steuern seit Jahrzehnten einen Kurs, der ihnen den Griff zur Atombombe ermöglichen soll. Selbst die "Grünen", die klassische Anti-Atom-Partei und -Opposition, halten nach den jüngsten Worten ihres neuen Sprechers im Außenpolitischen Ausschuß Cohn-Bendit, eine strikte deutsche Anti-Atom-Haltung für eine europäische Friedens- und Sicherheitspolitik nicht mehr für unbedingt richtig.(JW 28.1095)

Als Kohl und Kinkel den Erstaunten und Zurückhaltung mimten, wo Chirac zu einem für Frankreich taktisch günstigen Zeitpunkt der BRD einen nuklearen Schutzschirm anbot, diente das nur der Verschleierung der Nuklarambitionen und Weltmachtstrebungen Deutschlands. Dieses taktische Verhalten reihte sich nahtlos in die deutsche Politik zum Atomwaffensperrvertrag ein. Die deutsche Atommafia von CDU bis Grüne, von KWU bis Siemens haben allen Grund sich über die neuen Atomtests zu freuen, denn die militärische wie "zivile" Weiterentwicklung der Atomtechnologie bedeuten Macht und Herrschaft.



Auch wenn das Thema "Atomtests" sich inzwischen nicht mehr so großer Aufmerksamkeit erfreut, wollen wir die späte Gelegenheit nutzen noch einmal die Bedeutung der Tests und die Rolle Deutschlands als Atommacht zu verdeutlichen - gerade auch, weil von autonomer Seite zu diesem Thema in jüngster Zeit kaum etwas gelaufen ist. Denn wir werden auch in Zukunft und gerade nach den aktuellen französischen Atomtests mit einer aggressiven europäischen und deutschen Atompolitik konfrontiert sein.

Zum Atomwaffensperrvertrag (Non-proliferation-treaty)

Die letzte Verlängerungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag fand am 17.April 1995 statt.
Die USA, Frankreich, Großbritannien, China, Rußland (allesamt anerkannte Atomwaffenstaaten) sowie alle restlichen EU-Staaten forderten eine unbegrenzte Verlängerung des dieses Jahr auslaufenden Vertrages. Dagegen wollten eine Reihe von "Drittweltstaaten" nur eine zeitlich begrenzte Verlängerung, da sie die Zweiteilung der Welt in Atomwaffen- und Nicht-Atomwaffenstaaten nicht für alle Ewigkeit festgeschrieben haben möchten. Diese Haltung ist auch als ein Druckmittel zu verstehen, um die Abrüstung der Atomwaffenarsenale der bestehenden Atommächte erreichen zu können.

Bei der Überprüfungskonferenz 1990 wurde von einer Gruppe von blockfreien Staaten die Einstellung aller Atomtests bis 1995 gefordert. Die Konferenz scheiterte u.a. an einer rigorosen Ablehnung der USA.

1995 soll wieder über eine Verlängerung diskutiert werden. Die USA fordern eine uneingeschränkte Verlängerung. Deutschland, nach dem es lange Zeit mit einer solchen unbegrenzten Verlängerung seine Option auf eigene Atomwaffen schwinden sah, schwenkte mit den politischen Veränderungen in Europa (WEU) uneingeschränkt auf den Kurs der USA ein. Eine Realisierung einer zeitlich unbegrenzten Verlängerung war eh nicht absehbar und insofern eine risikolose Taktik der BRD, um mit weißer Weste zu erscheinen.

Trotz bestehendem Atomwaffensperrvertrag wird die Verbreitung von Atomwaffen zunehmen. (Nach Ende des Golfkriegs 1991 wurde durch Inspektionen Iraks klar, daß dort ein geheimes Atomwaffenprogramm existiert. Die Technik hierzu stammt ausschließlich von Unterstützerstaaten des Atomwaffensperrvertrags, u.a. Deutschland)
Im Nov. 1969 unterzeichnete die SPD/FDP Regierung Brandt entgegen starkem Widerstand aus den Reihen der CDU/CSU Fraktion den Atomwaffensperrvertrag. Die Ausformung des Vertrags auf 25 Jahre festgelegt, war Ergebnis Deutscher Verhandlungspolitik. Ursprünglich sollte dieser eine unbegrenzte Gültigkeit besitzen.

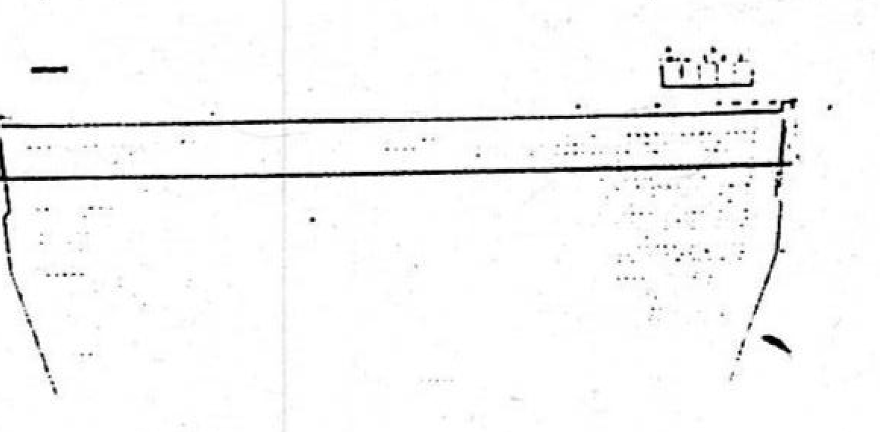
Als 1970 der Atomwaffensperrvertrag in Kraft trat, gab es 5 offizielle Atommächte: USA, UDSSR, GB, F, China. Mittlerweile sind neu hinzugekommen: Südafrika, Ukraine, Kasachstan, Weißrußland, Indien und wahrscheinlich Pakistan und Nordkorea.
Als Schwellenmächte sind zu nennen: Iran, Irak, Lybien, Algerien, Syrien, Argentinien, Brasilien, Taiwan, Südkorea.
Seit bestehen des Atomwaffenertrages gab es 4 Überprüfungskonferenzen, bei der Regierungsvertreter der "Dritten Welt" die Stagnation der im Vertrag vorgesehenen Abrüstung der Atomwaffen-

Der Atomwaffensperrvertrag ist für Deutschland wohl wirklich eine der wesentlichsten Hürden um zur Atomstreitmacht zu werden. In diesem Sinne ist der immense deutsche Widerstand in der Vergangenheit gegen das Zustandekommen des Vertragwerkes zu verstehen. Strauß nannte den Vertrag: "Ein Versailles von kosmischen Ausmaßen". Die CDU/CSU schlug die Bresche, die Sozialliberalen nutzten sie, um möglichst viele Einschränkungen im Vertragswerk zu installieren. Die Atomwaffen-Optionen der Bundesrepublik sollten stets so offen wie möglich gehalten werden.
Bei den deutschen Interventionen im Vertrag ging es vor allem darum, die Option einer gemeinsamen europäischen Atomstreitmacht unter deutscher Beteiligung offenzuhalten.
Im Grunde verbietet der Atomwaffensperrvertrag Nicht-Atomwaffenstaaten, was die Atomwaffenstaaten längst haben, was sie fortwährend ausbauen und modernisieren können.

Während der Atomwaffensperrvertrag auf der einen Seite die größte Hürde für Staaten mit Atomwaffen-Ambitionen darstellt, trägt er auf der anderen Seite durch seine Förderung der zivilen Atomenergie aktiv dazu bei, die zur Bombenproduktion notwendigen Technologien und Spaltstoffe und die Zahl der potentiellen Atomwaffenstaaten zu erhöhen.

Im September 1994 erschien das Kerneuropathesepapier von Schäuble und Lamer, in dem die deutsch-französische Zusammenarbeit mit der wichtigste Punkt ist. Die BRD läßt mit Hilfe der Eurowährung Frankreich an der starken D-Mark teilhaben, im Gegenzug hat die BRD über die Force de Frappe Anteil am französischen Kernwaffenarsenal. Im Mai 1995 folgten die Beschlüsse des WEU Verteidigungsausschusses, die eine bedeutende Rolle von Atomwaffen in der zukünftigen europäischen Sicherheitspolitik vorsehen, denn die US-Atomwaffengarantie für Europa ist zunehmend für unglaubwürdiger zu bewerten. Diese Linie ist unter anderem das Ergebnis der Bemühungen von Kohl und Kinkel. Zudem will man einer "deutsche Sonderrolle" auch in bezug auf Atomwaffen in Zukunft entgegen wirken, da diese letztendlich auch der Einigung Europas im Wege stehen würde.

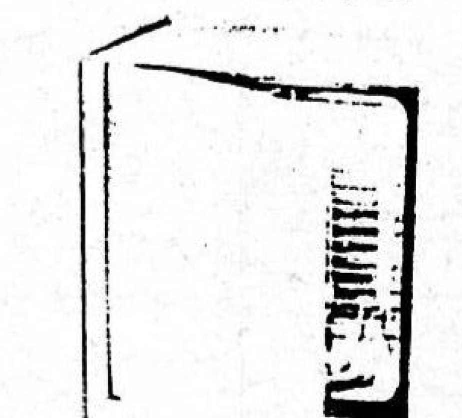
Die derzeitige Testserie dient der Weiterentwicklung der Atomwaffentechnik. Frankreich eignet sich mit den Tests das gleiche Know-How wie die Vereinigten Staaten an, was letztendlich dann auch der WEU und BRD zugute kommen wird. Die USA hatten sich

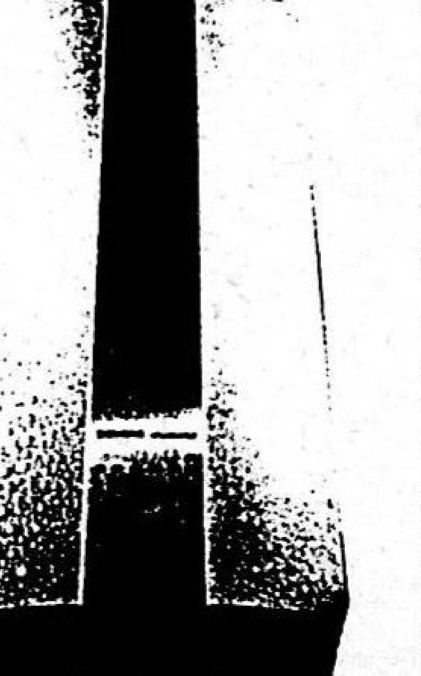


bereits in den 80er Jahren unter Reagan durch eine Weiterentwicklung die technischen Möglichkeiten geschaffen, jedes Ziel in der ehemaligen UdSSR mit einer Zielgenauigkeit von wenigen Metern Abweichung zu treffen. Zudem konnten die Angriffszeiten eines Nuklearkriegs erheblich verkürzt werden. Der Einsatz von Atomwaffen rückte damit immer mehr in den Bereich des Möglichen; nicht mehr vor allem Abschreckung ist der Sinn der Atomwaffen, da ihr Einsatz begrenzbarer und abschätzbarer wurde.

Die sogenannte "zivile" Nutzung der Atomtechnologie:

Der Übergang von "ziviler" zu militärischer Nutzung der Nukleartechnologie ist ein fließender. Beide Aspekte müssen zusammen betrachtet werden.
Die BRD sind Nutznießer der französischen "zivilen" Atompolitik. Ohne den durch die Wiederaufarbeitung von Brennstäben in La Hague garantierten Entsorgungsnachweis hätten deutsche AKWs rechtlich keine Grundlage mehr.
Während in den Ernergiekonsensgesprächen der Austieg aus der Atomenergie zerredet wird, arbeitet SIEMENS seit 6 Jahren mit der französischen Firma FRAMATONE an einem neuen Reaktortyp EPR, der etwa ab dem Jahr 2005 weltweit vertrieben werden soll. Auf der politischen Ebene versucht die Bundesregierung dafür bereits jetzt die Weichen zu stellen:
- Es findet eine Zurückschraubung der Sicherheitsanforderungen statt;
- Die Energieversorgungsunternehmen drängen darauf, einen standort-unabhängigen Antrag auf Genehmigung des neuen Reaktortyps stellen zu können;
- Die Option für die Errichtung neuer Atommeiler wird versucht in den Energiekonsensgesprächen durchzusetzen;
- Die Planung und Durchsetzung der Castortransporte nach Gorleben wird fortgesetzt.

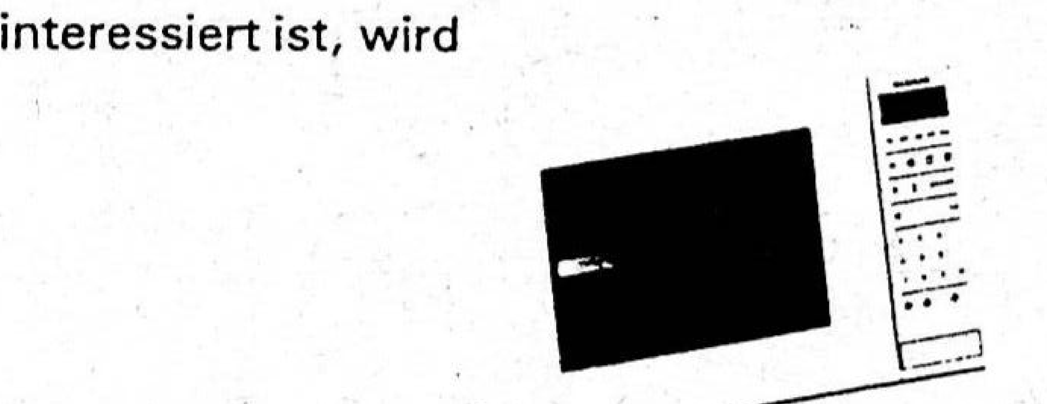




Die Verknüpfung von "ziviler" und militärischen Nutzung der Atomtechnologie findet in erster Linie über die Plutoniumindustrie statt. Die USA hat ein Interesse am deutschen Ausstieg aus der Plutoniumindustrie. Zu diesem Zweck ist die USA bereit ganze Tonnagen, des aus abgebrannten deutschen Brennelementen in Frankreich und Großbritannien wiederaufbereiteten Plutoniums zu übernehmen, um dies der Kontrolle der Wiener Atomenergiebehörde zu unterstellen. Der Grund ist wohl ein kritisches Beäugen deutscher Nuklearambitionen.

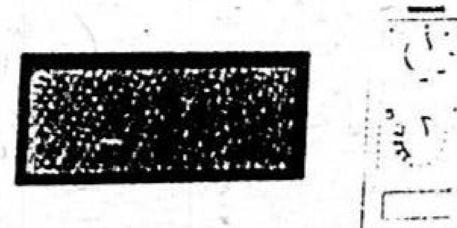
Zentrales Statussymbol und Drohpotential der deutschen Nukleardiplomatie ist der Plutoniumbunker in Hanau (ca 2500kg Plutonium). Im April 1994 wurden alle Detailangaben über Art und Menge, der in staatlicher Verwahrung befindlichen Kernbrennstoffe der Geheimhaltung unterstellt.
Spekulationen über Art und Menge des Plutoniums in Hanau sind Kalkül der Bonner Außenpolitik. "Denn die Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen, wird das Interesse der bestehenden Atomwaffenstaaten, der Entstehung einer weiteren unabhängigen nuklearen Macht mit kollektiven Mitteln vorzubeugen, beträchtlich steigern."

Für 7000 kg Plutonium deutscher Herkunft hat Frankreich seither den Transfer nach Hanau verweigert. Denn der Übergang vom Plutonium- zum Atomwaffenlager ist ein fließender. Gerade Frankreich ist sich dessen bewußt und besteht darum auf die Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages und der WEU, die den Besitz von Plutonium untersagen, sofern eine zügige Weiterverarbeitung im Rahmen eines Energieprogrammes nicht vorgesehen ist. Seit Mitte 1994 existiert ein Vorschlag, um das Zerren zwischen Frankreich und Deutschland in beiderseitigem Einverständnis zu beenden. Ein gemeinsamer Vorschlag der französischen Firma Cogema (Betreiberin von La Hague) und der deutschen Preussenelektra sieht vor, daß künftig die Abtrennung deutschen Plutoniums in Frankreich nur unter dreierlei Bedingungen zugelassen werden soll:
1. Wenn die deutschen Betreiber in der Lage sind, das Plutonium in Mox-Brennelementen zu verwerten. Ist dies nicht der Fall, wird
2. die Cogema Eigentümerin des Plutoniums. Falls Cogema hieran nicht interessiert ist, wird



3. das Plutonium in gegenseitigem Einvernehmen einer "dritten Partei"

Dieser Plan trifft auf Protest aus den USA, da er die Plutoniumproduktion von der Mox-Produktion abkoppelt und auch jene dritte Partei (die WEU z.B?) nicht näher definiert. Es steht zur Debatte, ob die USA eine eigenständige Atomwaffenpolitik in Westeuropa akzeptieren. In Frage gestellt ist die globale Machtbalance, mit dementsprechend harten Bandagen wird gekämpft.
Ein Anlaß dieses Streits ist auch ein Abkommen zwischen der europäischen Atomgemeinschaft EURATOM und den USA von 1958. Dieses Abkommen räumt den USA das Recht ein, über Plutonium aus Brennelementen US-Amerikanischer Herkunft im EG-Bereich mitzuentscheiden. Dieses Abkommen läuft aus, es muß bis Ende 1995 neu formuliert und im US.-Kongreß ratifiziert worden sein. Um die Neufassung wird bereits seit 1991 gestritten.



Im Juni 1992 hatte sich ein Arbeitskreis der regierungsnahen "deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik" auf einen Konfrontationskurs festgelegt, der bis heute die Verhandlungen bestimmt. Die Mitsprache der USA sei in Zukunft für EURATOM, so der deutsche Verhandlungs-leiter Wilhelm Gmelin, "politisch und technisch nicht länger akzeptabel". Man wisse, daß dieses Anliegen von EURATOM im US-Kongreß abgelehnt werde, und fordere den US-Präsidenten deshalb auf, die Mitsprache der USA unter Umgehung des US-Kongresses außer Kraft zu setzen. Diesem Wunsch erteilte Außenminister Christopher im Juni 1994 eine klare Absage. Falls ein neues Abkommen scheitert, wäre ab Anfang 1996 der US-Atomindustrie die Zusammenarbeit mit EURATOM nicht länger erlaubt.

Die westeuropäische Plutoniumindustrie erklärte in diesem Zusammenhang, daß sie eher auf jede geschäftliche Beziehung zu den USA verzichten wolle, als weiterhin das Recht der USA zu akzeptieren, an den EURATOM-Entscheidungen mitzuwirken.

Wenn die USA in dieser Frage ihre Position nicht aufgäbe, müßte mit "negativen Auswirkungen in verschiedenen anderen Formen, wie etwa der Sperrvertrags-verlängerungskonferenz" gerechnet werden, so zu lesen in EG-Papieren. Diese Drohung wird in Washington außerordentlich ernst genommen: sie stellt die USA vor die Alternative, jeden Rest an Einfluß-nahme auf die europäische (bzw deutsche) Atomwaffenpolitik oder aber das Instrument des Sperrvertrages zu verlieren.

Die deutschen Atomwaffenambitionen kommen voran. Auf der einen Seite versucht die BRD via Plutoniumbunker in Hanau die Logistik für eigene Atomwaffen bereitzuhalten, auf der anderen Seite entwickelt dies und die politisch-ökonomische Situation in Europa einen solchen Druck auf Frankreich der es dazu bringt, der BRD Verfügungsgewalt über Atomwaffen via WEU anzubieten. Immerhin ganz frisch getestet und auf dem neuesten Stand.



Einige Schlußbemerkungen zur "Boykottbewegung"

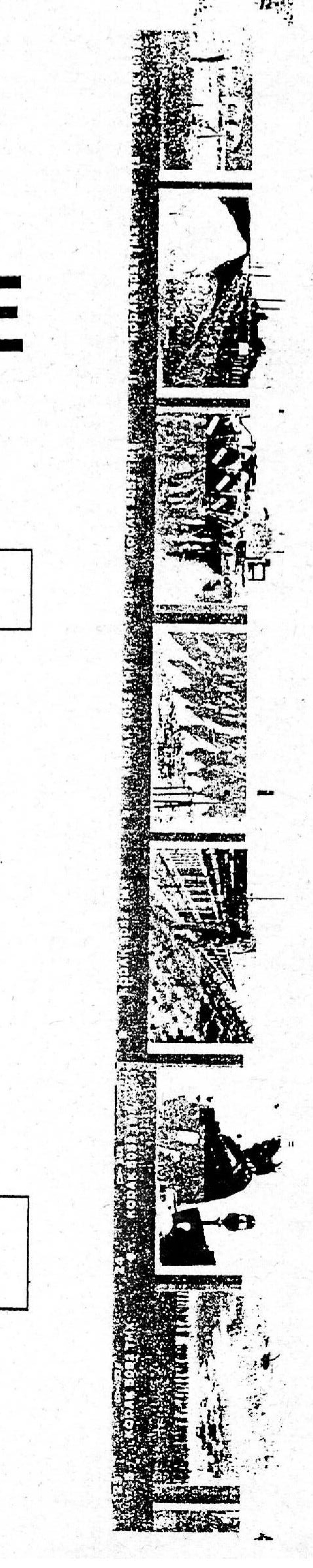
In Berlin hatten nach dem ersten neuerlichen Atomtest wohl die SchülerInnen spontan die einzig richtige Antwort zu diesem Thema: massenhaft auf die Straße! Von traditionell autonomer Seite war mal wieder Hilflosigkeit oder Desinteresse angesagt. Viele haben sich auch mit ihrer durchaus berechtigten Kritik an der Greenpeacepolitik gleich arrogant zurückgelehnt: ist sowieso alles Müll, was da läuft - haben ja alle kein Durchblick was hier wirklich abgeht. Oder, wenn deutsche Politbonzen schon gegen die Tests protestieren, dann ist das Thema wohl nicht meine Sache. So behielt die Protestpolitik von Greenpeace und der

Die "Boykottbewegung" gegen Produkte aus Frankreich war eine der wenigen massenhaften praktischen Äußerungen zu diesem Thema. Dieser Warenboykott hebt jedoch ausschließlich [redacted] die französische Atompolitik hervor, die deutsche Atompolitik und Weltmachtambitionen werden aber gerade völlig außen vor gelassen. So sind es Deutsche gegen Franzosen - Deutschland gegen Frankreich, wie beim Fußball. Zum nationalistischen Charakter dieses Boykotts ist an anderer Stelle bereits etwas gesagt worden. Im Grunde ist der französische Wein politisch kaum schlechter als der deutsche Wein. Naheliegender wäre eigentlich ein Boykott von Siemens-Produkten gewesen, um gegen die Atommafia zu protestieren! Desweiteren ist der allgemeine Warenboykott französischer Produkte auch viel zu undifferenziert und trifft zu wenig die großen Firmen und das Kapital. die die größte Verantwortung und wirtschaftlich den größten Nutzen der Atompolitik tragen.

Auf der anderen Seite kann der Warenboykott französischer Produkte, die französische Regierung, wenn auch auf populäre und äußerst fragwürdige Weise, wenigstens in bezug auf die Atomtests ein wenig unter Druck zu setzen. Das dies die fast einzige weitverbreitete Praxis zu diesem Thema ist, spricht seine eigene Sprache. Sie ist für viele relativ leicht umzusetzen, schafft Identität, kratzt jedoch in keiner Weise grundsätzlicher an unserer (von der deutschen und europäischen, militärischen wie "zivilen" Atompolitik bestimmten) Lebensweise und unseren Werten.

Aktuell haben wir zur deutschen Atompolitik auch keine autonome sinnvolle Idee und praktische Antwort, außer zum nächsten Castortransport nach Gorleben zu fahren.
Wir sehen uns auf der Straße - oder im Wald!

autonom gegen atom



Castor-Alarm
Tag X²
Wir stellen uns quer - jetzt erst recht!

ANTI-AKW-FILMREIHE

Veranstalter: Berliner Anti-Atom Plenum.
Alle Veranstaltungen beginnen um 21.00 Uhr. Der Eintritt ist frei. Informationsmaterial ist erhältlich.

3.12. im EX: Filme aus dem Wendland

Gneisenaustraße 2A, 10961 Berlin

☞Tag X 1984

Im Oktober 1984 werden die ersten Fässer mit radioaktivem Müll im Zwischenlager Gorleben angeliefert - filmischer Rückblick auf die große Gorlebendemonstration in Hannover, wo für den Fall der ersten Transporte die massenhafte Blockade des Wendlandes angekündigt wurde. Die Realität 1984 sieht anders aus: weitläufige Absperrungen und bürgerkriegsähnliche Überwachungsmaßnahmen bestimmen das Bild. Robert Jungk faßt die Situation am Schluß zusammen. 1984, 15 min.

☞Tag X 1995

Mit dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik und Kosten von ca. 50 Millionen DM wurde der erste Transport hochradioaktiven Mülls von Philippsburg nach Gorleben gegen den erbitterten Widerstand von tausenden Atomkraftgegnern vollzogen. Dieser Tag machte aber auch das Wiederaufleben der Anti-AKW-Bewegung deutlich. 1995.

☞Agit-Prop-Film zum Tag X 1995

Spaß am Widerstand. Anregungen zum Mitmachen... 1995, 15 min.

6.12. im KOB: Brokdorf-Filme

Potsdamer Straße 157, 10783 Berlin

☞Alle Gewalt geht vom Volke aus

Chronologie der "Demonstration der Hunderttausend" am 28.2. 81 in der Wilster Marsch. Zu Beginn ein kurzer Rückblick auf fünf Jahre Widerstand gegen den Bau des AKW Brokdorf. 1981, 20 min.

☞"Angeklagt: Wir alle!"

Zwei Wochen nach der "Demonstration der Hunderttausend" in Brokdorf leitete die Staatsanwaltschaft eine bundesweite Fahndung nach drei Demonstranten wegen "Verdacht auf Mordversuch an einem Polizeibeamten" ein. Ein Foto, das den Vorgang in einer Momentaufnahme zeigt, geht durch Presse und Fernsehen. Die Fahndung hat "Erfolg". Wenig später werden der 19jährige Oberschüler Markus Mohr und der 34jährige Michael Duffke festgenommen. Markus wird nach einem Monat entlassen, Michael bleibt, obwohl die Mordanklage längst in Körperverletzung und Landfriedensbruch umgewandelt worden ist. Der Zusammenhang zwischen politischen Gewalttätern und AKW-Gegnern ist in der Öffentlichkeit hergestellt. Im Film werden vor allem die Praktiken von Polizei, Justiz und Medien dokumentiert. 1981, 45 min.

☞Agit-Prop-Film zum Tag X 1995

Spaß am Widerstand. Anregungen zum Mitmachen... 1995, 15 min.

7.12. im Filmriß: Widerstand gegen die WAA

Rigaer Straße 103, 10247 Berlin

☞Spaltprozesse

Spaltprozesse vollziehen sich unter den Menschen in der ländlichen Region um die geplante WAA. Einige ehemals staatsgläubige Bürger verwandeln sich zu zaghaften Radikalen. 1987, 95 min.

☞Agit-Prop-Film zum Tag X 1995

Spaß am Widerstand. Anregungen zum Mitmachen... 1995, 15 min.

13.12. im Krähenfuß: Business BRD Bomben

Unter den Linden 6, 10117 Berlin

☞WAARUM

Der Film ist eine Sammlung von Film- und Fernsehbeiträgen zu den Themen: WAA und Atommüll, WAA und Atombombe, um sich dann der Frage nach den Interessen der BRD an Atomgeschäften und der militärischen Verfügbarkeit des Plutoniums zu widmen. 1987, 90 min.

☞Agit-Prop-Film zum Tag X 1995

Spaß am Widerstand. Anregungen zum Mitmachen... 1995, 15 min.

Möchten Sie den bäuerlichen Widerstand gegen die Atomindustrie unterstützen?

Empfinden Sie die gegenwärtige Atommüll-Politik auch als gescheitert, sind gegen die Transporte von hochradioaktivem Atommüll quer durch das Land, halten seine Lagerung in einer offenen Halle und auf unbestimmte Zeit für unverantwortlich?
Sie finden es insbesondere gut und wirkungsvoll, wenn Bauern und Bäuerinnen mit ihren Traktoren dagegen auf die Straße gehen?

Aber wissen Sie auch, welchen Wert diese Traktoren für ihre Eigentümer darstellen? Landwirtschaftliche Zugmaschinen sind wesentlich teurer als Autos: Ein Traktor der Mittelklasse kostet zwischen 90.000 und 120.000 Mark. Und immer häufiger werden sie Ziele polizeilicher Überreaktionen: Reifen werden zerstochen, Treibstoffleitungen durchgeschnitten, vorübergehende Stillegungen und Beschlagnahmen angedroht. Zu den Kosten für die Beseitigung von Schäden an den Fahrzeugen kann also auch noch der vorübergehende Ausfall kommen - für die bäuerlichen Betriebe wird der Einsatz ihrer Traktoren bei Widerstandsaktionen zu einem unkalkulierbaren Risiko.
Um es auf möglichst viele Schultern zu verteilen, haben wir einen Bäuerlichen Solidarfonds gegründet. Er soll einspringen, wenn Traktoren bei Widerstandsaktionen zu Schaden kommen.

Sie können diesen Fonds unterstützen:
Erwerben Sie eine

BÄUERLICHE SOLIDAR-AKTIE

Mit dem Erwerb einer **BÄUERLICHEN SOLIDAR-AKTIE** helfen Sie, das finanzielle Risiko zu mindern. Sie leisten Ihren persönlichen Beitrag dazu, daß bäuerliche Betriebe ihr landwirtschaftliches Gerät ohne Furcht vor wirtschaftlichen Folgeschäden auch bei Widerstandsaktionen einsetzen können.

Mit dieser Aktie übernehmen Sie die ideelle Patenschaft über einen der wendländischen Traktoren und einen symbolischen Platz in der Fahrerkabine bei Aktionen. Auf Wunsch werden Sie mindestens einmal im Jahr über die Arbeit der Bäuerlichen Notgemeinschaft informiert und zu einem gemeinsamen Treffen ins Wendland eingeladen.

Wo gibt es diese Aktien?

Schicken Sie diesen Bogen mit Ihrem Namen und Adresse sowie einen Verrechnungsscheck an folgende Adresse:
Eichenhof Zargleben, 29487 Luckau.
Wir versichern Ihnen, daß Ihre Daten vertraulich behandelt, nicht weitergegeben und wieder gelöscht werden. Sie bekommen mit jeder der einzeln numerierten Aktien ein Registrierungs-Formular, das die Inhaberin / der Inhaber - natürlich können Sie die Aktie auch verschenken! - an uns zurückschicken kann. Nur diese Aktionäre kommen in unsere Kartei.

Der Bäuerliche Solidarfonds

Spendenkonto des Bäuerlichen Solidarfonds: Volksbank Clenze, BLZ 258 619 90, Konto 13 867 300

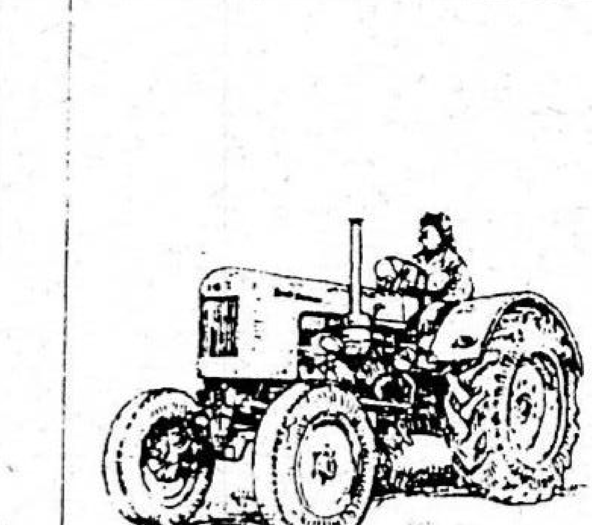
Ja, ich möchte BÄUERLICHE SOLIDAR-AKTIEN erwerben.

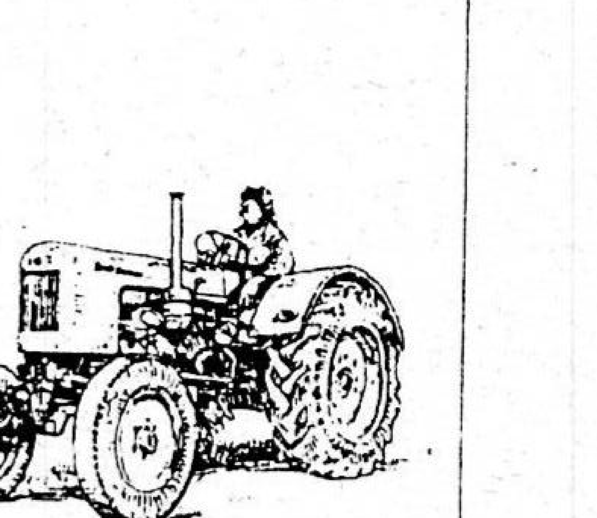
Sie sind an den BÄUERLICHEN SOLIDAR-AKTIEN interessiert?



Sie haben die Wahl zwischen sechs verschiedenen Ausgaben; die Motive (gezeichnet von Marunde) zeigen alte und neue Traktoren. Von jedem Motiv werden nur 70 Stück aufgelegt. Die Aktien sind auf Sicherheitspapier gedruckt.

Eicher ED 16
Motiv 1, Wert DM 50.-





Fendt Dieselroß F 40
Motiv 2, Wert DM 50.-



Fendt Farmer 309 LSA
Motiv 5, Wert DM 200.-

Eicher "Mammut"
Motiv 3, Wert DM 50.-

IHC 1046
Motiv 4, Wert DM 50.-



MB trac 1600

Von Treckerfahrer aus Reitze:

Gericht kassierte Führerschein ein

by **Lüchow.** Ein zweiter „Fall Kulow": Weil er bei der Treckerdemonstration am Pfingstmontag am Ostbahnhof in Dannenberg Leib und Leben anderer gefährdet haben soll, ist auf Beschluß des Amtsgerichtes Dannenberg einem 34jährigen Mann aus Reitze der Führerschein entzogen worden.

Zur Begründung heißt es, daß der Reitzer Widerstand gegen Polizeibeamte geleistet und sie dabei angegriffen haben soll, „wobei er bei der Tat eine Waffe, nämlich den Trekker, bei sich führte, um diese bei der Tat zu verwenden". Der 34jährige sei langsam auf zwei Polizisten zugefahren, habe deren Haltezeichen mißachtet und sie mit einem am Trecker angebrachten Schild zurückgedrängt, so daß die Beamten schließlich zur Seite springen mußten.

Angesichts dieser Vorwürfe sei es, so Amtsgerichtsdirektor Matull, wahrscheinlich, daß der 34jährige zu einer Strafe verurteilt werde, zu der dann auch der Führerscheinentzug gehöre, denn aus der Tat ergebe sich, „daß der Angeschuldigte sich . . . als charakterlich ungeeignet zum Führen von Kraftfahrzeugen erwiesen hat".

Für die Bürgerinitiative (BI) ist dieser zweite Führerschein-Fall ein weiterer Einschüchterungsversuch, der sich gegen die Bauern als ein starkes Symbol für den Widerstand richte, kritisierte die BI-Vorsitzende Susanne Kamien. Wenn der Landwirt Kulow und nun auch der Mann aus Reitze so gefährlich seien, daß „die Tatumstände die Besorgnis weiterer Gefährdung der Allgemeinheit" rechtfertigen, wie es in dem Gerichtsbeschluß heiße, dann wundere sie sich, daß fünf Monate bis zum Entzug des Führerscheins vergehen mußten.



Am Samstag, 9. Dezember 1995 findet in Rathenow eine Demonstration gegen „Die Nationalen" statt.

Die „Nationalen e.V." sind eine der letzten legalen Vorfeldorganisationen für inzwischen verbotene faschistische Gruppierungen. Sie dienen gleichzeitig als Sammelbecken wie auch als Wahlpartei für Neonazis.

In den letzten 2 Jahren haben sie Kreis- und Ortsverbände vor allem in dem Gebiet der ehemaligen DDR aufgebaut. Viele Personen, die hier früher in rechtsradikalen oder offen faschistischen Parteien aktiv waren, organisieren sich jetzt verstärkt bei den „Nationalen". Ihre Kontakte reichen dabei vom Bundestagsabgeordneten Heinrich Lummer (CDU) bis zur NSDAP/Aufbau-Organisation. Die „Nationalen" bilden somit ein Sammelbecken für konservative bis offen faschistische Kräfte.

Einer ihrer Schwerpunkte ist die Region Berlin-Brandenburg. Hier sind sie in vielen Städten präsent (z.B. in Elsterwerda, Guben, Rathenow, Angermünde, Schwedt, Forst, Fürstenwalde). Ausgehend von Berlin, verstehen sich ihre faschistischen Kader als Aufbauhelfer für Nazistrukturen in Brandenburg. Beispielsweise bezeichnet sich ihr Vorsitzender, Frank Schwerdt, selber gerne als „Talentsucher" für die rechte Szene in der Region.

Diese Hintergrundarbeit ist dabei selten so spektakulär wie ihr Aufmarsch vor wenigen Wochen in Guben. Hier wurde am 28. Oktober ein geplantes Treffen nicht nur von der Polizei unterbunden, sondern sogar von der Presse zur Kenntnis genommen. Grund zur Gegenwehr bietet aber gerade ihre langfristige, nicht tagesaktuelle Tätigkeit. Diese zeigt überall in Brandenburg Wirkung und ist eine potentielle Bedrohung für alle, die nicht in das Weltbild der Faschisten passen.

Deshalb rufen wir brandenburgweit dazu auf, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und als ersten konkreten Schritt die Nazi-Strukturen in Rathenow mit unserem Widerstand zu konfrontieren.

Die Nationalen in Brandenburg: Faschistische Inhalte – populär verpackt

Die Wählergemeinschaft der „Nationalen" versucht mit unterschiedlichen Initiativen, in der Öffentlichkeit Präsenz zu erlangen. Mit ihrer „Volksinitiative gegen Asylantenzustrom" richteten sie sich zum Beispiel direkt an

„Nationalen"-Führer und BBZ Herausgeber Frank Schwert und Hans Christian Wendt (li.).

die brandenburgische Landesregierung, damit diese ihre Asylpolitik weiter verschärft. Flüchtlinge sollten so generell kein Asylrecht mehr haben und noch schneller als sowieso schon abgeschoben werden. Dies bedeutet für einen großen Teil der Abgeschobenen in ihren Herkunftsländern Gefängnis, Folter oder sogar Mord.

Die Neonazis heucheln mit der „Umweltgruppe der Nationalen" ökologisches Bewußtsein und verteilen Flugblätter gegen die Castor-Atommüll-Transporte.

In anderen Fällen versuchen sie allerdings gar nicht erst, ihre neonazistische Orientierung zu verhehlen. Auf Flugblättern des Kreisverbandes Havelland wird unter der Überschrift „Wir sind Deutschlands Erneuerung" in enger Anlehnung an die Propaganda des Nationalsozialismus unter anderem von der „genetischen Gesundheit unseres Volkes" und „Überfremdung durch Ausländer" geredet.

Zum Beispiel Rathenow

Als Namen unter „Nationalen"-Anzeigen tauchen in Rathenow INGO GÜNTHER und MAREIKE BRAUCHTISCH auf. Nicht nur in Rathenow, auch im Kreis Havelland haben die „Nationalen" ihren Stützpunkt. In Rathenow selbst sind sie bis jetzt mit fünf Flugblattaktionen in Erscheinung getreten. Einer ihrer Köpfe ist RENÉ BELOW aus Rhinow. Er arbeitet im Katasteramt der Stadtverwaltung. Below brüstet sich damit, Mitherausgeber der Parteizeitung „Berlin-Brandenburger" (BBZ) zu sein und erfolgreich bei Zehn- bis Zwölfjährigen für seine faschistischen Ideen zu werben. Desweiteren unterhalten die „Nationalen" ein Postfach in Rathenow, über das sie Propagandamaterial vertreiben. Angemietet hat dieses Postfach INGO GÜNTHER. Unter diesem Namen erscheinen auch Artikel in der „Berlin-Brandenburger Zeitung".

Seit der Annexion der DDR vor fünf Jahren gibt es verschiedene rechtsradikale Strukturen in Rathenow und im gesamten Kreis Havelland. Anfangs noch lose organisierte rechtsradikale Skinheadgruppen fielen vor allem durch ihre brutale Gewalt gegen Menschen auf, die ihnen aufgrund ihrer Einstellung oder ihrer äußeren Erscheinung nicht paßten.

Schon bald konnten verschiedene neofaschistische Parteien in Rathenow Fuß fassen. FAP, NPD und Republikaner warben erfolgreich Mitglieder, führten Schulungen durch und vermittelten Kontakte zu auswärtigen Neonazis. Stadt und Polizei sahen diesem Treiben größtenteils tatenlos zu, um statt dessen linke Jugendliche zu schikanieren.

Ende 1993 spaltete sich die Rathenower Neonaziszene. Während viele der ehemaligen „Kameraden" ins Mafia- und Rotlichtmilieu überwechselten, versuchten andere durch konspirative Aktivitäten die Spaltung der rechten Szene in Rathenow zu stoppen und ihre faschistische Weltanschauung weiterhin in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Allein bei Gewaltaktionen war und ist der Nazimob vereint.



August 1992, Rudolstadt: Die Vorläuferorganisation der „Nationalen“, die mittlerweile verbotene FAP, marschiert anläßlich des Todestages von Rudolf Hess.

Von der Stadt Rathenow und Rechten gefürchtet: Eine fortschrittliche Jugendbewegung

Solche Gewaltaktionen, anhand derer sich für die Nazis Einigkeit herstellen läßt, sind zum Beispiel Angriffe auf von linken Gruppen besetzte Häuser. Dabei gingen Polizei und Neonazis oft Hand in Hand vor. Die Faschisten machten die „Dreckarbeit“, und die „Ordnungshüter“ freuten sich über das nächste geräumte Haus.

Aber nicht nur die „Ordnungshüter“ freuen sich – auch die Stadt verarscht seit Jahren linke Jugendliche, die in Rathenow ein selbstverwaltetes Kulturzentrum aufbauen wollen.

Sämtliche Hausbesetzungen waren erfolglos. Stattdessen hält die Stadt die Jugendlichen mit dem Versprechen hin, ein Ausweichobjekt zu besorgen. Dafür sollten sie erst einmal einen Verein gründen, hieß es. Als dies geschehen war, meinte plötzlich der Kulturverantwortliche der Stadt Rathenow, Dr. Lemle: „Wir würden euch ja gern ein Haus anbieten, aber wir haben leider keins.“

Daraufhin stellte der Verein Konzerte und ein antirassistisches Fußballturnier auf die Beine. Hohe Besucherzahlen zeigten, daß diese Initiativen großen Anklang finden. Einziges Problem der Bullen: das Sicherheitsrisiko.

Angeblich bestünden enge Kontakte zwischen Rathenower und Kreuzberger Chaoten.

Die Nationalen: Nur ein Teil des Problems

Selbstverständlich spiegeln solche regionalen Entwicklungen wie das bisher Geschilderte nur die gesamtgesellschaftliche Situation wider. Deswegen sind sie aber nicht weniger gefährlich. Es ist notwendig, diese Entwicklungen konkret vor Ort zu bekämpfen. Gleichzeitig darf aber nicht der Blick auf die Gesamtentwicklung verlorengehen.

Die „Nationalen“ sind Teil des faschistischen Terrors, der seit dem „Mauerfall“ eine erschreckende Qualität erreicht hat. Das massive Auftreten von Faschisten geht dabei mit einer reaktionären Entwicklung einher. Diese hat bisher unter anderem die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, die Verschärfung des Abtreibungsrechts (§ 218), Militäreinsätze der Bundeswehr im Ausland und einen immer umfassender vorgenommenen Sozialabbau hervorgebracht.

Es ist eine Tatsache, daß diese Politik das Erstarken der Neonazis unterstützt und immer neue Angriffe auf alle, die nicht ins faschistische Weltbild passen, nach sich gezogen hat. Der faschistische Terror wiederum forcierte seinerseits genau diese staatliche Politik, so daß hier durchaus von einem sich ergänzenden Verhältnis gesprochen werden kann.

Staatliche Maßnahmen gegen faschistische Organisationen, zuletzt das Verbot der FAP, haben nie das Ziel, Strukturen der Neonazis zu zerschlagen, sondern sollen die erstarkte Bewegung zurück in kontrollierbare Bahnen lenken. Diese Maßnahmen dienen in erster Linie dazu, die Öffentlichkeit zu beruhigen, und den Vorwurf, der Staat sei „auf dem rechten Auge blind“, zu entkräften. Durch eine längere öffentlich geführte Diskussion über die Verbote sind die Neonazis allerdings bereits vor dem staatlichen Zugriff gewarnt und können belastendes Material schon im Vorfeld entfernen, so daß die Polizei bei den Durchsuchungen meist kaum noch fündig wird.

Über die Funktion der Neonazis

Um das Verhalten des Staates gegenüber Neonazis zu verstehen, muß man sich über die Funktion, die Faschisten in dieser Gesellschaft haben, klar werden: Sie bieten Sündenböcke für die Widersprüche des Systems. In Zeiten der ökonomischen Krise wird diese Politik von den etablierten Parteien gerne aufgegriffen und umgesetzt.

Durch die Existenz von Nazi-Organisationen ergibt sich für die bürgerlichen Parteien eine Abgrenzungsmöglichkeit nach rechts. Mit Vorliebe wird von ihnen behauptet, eine „Politik der Mitte“ zu betreiben, obwohl hier heute Positionen vertreten werden, die vor wenigen Jahren nicht einmal Republikaner und DVU zu fordern gewagt hatten.

August 1994, Berlin: Polizei behindert Antifaschistische Demonstration gegen den Nazikader Arnulf W. Priem.

Der Terror der Neonazis richtet sich gegen alle Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen. In den letzten Jahren hat es unzählige Angriffe auf Linke gegeben. Für den Staat, der mit repressiven Maßnahmen verstärkt gegen AntifaschistInnen vorgeht, ist dies eine willkommene Einschüchterung seiner GegnerInnen. Die „Sonderkommision Rechte Gewalt“ in Brandenburg beispielsweise ermittelt inzwischen fast ausschließlich gegen AntifaschistInnen.

Funktionale Verhältnisse

Zwar kann der Staat kaum Interesse an einer ausufernden Nazibewegung haben – schließlich schaden deutsche Neonazis, die Flüchtlinge erschlagen oder deren Häuser anzünden, Deutschlands Ansehen im Ausland, aber kontrollierbar sind die Faschisten diesem System von Nutzen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Herrschenden kein Interesse an einer Ausschaltung der Neonazi-Strukturen haben, sondern lediglich Stärke demonstrieren. Daß der Staat in der Lage ist, die Faschisten im Zaum zu halten, wenn es notwendig ist, zeigte er beim Polizeigroßaufgebot anläßlich der Verhinderung des „Rudolf-Hess-Gedenkmarsches 1994“ im August letzten Jahres. Das Verhältnis des Staates zu den Faschisten ist ein funktionales, während linker, antifaschistischer Widerstand grundsätzlich bekämpft wird. Hierbei scheuen sich die zuständigen staatlichen Stellen nicht, ganz offensichtliche „Anti-Antifa“-Politik, das dreckige Geschäft der Faschisten, zu betreiben.

Antifaschismus heißt mehr

Antifaschistischer Widerstand muß diese Zusammenhänge erkennen und darf nicht beim Kampf gegen Neonazis stehen bleiben, sondern muß ebenso die sie fördernde und unterstützende Politik sowie die gesellschaftlichen Ursachen angreifen.

Der Widerstand gegen organisierte Faschisten wie die „Nationalen“ ist dabei ein wichtiger Schritt.

Deshalb:

KOMMT ZUR DEMONSTRATION GEGEN „DIE NATIONALEN“ AM SAMSTAG, 9. DEZEMBER 1995 NACH RATHENOW!

TREFFPUNKT: 14 UHR · BAHNHOF

V.i.S.d.P.: Walter Sparbier
Straße der Jugend 95 · 14712 Rathenow

AUFRUFERINNEN:
Antifa Rathenow, Antifaschistische Aktion Berlin(AA/BO), Antifa Jugend Brandenburg, Antifa Guben, Antifa Luckenwalde, Antifa Nauen/Ketzin, Antifa Neuruppin, Antifa Potsdam, Antifa Pritzwalk, PDS Rathenow



Zum Schluß ist es keiner gewesen

Die Autonomen beim „Antifaschistischen Stadtrundgang"

Während sich andere am 11.11. die Pappnase aufsetzten, trafen sich Autonome zum fünften „Antifaschistischen Stadtrundgang". Begleitet von einem großen Plüsch-Schaf - einem der „wenigen weißen Schafe im Wuppertaler Polizeiapparat" wie es auf einem Flugblatt hieß - machten sich die Autonomen in entspannter Atmosphäre auf zu „alten und neuen Nazis", „zu den Akteuren der menschenverachtenden Asylpolitik und zu den Schreibtischtätern."

An die polizeigeschützte Schwebestation Döppersberg klebten die Autonomen eine Gedenktafel und Blumen für die von der Wuppertaler Gestapo ermordeten Widerstandskämpfer an. Eine weitere Gedenktafel wurde an der Kneipe in Barmen angebracht, in der am 12. November 1992 Karl-Heinz Rohn von rechtsextremen Schlägern brutal ermordet wurde, weil sie ihn für einen Juden hielten. In einem Redebeitrag geißelten die Autonomen die Verwicklung des Wuppertaler Staatsschutzes in die Solinger Kampfsportschule „Hak Pao", in der unter den Augen der politischen Polizei Rechtsradikale und auch einige der Solinger Brandstifter trainieren konnten.

Der nächste Halt erfolgte vor der Kreishandwerkerschaft Wuppertal in der Haspeler Straße. Der Protest richtete sich gegen den Obermeister der KFZ-Innung, Hermann Keller. Als ehemaliger Soldat der Waffen-SS „war Keller Mitbegründer der Hilfsgemeinschaft der ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS, auch HIAG genannt", hieß es in einer Rede. Hermann Keller war Vorsitzender dieser HIAG - zu deren selbsternannten Aufgaben die Betreuung verurteilter Kriegsverbrecher und organisierte Fluchthilfe gehörte - für die bergischen Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen." Zudem warfen die Autonomen dem Mitglied der „Republikaner" vor, im November 1993 Parteitreffen der Reps im Namen der Innung organisiert zu haben. Weder die Kreishandwerkerschaft noch die KFZ-Innung hätten Stellung zu diesen ihnen bekannten „ungeheuerlichen Vorfällen" bezogen hatten. Beide öffentlichen Stellen wurden aufgefordert, „die Entfernung von Keller und die vollständige Entnazifizierung der Organe der Kreishandwerkerschaft" zu betreiben.

Auf Anfrage der WN erklärte Herr Niederlehner von der Kreishandwerkerschaft, die Vorwürfe seien nach seinem Kenntnisstand unhaltbar. Obermeister Keller habe zwar im Auftrag der KFZ-Innung im November 93 eine Veranstaltung in den Zoogaststätten organisiert, das sei aber eine ganz normale Veranstaltung zur Information über neue Abgasbestimmungen gewesen. Davon habe sich auch eine Delegation der DemonstrantInnen überzeugen können.

Auch die von ihm befragte Staatsschutzpolizei habe keine den Vorwurf gegen Keller untermauernden Angaben gemacht, deshalb betrachte die Kreishandwerkerschaft den Vorgang als beendet. Zwar habe Keller zugegeben, Mitglied der Republikaner zu sein, das allein aber rechtfertige kein Mißtrauensantrag der Handwerkerschaft gegen den Obermeister der KFZ-Innung. Auch eine Funktion in dem zugelassenen Verein HIAG rechtfertige dies nicht. „Wenn der Vorwurf belegt worden wäre, daß Keller im Namen der Innung Lokale für REP-Veranstaltungen anmietete, dann wäre Keller heute sicherlich nicht mehr Obermeister", meint Niederlehner.

Die letzte Station der Autonomen führte zu Werner Beckert, der in seiner Funktion als Vorsteher des Hauptzollamtes Wuppertal und als Verantwortlicher des Einsatztrupps zur „Bekämpfung illegaler Beschäftigung" als „Schreibtischtäter und Menschenjäger" bezeichnet wurde.

Der angebliche "Schreibtischtäter Beckert" kann sich gut vorstellen, mit Autonomen über die Vorwürfe gegen das Zollamt zu diskutieren.

Beckert ist verantwortlich für Razzien nach illegal in Wuppertal arbeitenden AusländerInnen, die er in enger Zusammenarbeit mit anderen Ämtern zumBeispiel auf Baustellen durchführen läßt. Die Autonomen behaupteten, daß diese Razzien zum Teil durch anonyme Anzeigen der Subunternehmer selbst ausgelöst würden, um durch die Ausweisung der Illegalen den Lohn von mehreren Monaten Arbeit zu sparen.

Gegenüber den WN erklärte Beckert, die Rassismus-Vorwürfe seien unberechtigt. Bei seiner Arbeit gehe es darum, zu verhindern, daß Menschen für einen Hungerlohn und ohne Absicherung arbeiten müßten. Im übrigen verwies er auf die zuständige Oberfinanzdirektion. Auch deren Sprecherin Hartmann ist sich „bewußt, daß die Armen die Opfer sind, die es zu schützen gilt". Beckert könnte sich vorstellen in einer Veranstaltung mit Autonomen über die Vorwürfe zu diskutieren. Ob er beim Wort genommen wird?

Der gesamte Rundgang verlief friedlich, auch die in großer Zahl anwesenden uniformierten und zivilen BeamtInnen verhielten sich korrekt, im Gegensatz zu dem desaströsen Einsatz gegen den letzten Rundgang, wegen dem der Wuppertaler Polizei bundesweite Medienbeachtung zuteil wurde.

Die Beteiligten beendeten den Rundgang in der Elberfelder City, wo sie am Döppersberg ihre Gedenktafel und die Blumen bereits nicht mehr vorfanden.

Als letzter Satz auf der Gedenktafel standen die Verse von Kurt Tucholsky: „Akte auf Akte / Paragraph auf Paragraph / die Verantwortung auf Viele verteilt / zum Schluß ist es keiner gewesen."

Liebe Bevölkerung in Wuppertal

mein Name ist Elfriede und ich spreche für die wenigen weißen Schafe im Wuppertaler Polizeiapparat. Ich muß mich hier verkleiden, weil meine Kollegen es nicht gerne sehen, wenn ich sogenannte Dienstgeheimnisse ausplaudere, wenn ich Klartext rede, was in Wuppertaler Polizeiwachen tagtäglich passiert.

Heute ist der 5. Stadtrundgang und meine autonomen FreundInnen waren so nett mich zur Kundgebung mitzunehmen. Ich bin natürlich gerne bereit, ein paar Worte zur hiesigen Polizei zu sagen. Beginnen möchte ich aber mit den Ereignissen des letzten Stadtrundganges am 13. Mai diesen Jahres. Dort wurden über 40 vor allem junge AntifaschistInnen brutal festgenommen und z.T. über Nacht im Polizeipräsidium gefangengehalten, von Polizisten bedroht und gedemütigt. Das Verhalten der Polizei konnte aber in einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Selbst die Frankfurter Rundschau titelte: "Wuppertal bei Nacht - Kinder und Eltern sind schockiert über die örtliche Polizei". Diese polizeikritische Berichterstattung, die die Wuppertaler Polizei bundesweit in die Schlagzeilen brachte, führte dazu, das alle Strafverfahren eingestellt werden mußten.

Diesen Stadtrundgang widmen wir dem Gedenken von Karl Heinz Rohn. Er wurde heute vor drei Jahren von Wuppertaler NF-Nazis ermordet. Da die Nazis ihn für einen Juden hielten, schlugen und traten sie ihn bewußtlos und versuchten ihn mit Alkohol anzuzünden . Er starb wenige Stunden später. Die Nachricht ging damals um die ganze Welt:" Nazis zünden in Wuppertal Juden an" titelten die Zeitungen. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal, um den guten Ruf dieser Stadt besorgt , stellte nur wenig später erleichtert fest, daß Karl Heinz Rohn kein "richtiger Jude" war. Aus der faschistischen Mordtat wurde schnell eine unpolitische Kneipenschlägerei mit Todesfolge. Karl Heinz Rohn ist seitdem in der Öffentlichkeit vergessen.

Wir sind aber auch hier, weil es weiterhin notwendig ist, auf die Straße zu gehen und gegen Rassismus und faschistische Strukturen Widerstand zu organisieren. Und das es immer notwendiger wird, dem Polizeiapparat auf die Finger zu schauen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben gezeigt, wie wichtig eine offensive Öffentlichkeitsarbeit gegen den Polizeiterror ist und wie erfolgreich sie sein kann.

Wenn die Polizisten, die Obdachlose und Drogenkranke jagen, schikanieren und mißhandeln, plötzlich namentlich in der Zeitung stehen oder bei ihnen eine kleine Demo vor der Tür steht, werden sich die rassistischten Staatsdiener vorsehen.

Wir hoffen, das sich jetzt viele Passanten uns heute anschließen und uns mit Schwebebahn, Rollschuhen und Mofas begleiten werden, auf unseren verschlungenen Pfaden zu alten und neuen Nazis, zu den Akteuren der menschenverachtenden Asylpolitik und zu den Schreibtischtätern und Schlägern bei der hiesigen Polizei. Wir wünschen uns und ihnen einen gelungenen, bullenfreien und lustigen Stadtrundgang und/ oder Einkaufsbummel.

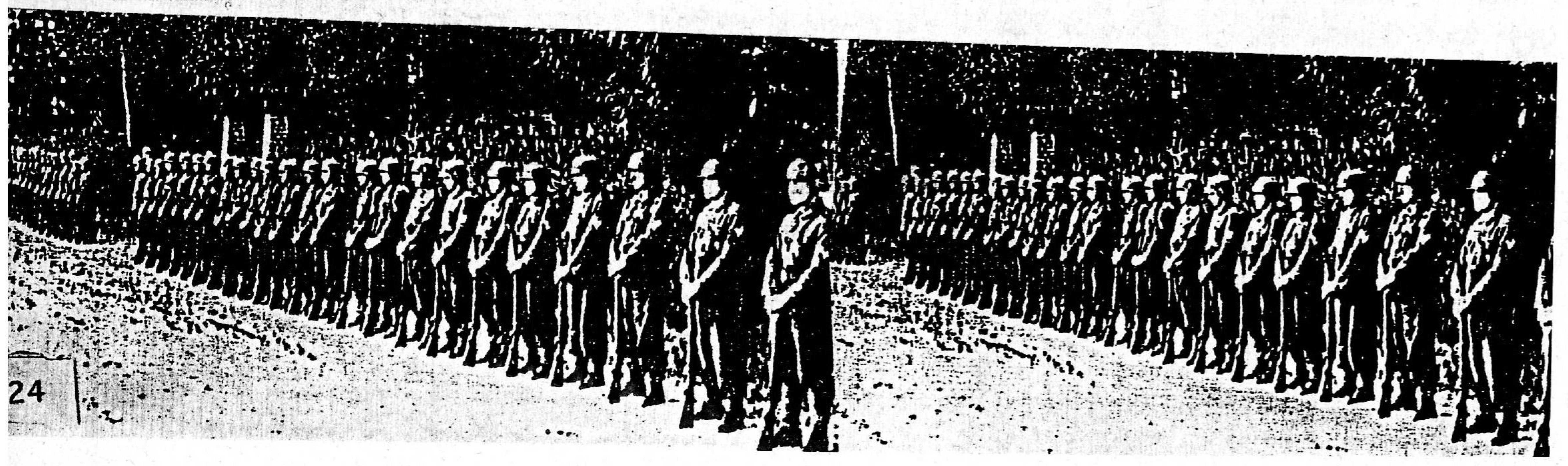
Ein Wort zur Polizei:

Wir wissen schon lange, das wir im Polizeiapparat erbitterte Feinde haben, die es nicht "ertragen" können, das von unserer Seite immer wieder die Verwicklung des Wuppertaler Staatsschutzes in die Affäre Bernd Schmitt Hak Pao und den Solinger Brandanschlag thematisiert wird. Wo immer deutlicher wird, das die Polizei hier die faschistische Struktur Hak Pao geduldet und geschützt hat.. Und sie können es nicht "ertragen", daß wir uns mit allen Mitteln gegen die Polizeigewalt zur Wehr setzen. Wir sind kein Freiwild für den Wuppertaler Staatsschutz und für den Polizeipräsidenten Köhler. Wir fordern die Polizeikräfte deswegen auf, sich zumindest heute zurüchzuhalten, sich ihre rassistischen Sprüche zu verkneifen und unter den Augen der Öffentlichkeit sich nicht zu Körperverletzungen im Amt hinreißen zu lassen. Auch wäre es schön, wenn sie unser geliebtes Stofftier Elfriede nicht verhaften würden

Freiheit für Elfriede !

Koordinierungstreffen der Berliner Neonazi-Szene

WGA, Preesseinfo 20.11.95 - Am 20. November '95 trafen sich um 19.00 Uhr Führungskader der nun verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)***, der ***Wiking Jugend (WJ)***, der ***Kameradschaft Treptow***, der ***Nationalen***, der ***Republikanern*** und Neonazis aus dem Umfeld der rechtsradikalen Zeitung ***Nation & Europa (NE)*** in der Kneipe ***Schwabenstuben*** (Hauptstr. 70, Schöneberg, Tel. 8528190) zur Koordinierung gemeinsamer Arbeit. Eingeladen hatte **Peter Dehoust** von der NE zu einem "Berliner Runden Tisch" sämtlicher rechten Parteien, wozu **Karl Richter** einen Vortrag halten sollte. Richter war ehem. bei der ***Burschenschaft Danubia***, den REPs, der ***Vereinigten Rechten*** und ist jetzt Beisitzer der ***Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)***. Der Einladung waren u.a. ein Teil der Berliner Führungsriege der verbotenen FAP **Detlef Cholewa**, **Tino Stange**, **Christian Wendt** und **Lutz Schillock** gefolgt. Detlef Cholewa war früher bei der FAP, ist jetzt bei der Kameradschaft Treptow und war Direktkandidat für die Nationalen in Berlin Treptow. Lutz Schillock kommt aus der WJ, stieß später zur FAP und ist einer der ersten bekannten Nazikader in Berlin. Christian Wendt dürfte ja mittlerweile jedem bekannt sein. Ebenfalls kamen bekannte Funktionäre der Republikaner, wie **Sascha Kari** aus Neukölln sowie **Frank Seifert** und **Michael Aulich** (ehem. WJ) beides REP-Kandidaten aus Tiergarten. Gegen das Treffen der rechtsradikalen Führungsriege Berlins protestierten rund 50 Antifas und blockierten den Eingang zu den Schwabenstuben. Am Rande dieser Aktionen wurden einige Neonazis zum umkehren gezwungen und u.a das Auto von Stange entglast und tiefergelegt. Als die Polizei massiv einschritt kam es zu willkürlichen Verhaftungen von 19 Antifas. Gegen das Nazitreffen wurde nicht vorgegangen, obwohl den anwesenden Beamten dessen Charakter bekannt war. Die Antifas dagegen wurden erkennungsdienstlich behandelt, und müßen sich vorrausichtlich wegen Landesfriedensbruch, Sachbeschädigung und Körperverletzung verantworten. Die Kneipe "Falkos Schwabenstuben" ist schon seit Jahren ein beliebter Nazitreffpunkt. Dort trafen sich neben der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*** und dem ***Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk*** auch die NF-Nachfolgepartei ***P.O.H.L.***. Für den Betreiber **Michael Falko** scheinen diese Gruppen immer wieder gern gesehene Gäste zu sein.





Schluß mit Sozialleistungskürzungen und Ausgrenzung

Wir wollen gegen den katastrophalen Sozialabbau in diesem Land demonstrieren. Unter dem Schlagwort der Standortsicherung wird seit Jahren eine verheerende Kahlschlagpolitik betrieben.
Um die Demontage der sozialen Absicherungen mit möglichst wenig Widerstand durchzusetzen, werden die Betroffenen - Gesunde gegen Kranke, Frauen gegen Männer, Deutsche gegen Nichtdeutsche, Junge gegen Alte, Erwerbstätige gegen Erwerbslose - gegeneinander ausgespielt.

Das machen wir nicht länger mit !

LOHNABHÄNGIGE und ERWERBSLOSE **wehren** sich gegen:
- Arbeitsplatzabbau und Kürzungen von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe
- Mißbrauchslüge und soziale Kontrolle durch den Staat;
- zunehmende Zwangsarbeit und die Mobilisierung für die Lohnarbeit;
- Mietspekulation und Obdachlosigkeit;

BEHINDERTE und PFLEGEBEDÜRFTIGE **wehren** sich gegen:
- Entmündigung durch die Pflegeversicherung;
- jede Art von Ausgrenzung;
- genmedizinische Forschung an Menschen;

MIGRANTINNEN **wehren** sich gegen:
- eine rassistische Sondergesetzgebung in Form des Ausländergesetzes, Asylbewerberleistungsgesetzes (gekürzte Sozialhilfe, eingeschränkte medizinische Versorgung und Sachleistungen statt Bargeld);
- Zwangsarbeit und §19 Arbeitsförderungsgesetz (Vorrang für deutsche Arbeitskräfte);
- Polizeiterror und Abschiebung;

SCHÜLERINNEN, STUDENTINNEN und AZUBIS **wehren** sich gegen:
- die Unterordnung von Bildung unter wirtschaftliche Interessen;
- materielle und personelle Einsparungen im Bildungsbereich;
- soziale Aussonderung und Eliteförderung an Schulen und Hochschulen in Form von Studiengebühren und verzinstem BAföG;
- Niedriglöhne und Ausbeutung in Auszubildendenverhältnissen

GEMEINSAM demonstrieren wir für eine MATERIELLE GRUNDSICHERUNG FÜR ALLE; ein SELBSTBESTIMMTES LEBEN und GLEICHE RECHTE für ALLE.

DEMO

am **Do. 14.** Dezember

Treff: Kottbusser Tor **um 17.^{30}**

ErstunterstützerInnen: RefRat der HUB, AStA FU, Alternative Linke (ALi), Internationale Sozialistische Organisation (ISO), Antirassistische Initiative (ARI), LandesschülerInnenvertretung (LSV), Ini gegen das AsylbLG, WBA Friedrichshain

Für weitere UnterstützerInnen und Rückfragen bis 24.November beim RefRat der HUB - Tel.: 2093-2603 Fax.: 2093-2396

Franzosen stehen im Stau

■ Nach vier Tagen Streik nimmt der Druck auf Premier Alain Juppé zu

Paris (dpa) – Frankreichs konservative Regierung gerät mit ihrem Sparkurs durch die anhaltenden Streiks verstärkt unter Druck. Die Eisenbahner des Landes setzten gestern ihren Ausstand bereits den vierten Tag hindurch fort, um die Regierung zu höheren finanziellen Hilfen für die Bahn zu zwingen. Für heute haben mehrere Gewerkschaften erneut zu Streiks und Protesten gegen die geplanten Einschnitte in das soziale Netz aufgerufen.

Premierminister Alain Juppé müsse auf den Plan zur Sanierung der Renten- und Krankenversicherung verzichten, forderte der Chef der kommunistisch orientierten Gewerkschaft CGT, Louis Viannet. „Die Regierung muß ihren Entwurf zurückziehen, weil die Grundlage schlecht ist und er gefährliche Aspekte beinhaltet." Die oppositionellen Sozialisten warnten, die gespannte soziale Lage könne „explosiv" werden, wenn die Regierung weiter Verhandlungen verweigere. Arbeitsminister Jacques Barrot hatte noch am Sonntag das Festhalten an den Sparmaßnahmen bekräftigt.

Die Eisenbahner, die mit ihrem Arbeitskampf erneut erhebliche Störungen im Fern- wie auch im Regionalverkehr der großen Städte verursachten, beschlossen auf Versammlungen eine Fortsetzung der Streiks. Der Chef der staatlichen Bahngesellschaft SNCF, Jean Bergougnoux, will heute den Gewerkschaften mitteilen, wieviel von den 175 Milliarden Franc (etwa 50 Milliarden Mark) Gesamtschulden der Staat übernehmen will, um die Bahn zu entlasten. Die Eisenbahner protestieren zugleich gegen Streckenstillegungen und eine Ausgliederung von Unternehmensteilen.

Im Fernverkehr fuhr gestern im Schnitt nur einer von vier Zügen. Auch der internationale Verkehr war betroffen. So wurden an der deutschen Grenze nur drei Züge abgefertigt, während sonst 25 in beide Richtungen verkehren. Auch im Pariser Regionalverkehr waren manche Strecken erneut unterbrochen. Es kam zu kilometerlangen Staus, weil viele Pendler auf ihr Auto umstiegen.

BEUGEHAFT+ AUSSAGEVERWEIGERUNG

Als Folge der Durchsuchungswelle vom 13. 6. (radikal, AIZ, KOMITEE) wurde, neben den vier Beschuldigten, die nach wie vor in Untersuchungshaft sitzen, gegen eine Person aus Bremen Beugehaft verhängt.

Gegenüber anderen Zeugen aus Köln, Berlin und Hamburg wurde sie zumindest mündlich angedroht und und mit ihrer Verhängung muß gerechnet werden. In Lübeck wurden bereits während der Razzia Leute massiv unter Druck gesetzt und haben daraufhin Aussagen gemacht. In zumindest zwei weiteren größeren Verfahren wird zur Zeit auch mit diesem Mittel der Einschüchterung und zur billigen Informationsbeschaffung gearbeitet, und zwar in Weimar, wo gegen Antifagruppen wegen eines Anschlages auf die Druckerei der "Jungen Freiheit" nach § 129 ermittelt wird und in Frankfurt gegen Bewohner eines besetzten Hauses als Folge der Spitzelaussagen von Klaus Steinmetz. Die Frankfurterinnen haben bei Ihrer ersten Vorladung die Aussage verweigert und werden das auch weiterhin tun, in Weimar haben vier Personen, die bisher die Aussage verweigerten, aufgrund der Androhung von Beugehaft vor dem BGH Aussagen gemacht.

Das recht selten angewandte Mittel der Beugehaft, das Zeugen zu einer Aussage zwingen soll, ist nichts neues in der Geschichte von politischer Verfolgung und Kriminalisierung in diesem Lande. Ob in den Startbahn-West-Verfahren, in den Vefahren gegen Ingrid Strobel und andere Frauen oder in Zusammenhang mit Staatsschutzermittlungen gegen die RAF, Beugehaft wurde angedroht und Beugehaft wurde bei Nichtbefolgung der Denunziationspflicht auch verhängt.

Den drei aktuellen Verfahren gemeinsam ist das es sich um §129/129 a Verfahren handelt, die von der Bundesanwaltschaft geführt werden. Federführend ist ein Richter Beyer, der offensichtlich das Mittel der Beugehaft sehr schnell und hart einsetzt. Im Falle von Ulf aus Bremen hat er ein strenges Haftstatut erlassen, obwohl die Regelung der Haftbedingungen bei Beugehaft, anders als bei Untersuchungshaft, Sache der Anstaltsleitung ist.

Möglicherweise soll Beugehaft verstärkt als Druckmittel bei politischen Verfahren eingesetzt werden, die sofortige Verhängung von fünf Monaten Haft gegen Ulf hat auf jeden Fall Signalfunktion und soll andere Betroffene und Zeugen einschüchtern, in Unsicherheit stürzen, Entsolidarisierung bewirken und die Bereitschaft zu Aussageverweigerung schwächen.

Grundsätzlich halten wir es für richtig, die Aussage zu verweigern, ob als Beschuldigter oder als Zeugin.

Wir sprechen uns gegen individuelle Lösungen aus, die im Schutz der eigenen Person Anderen schaden können. Das heißt unter anderem auch, daß sich einzelne nicht ohne eine gemeinsame Diskussion und gemeinsames Vorgehen aus der Lage herauswurschteln unter zufällig günstigen Bedingungen wie Verwandschaft mit Beschuldigten oder Verheirateten/Verlobtenstatus. Oder das unbedachter Weise die Aussage unter Berufung auf § 55, mögliche Selbstbelastung, verweigert wird. Zu bedenken ist auch, das wenn bei mehreren Vorgeladenen einige die Aussage verweigern andere aber nicht, die BAW sich einen immer kleineren Personenkreis heraussiebt, den sie mit ihren Bestrafungsaktionen überziehen kann.

Es ergibt sich also die Auseinandersetzung mit Beugehaft als logische Konsequenz der Aussageverweigerung. Wer die Aussage verweigert, kann mit Beugehaft bedroht werden, einen Weg darum herum gibt es nicht.

So gesehen stellt Beugehaft also eine erhebliche Bedrohung dar, doch müßen auch ihre Grenzen gesehen werden: Sie kann nur für insgesamt sechs Monate verhängt werden, sie ist keine Vorstrafe und ihre Haftbedingungen sollen der von normaler Strafhaft entsprechen, sind also weniger streng als Untersuchungshaft, insbesondere Isolationshaft nach dem 10-Punkte Statut, wie sie auf § 129-Gefangene Anwendung findet. Ist sie abgesessen, ist das schärfste Schwert zur Erpressung belastender Aussagen stumpf geworden und die Bereitschaft von Richtern

und Staatsanwälten dieses Mittel wieder anzuwenden möglicherweise gesunken.

Führt Beugehaft dagegen zu Aussagen, wird sie auch häufiger angewandt werden und eventuell führt dann auch nur ihre Androhung zur Aufgabe gegenüber den Vernehmern und zu Aussagen. Das würde die Bemühungen um konsequente Aussageverweigerung zurückwerfen und in einem konkreten Verfahren könnten Zustände wie beim Startbahn-West-Prozeß in Frankfurt einreißen.

Jedermensch möge darüber nachdenken, ob sie wegen einigen Monaten Haft eventuell dazu beitragen will, daß Andere zu jahrelangen Gefängnissstrafen verurteilt werden.

Diese Befürchtung muß z. b. auch für die sogenannten Bagatellfragen gelten, also Fragen nach scheinbaren Selbstverständlichkeiten und Nebensächlichkeiten. Wir gehen davon aus, das es im Zusammenhang mit komplexen Ermittlungen, wie z. B. 129/129 a Verfahren keine harmlosen Fragen und Aussagen gibt: Taktik und strategisches Kalkühl stehen hinter jeder Zeuginnenvoladung in solchen Verfahren. So z.B aktuell in Frankfurt, wo über die erzwungene Bestätigung von Kleinigkeiten erst die Gerichtsverwertbarkeit der Person K. Steinmetz mit ihrem jahrelangen Spitzelwissen hergestellt werden soll.

Die Bundesanwaltschaft ist bei ihrem Versuch, politische Zusammenhänge, hier die angebliche RADIKAL-Redaktion, die Antifa M, das Komitee, AIZ, als kriminelle Vereinigungen nach §129 zu verurteilen, vor allem auf Aussagen angewiesen, da es in diesen politischen Verfahren und bei sogenannten Organisationsdelikten fast keine Sachbeweise gibt. In erster Linie geht es nicht darum, irgendwelche "Taten" aufzuklären, sondern darum politische Konstruktionen, sogenannte "Konstrukte" paranoider Bundesanwälte "gerichtsbekannt" zu machen, um danach mit ihrer Hilfe Menschen verurteilen zu können.

Wir müßen auf jeden Fall dagegen ankämpfen, uns zu Handlangern dieser Strategie machen zu lassen. Uns ist klar, daß Beugehaft zu einer schweren Belastung für die persönlich Betroffenen werden kann. Wir müßen diese Versuche, Einzelne zu erpressen und zu Handlangern zu machen, als Angriff auf uns alle sehen und eine gemeinsame Gegenstrategie entwickeln. Es kann nicht angehen, daß Einzelne alleine für die Folgen ihres richtigen und dringend notwendigen Verhaltens geradestehen sollen.

Es muß deshalb Aufgabe der UnterstützerInnen und der Roten Hilfe sein, eine breite Solidaritätsbewegung aufzubauen, die Beugehaft als versuchten Zwang zum Verrat bekämpft und als politisches Verfolgungsinstrument anprangert.

Außerdem müßen Mittel aufgetrieben werden, um die Betroffenen von finanziellen Folgen wie Haftkosten, Verteidigung, Miete, Lebensunterhalt zu entlasten.

SPENDEN

Deshalb ruft die Rote Hilfe zu Spenden für von Beugehaft Betroffene auf, die zweckgebunden nur für Beugehaft-Verfahren verwendet werden.

Spenden bitte auf folgendes Konto überweisen:
Rote Hilfe e.V.
Postbank Dortmund
BLZ: 440 100 46
Konto: 19 11 00-462
Verwendungszweck: Beugehaft (unbedingt angeben!)

LESEN

Zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema Beugehaft /Aussageverweigerung gibt es eine Broschüre der Rote Hilfe **"Aussageverweigerung und Verhörmethoden"**, die für 3,- DM (plus Porto 1,50DM) beim Rote Hilfe Literaturvertrieb bestellt werden kann. Über den aktuellen Stand der Verfahren im Zusammenhang "radikal", "13.6.", § 129a gegen Antifas informiert regelmäßig alle drei Monate die **Rote Hilfe-Zeitung**, die es für 3,50 DM in vielen Buch-und Infoläden oder bei RH-Ortsgruppen gibt oder aber für 5,- DM bzw . 20,- DM (Abo /4 Ausgaben) beim Literaturvertrieb bestellt werden kann.

Text: Ortsgruppe Hamburg, 11/95
Vertrieb: Ortsgruppe Kiel
V.i.S.d.P: F. T. Power

Rote Hilfe Adressen:

Bundesvorstand, Literaturvertrieb:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel,
Telefon + Fax: 0431 - 7 51 41

Orts- und Regionalgruppen:

Berlin: Rote Hilfe e.V., c/o Nachladen, Waldemarstr. 36, 10999 Berlin
Bielefeld: Hermann Taube, Goldbach 5, 33615 Bielefeld, Tel: 0521-12 34 25
Bremen: Rote Hilfe e.V., St.Pauli-Str. 10, 28203 Bremen
Delitzsch: Rote Hilfe e.V., Am Wallgraben 30, 04509 Delitzsch
Essen: Rote Hilfe e.V., Postfach 10 27 45, 45027 Essen, Fax: 0201-77 05 64
Göttingen: Rote Hilfe e.V., c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen
Hamburg: Rote Hilfe e.V., Postfach 30 63 02, 20329 Hamburg, Fax: 040-4 39 08 12
Heilbronn: Rote Hilfe e.V., c/o Infoladen, Postfach 2204, 74012 Heilbronn
Kempten: Ulrike Pixner, Haus Nr. 5, 87634 Immenthal, Tel: 08372-14 49
Kiel: Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel, Tel/Fax: 0431- 7 51 41
Passau: auf Anfrage beim Bundesvorstand
Regionalgruppe Lingen - Nordheim - Rheine - Gronau: W. Volk, Pestalozzistr. 81, 48527 Nordhorn, Tel: 05921- 3 87 30
München: Rote Hilfe e.V., Schwanthalerstr. 139, 80339 München
Regionalgruppe Plauen: c/o Infoladen "Tierra y Libertad", Thiergartener Str. 4, 08527 Plauen, Tel: 03741- 3 51 30 (Infoladen)

Kontaktadressen:

Hannover: Rote Hilfe e.V., c/o Infoladen, Kornstr. 28, 30167 Hannover
Karlsruhe: Peter Geiger, Heilbronner Str. 20, 76131 Karlsruhe, Tel: 0721- 61 31 52
Köln: Rote Hilfe e.V., c/o Cafe International, Taunusstr. 12a, 51105 Köln
Oldenburg: Cafe Machatschka, Hauptstr. 2, 26209 Kirchhatten, Tel: 04482-83 26
Potsdam: Rote Hilfe e.V., c/o Infoladen, Lindenstr. 53, 14467 Potsdam
Rendsburg: Rote Hilfe e.V.,Theprax Infoladen, Postfach 506, 24756 Rendsburg, Tel/Fax: 04331- 2 58 87
Siegen: Ralph Biener, Helsbachstr. 83, 57080 Siegen, Tel: 0271-35 55 62
weitere Kontaktadressen in Bonn, Elmshorn, Nürnberg, Rathenow, Recklinghausen und Schleswig auf Anfrage beim Bundesvorstand



Gedenken an Silvio Meier



Nach friedlichem Beginn der Demonstration schlug die Stimmung später um *Foto: Theo Heimann/Xpress*

Etwa 350 Jugendliche aus der Antifa-Szene haben am Samstag mit einer Demonstration an Silvio Meier erinnert. Der 27jährige Quedlinburger aus der Berliner Hausbesetzerszene wurde vor drei Jahren von Neonazis am U-Bahnhof Samariterstraße erstochen. Die Demonstration vom U-Bahnhof Rathaus Friedrichshain zum U-Bahnhof Samariterstraße verlief friedlich, danach lieferten sich jedoch einige Jugendliche Straßenkämpfe mit der Polizei. Neun Personen wurden vorübergehend festgenommen und siebzehn der insgesamt etwa 300 Polizisten verletzt, sagte ein Polizeisprecher. Auch unter den Jugendlichen habe es sechzehn Verletzte gegeben, teilte der Ermittlungsausschuß im Mehringhof mit.

Bei der Schlußkundgebung der Demo hattendie Veranstalter angekündigt, es gebe nun die Gelegenheit, sich beim Essen in einem der besetzten Häuser in der nahen Kreutzigerstraße aufzuwärmen. Ein Teil der DemonstrantInnen zog darauf von der Polizei bewacht in Richtung Mittagstisch. Offensichtlich war die Einladung jedoch nicht an die Polizei gerichtet, denn die Jugendlichen verbarrikadierten sich in den besetzten Häusern und bewarfen die Polizisten mit Steinen. Nachdem die Beamten die Barrikade wieder abgeräumt hatten, zogen sie sich zunächst zurück. Gegen 17 Uhr hatten die Jugendlichen die Barrikade wieder aufgebaut. Diesmal schob die Polizei das Hindernis mit einem Räumfahrzeug beiseite und verschaffte sich Zutritt zu den Häusern 22 und 19 der Kreutzigerstraße, um die Steinewerfer festzunehmen.

Elke Gundel

SOLI - AUFRUF !!!

Im Frühjahr/Anfang Sommer diesen Jahres haben drei finnische Tierrechtlerinnen über 400 Füchse aus mehreren Pelzfarmen in Finnland befreit, d.h. sie öffneten die Käfige und überließen es den Füchsen, ob sie gehen oder bleiben wollten...
Im Zuge der darauf folgenden Ermittlungen wurden die Frauen festgenommen.
Es gab Hausdurchsuchungen bei zweien von ihnen, die für mehrere Tage inhaftiert wurden.
Da die dritte Frau anscheinend bei den Cops Aussagen gemacht hat, die die beiden anderen Frauen schwer belasten, entschieden sich diese, Geständnisse abzulegen.

Die Fuchsbefreiung war die erste Tierrechtsaktion dieser Art in Finnland, Europas größtem Pelzexporteur.
Unter ungünstigen Bedingungen haben die Frauen mehrere Jahre Haft zu erwarten, insbesondere in einem Land wo jeder zweite in den Pelzhandel verwickelt ist.
Die Prozesse der Frauen stehen demnächst an und sie benötigen jede Menge Solidarität!!

Bereits jetzt sind Schadensersatzforderungen in Höhe von 120 000.- DM gegen sie angemeldet worden.
Sämtliche finnische Tierschutzgruppen haben sich wegen der „illegalen" Aktionsform von den Tierbefreierinnen distanziert.
Also organisiert Solipartys und Konzerte, macht Flohmärkte, laßt euch was einfallen - jedenfalls SPENDET !!! auf folgendes Konto:

BfG Bank Berlin, T. Berndt, KontoNr. 2408867000, Blz 10010111

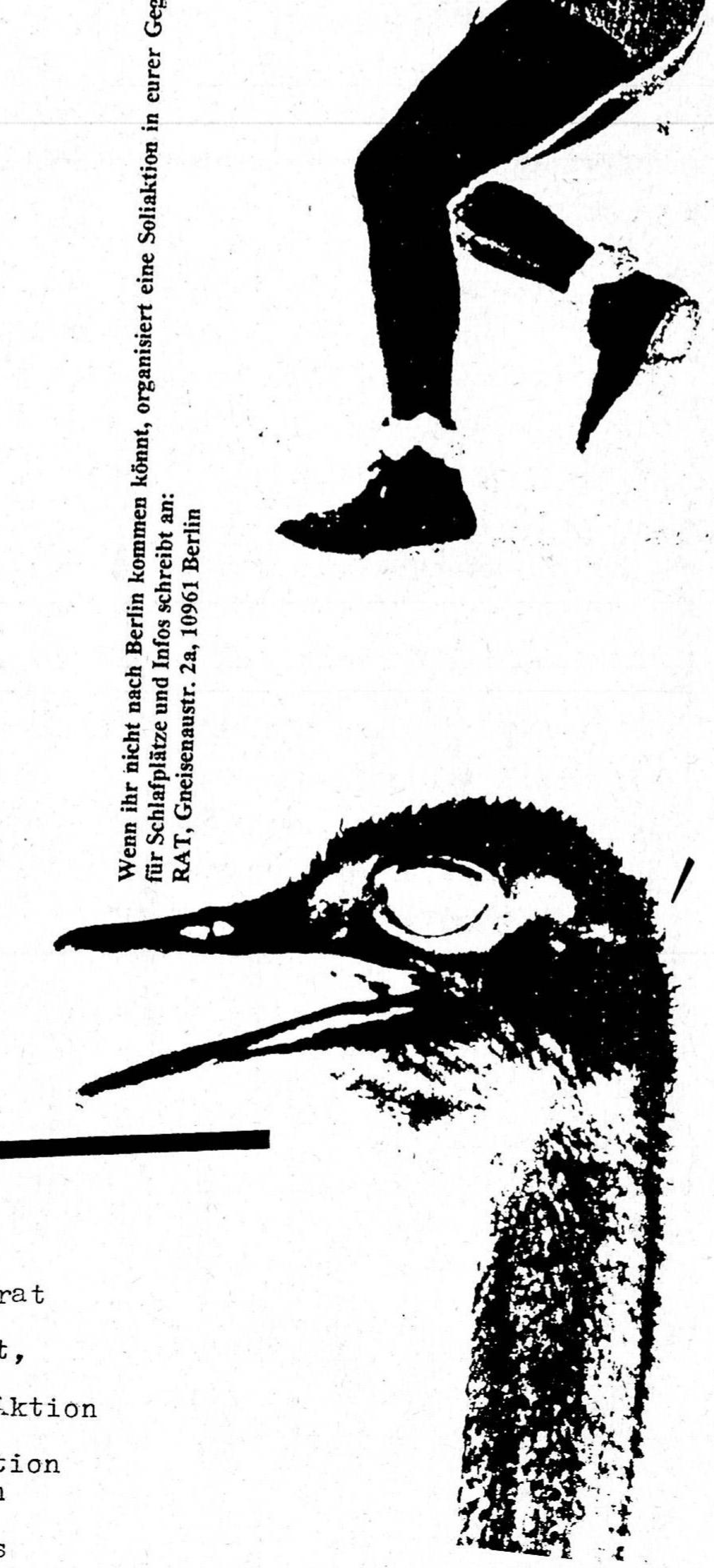
und kommt zahlreich zur:

- **Infoveranstaltung**
über die Situation der finnischen Tierbefreierinnen

am Donnerstag, 14.12.95 um 19.00 Uhr (veganes Essen)
bzw. 20.00 Uhr (Veranstaltung)
im Thommy Weißbecker - Haus, Wilhelmstr. 9, Berlin - Kreuzberg (U - Hallesches Tor)

- **Solidaritätskonzert**
am Freitag, 15.12.95 um 22.00 Uhr in der Köpi, Köpeniker Str. 137, Berlin - Mitte (U - Heinrich Heine Str.)

- **Demo mit Kundgebung**
vor dem finnischen Generalkonsulat
am Samstag, 16.12.95 um 12.00 Uhr
Treffpunkt: (U-) Rosa Luxemburg Platz, vor der Volksbühne



NACHTRAG ZU DER AKTION GEGEN DEN STAATSRAT PRILL

Unsere Aktion am 10.11.95 richtete sich gegen den Staatsrat der Innenbehörde Hamburg Wolfgang Prill.
Im Rahmen unserer Möglichkeiten hatten wir sichergestellt, keine unbeteiligten Dritten zu treffen.
Daß Prill das Haus verkauft hat und wenige Tage vor der Aktion umgezogen ist, konnten wir nicht wissen.
Hätten wir gewußt, daß das Haus zum Zeitpunkt unserer Aktion nicht mehr von Prill bewohnt wurde, hätten wir die Aktion so nicht durchgeführt.
Unsere Erklärung haben wir dennoch losgeschickt, weil uns die Verbreitung des politischen Inhalts wichtig war.

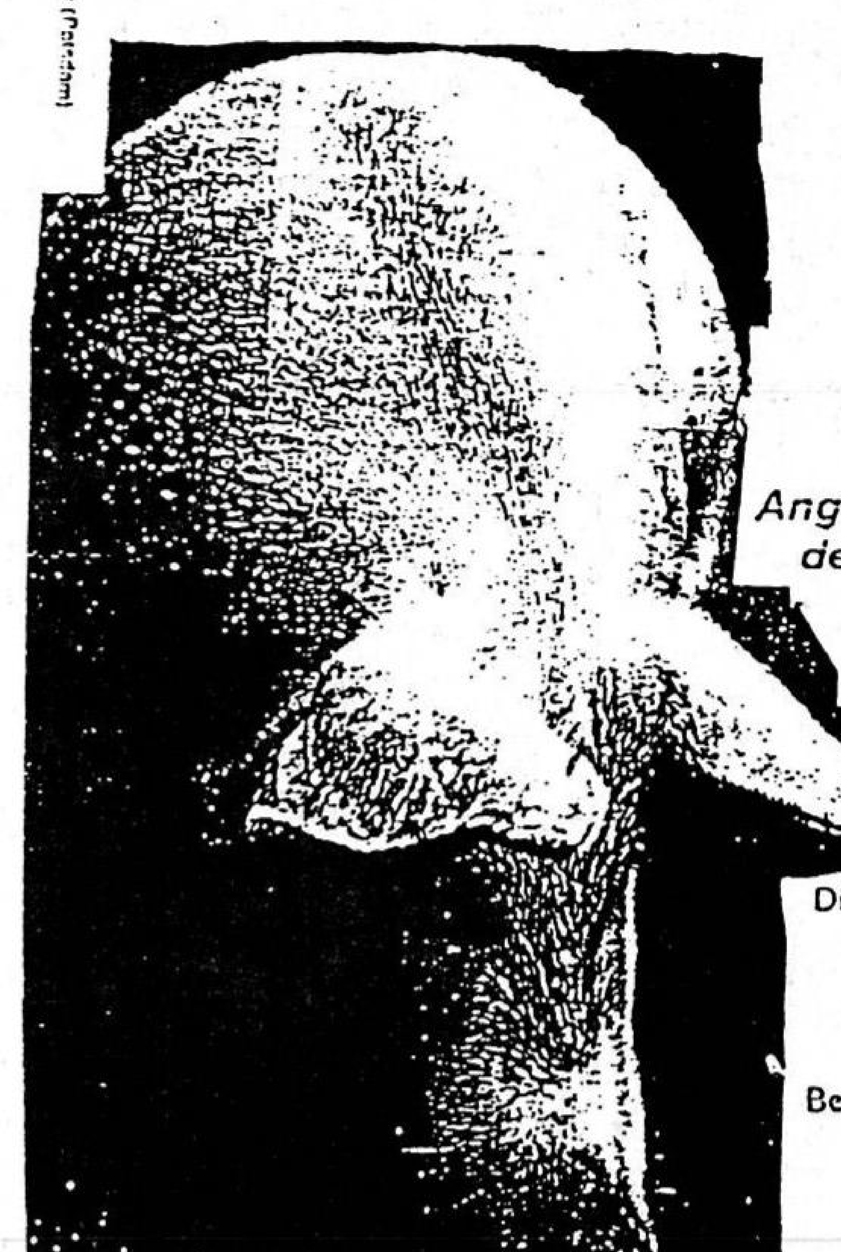
einige an der Aktion Beteiligte, Hamburg d.17.11.95

DEMO

17. 12. 1995

14.00 Uhr
Platz der Einheit
Potsdam





Polizeigesetz Brandenburg §11 Absatz 2:

" Beim Einsatz von Polizei als geschlossene Einheiten hat jeder Angehörige der Polizei zur Gewährleistung der Identifizierbarkeit deutlich sichtbar eine Dienstnummer zu tragen."

Diese Bestimmung, die aus den Übergriffen von Polizisten auf Demonstranten während der Demonstrationen um den 7.Oktober 1989 resultiert,
wird von der Brandenburger Polizei, mit ausdrücklicher Duldung staatlicher Organe, permanent mißachtet.
Bevor das Gesetz klammheimlich geändert wird, wollen wir auf Rechtsbrüche der „Polizei" aufmerksam machen.

Üb immer Treu und Redlichkeit


Keine Auslieferung
von Benjamin an
den Folterstaat Spanien
Freiheit für
Benjamin Ramos Vega
Freiheit für Werner
und alle Gefangenen
vom 13. Juni
Freiheit für Ihsan
und alle
kurdischen Gefangenen
Sa 2.12. 15[00]
Knastkundgebung
Moabit
Freiheit für alle
politischen Gefangenen
Es gibt viele Arten zu töten,
eine davon ist der
Abschiebe-
knast
Gefängnis für die Menschen,
die in der BRD keine Lebens-
berechtigung bekommen
Veranstaltung
am Donnerstag 30.11.95 um 20Uhr
im XB-LIEBIG, Liebigstraße 34
U5 Rathaus Friedrichshain
--Abschiebepraxis seit Änderung des Asylrechts
--Situation im Abschiebeknast Kruppstr.
--Grünau:Infos zum neuen Abschiebeknast Stand des Verfahrens gegen das K.O.M.I.T.E.E.
Infoladen Danebe
Liebigstraße 34
10247 Berlin-F'ha
INFOLADEN
OMEGA
NEUE ÖFFNUNGSZEITEN:
Mo, Mi und Fr von 17.00Uhr bis 20.00Uhr
Do FrauenLesbentag von 17.00Uhr bis 20.00Uhr
Veranstaltungen nach Ankündigung
Di geschlossen, weitere Termine nach Vereinbarung (Tel.:4537023)
Sparrstr.21 13353 Berlin
Mauricio Rosencof
Alles ist gut, Mutter
Alles ist gut, Mutter, schon in dem Brief sagte ich Dir: „Die Suppe ist gut die Zelle etwas kalt;
schick mir den grauen Schal, nicht den von Vater besser meinen.“ Alles ist gut, Mutter, alles ist gut.
Wir werden es ändern eines Tages.
Samstag, 2. Dez
ab 22h
Soli-Fête
Am 13.6.1995 wurden Wohnungen und Projekte durchsucht.
Unter dem Vorband der Unterstützung (§129) der AIZ oder des KOMITTEEs und der Mitarbeit und Verbreitung des Radikals
sitzen 4 Menschen seitdem im Knast, laufen 30 Ermittlungsverfahren, Beugehaft und Bußgelder sind verhängt worden.
Pressefreiheit, Freiheit überhaupt kosten Geld!
babylonia
Cuvrystr. 20
10997 Berlin/Kreuzberg
tel. 6116089
fax 6189366
radikales Kuchenessen
Kaffee, Kuchen, Infos, Infos Infos...
zum Stand der Verfahren
zur Demo am 16.12. in HH
undundund
am So 10.12. 15h im EX
Veranstaltungshinweis:
Im Rahmen der Ausstellung „Die Shoah in Lettland“ findet am Samstag, 2. Dezember 1995 ab 19.00 Uhr ein Zeitzeugengespräch mit Bernhard Press, einem Überlebenden des Rigaer Ghettos, statt. Die Ausstellung ist darüberhinaus auf vielfacher Wunsch hin bis zum 3. Dezember 1995 verlängert.
Die Veranstaltung und die Ausstellung finden statt im:
Kulturverein Centrum, Fehrbelliner Straße 31, Berlin - Mitte
Veranstaltet von:
Antifaschistische Aktion Berlin organisiert in:
Verein für Kontakte zu der Ländern der ehem Sowjetunion e.V
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION
KOHTAKTbI KONTAKTE!

TERMINE

BERLINer-Veranstaltungswoche

29.11	20.00h	Veranstaltung zur radikal im „Größenwahn", Kinzigstr.9 HH
30.11	20.00h	Veranstaltung zu Abschiebeknästen, Infoladen Daneben, Libiestr. 34
	22.00h	Frauen/Lesben - Party, Kreuziger Str.22
01.12.	22.00h	Techno Soli-Party Dance Hall Köpy, Köpenicker Str.137
02.12.	15.00h	Knastkundgebung Moabit, mit Tee und Spektakel
	um 20.00h	Video „Happy Birthday Haftbefehl", Infolladen Daneben in der Veranstaltungsetage „Größenwahn", Kinzigstr.9 HH
	um 22.00h	Friedrichshainer Soli-Kiez Disco, Rigaer Str. 83
03.12.	15.00h	Cafe im X-B-Liebig

2. Stadtforum von Unten

4.12.94, 19 Uhr, Kulturfabrik Lehrter Straße 35 (Moabit). Bus 340 (Kruppstr.) oder 227 (Perleberger Brücke), S-Bhf Lehrter Straße

weitere Information bei: Stadtzentrum Berlin e.V., fon 20 10 15

Infoladen DANEBEN, Liebigstr. 34 präsentiert:

VIDEOS ZU DEN SOLITAGEN radikal

Flüchtlinge in

Abschiebehaft:

HINTER GITTERN, 1995

Mit einem Aufwand von 30 Millionen Mark wurde in einemWaldgebiet, 8 Kilometer entfernt von der Kleinstadt Büren, eine Ehemals belgische Kaserne zum größten Abschiebegefängnis für Männer in Deutschland ausgebaut.
Das Video dokumentiert die Folgen des 1992 vom Bundestag verabschiedeten Asylverfahrensgesetz am Beispiel eines nigerianischen Asylbewerbers, der im Frühjahr 1994 sechs Wochen in Büren eingesperrt war.
Im Frühjahr 1995 sind etwa 3000 Flüchtlinge in deutschen Abschiebegefängnissen inhaftiert. Psychopharmaka, „Beruhigungszellen", Fesselungen bis hin zur „Schaukel" gehören zum Instrumentarium des Wachpersonals.

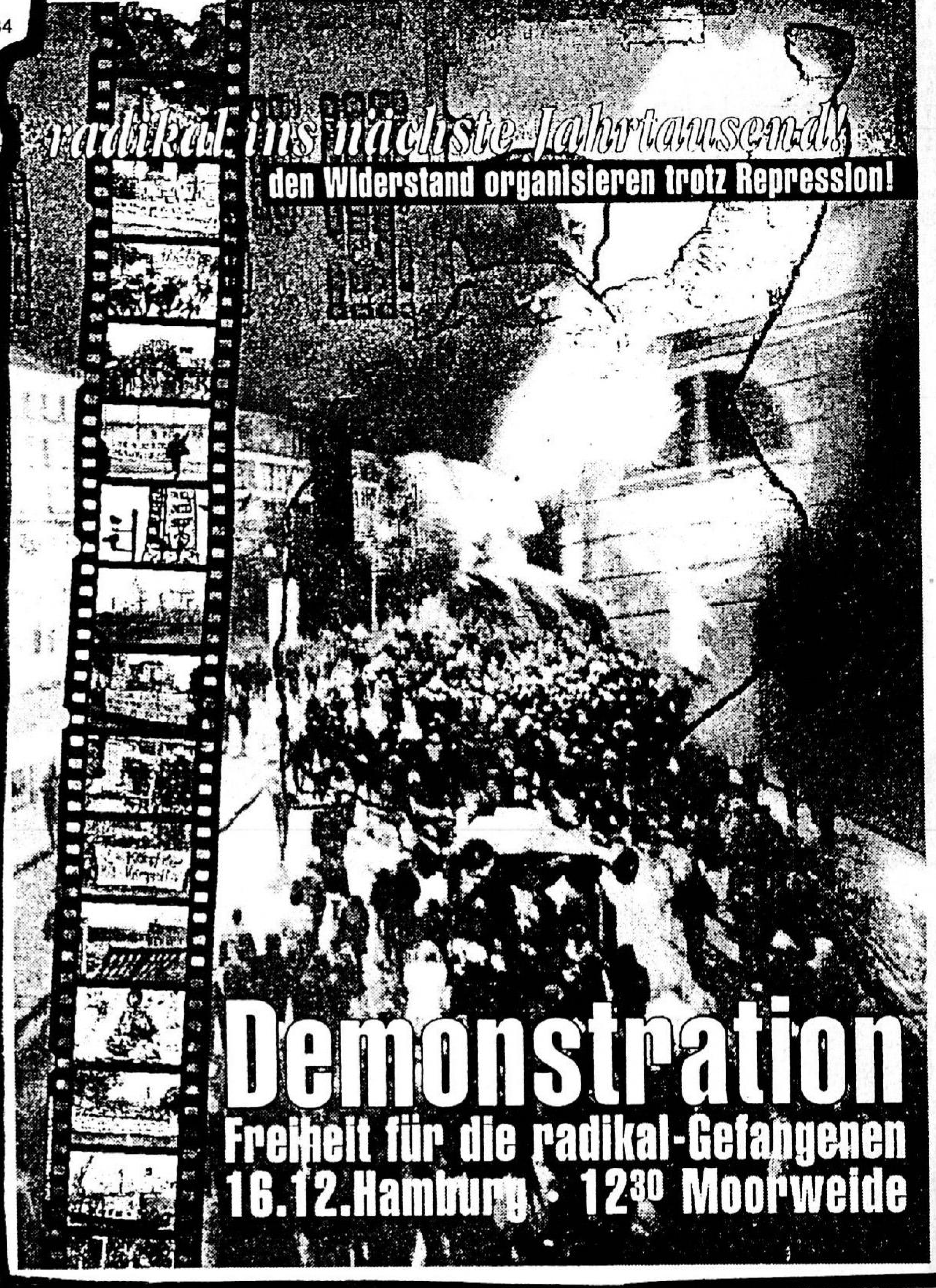
Das erste Mal in der Geschichte der BRD verfolgt die Bundes-Anwaltschaft ein Zeitungsprojekt als Ganzes, weil es eine „kriminelle Vereinigung" sein soll. Erzählt wird die Geschichte der radikal und ihrer Verfolgung. In „Happy Birthday Haftbefehl" kommen neben zahlreichen Stimmen aus den 80`gern, mehrere Mitglieder der Hamburger Solidaritätsgruppe zu Wort, erklärt ein Sprecher der Bundesanwaltschaft, warum eine Zeitung keine Zeitung sein soll und spricht auch eine Stimme der radikal aus dem Untergrund

HAPPY BIRTHDAY HAFTBEFEHL

radikal

Das 150. Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift radikal, 1995

SAMSTAG 2.12. 20Uhr
Veranstaltungsetage „Größenwahn" Kinzigstr.9
U5 Samariterstr. / F'hain



politische filme im
café geschwulst

5. Dezember 1995, 16 Uhr:
Deutschland im Herbst
Episodenfilm zum repressiven Klima im Deutschen Herbst 1977 (120 Min.)

19. Dezember 1995, 16 Uhr:
Die verlorene Ehre der Katharina Blum
Spielfilm über Presse und Staat im politischen Klima der 70er Jahre

* café geschwulst * ihnestr. 22 * 14195 berlin *
* u-bhf thielplatz *

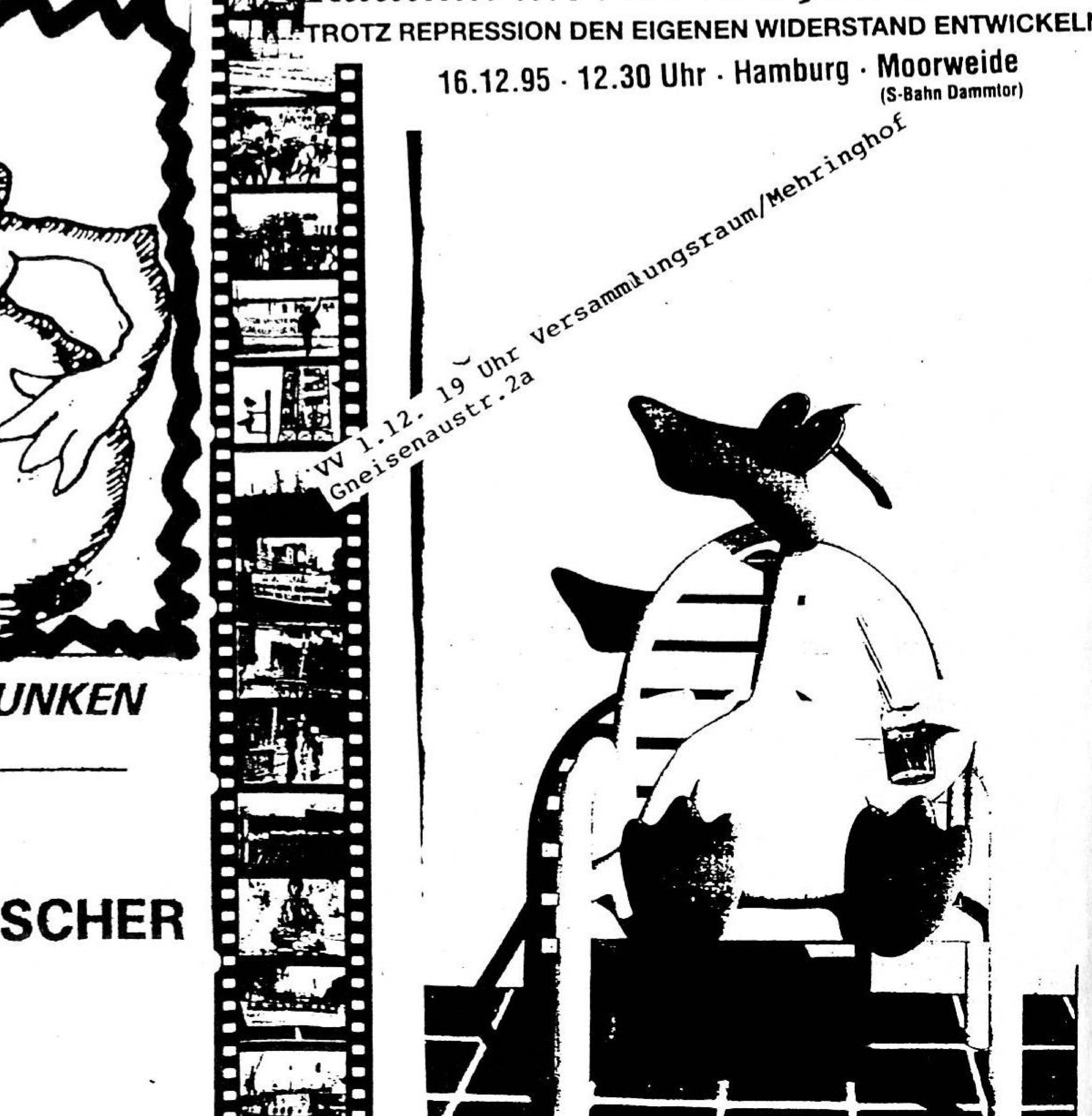


Bundesweite Demonstration
Radikal ins nächste Jahrtausend

TROTZ REPRESSION DEN EIGENEN WIDERSTAND ENTWICKELN

16.12.95 · 12.30 Uhr · Hamburg · Moorweide (S-Bahn Dammtor)

VV 1.12. 19 Uhr Versammlungsraum/Mehringhof Gneisenaustr.2a



Busfahrkarten im Buchladen "Schwarze Risse" (Mehringhof) und im [illegible] Liebigstr. 34 für [illegible] erhältlich!!!

VERANSTALTUNG DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag und Diskussion:

ZUM 100 GEBURTSTAG VON RUTH FISCHER

Montag den 4. Dezember um 19 Uhr
im Anarchistischen Laden
Berlin-Moabit, Ratenowerstraße 22

Bundesweite Demonstration

Die meuternden Abschiebehäftlinge auf dem Dach des Knastes Elwe, 24.7.94

Die GSG9 im Einsatz, 25.7.94

Samstag 2.12.95 13Uhr

Kassel Messeplatz

gegen Abschiebehaft

ViSdP: B. Leiberecht in Kassel

Freiheit für die Meuterer der JVA Elwe!